PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 29. Juni 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

1. Juli 1976 Jg. 4 Nr. 26 50 Pfennig

Die polnischen Arbeiter zwangen die Regierung zum Rückzug!

Erfolgreich konnte die Arbeiterklasse Polens Ende letzter Woche eine drastische Erhöhung der Lebensmittelpreise abwehren. Schon nach einem Tag mußte die Regierung ihren Beschlußantrag wieder zurückziehen. Nachdem die geplanten Preiserhöhungen bekannt wurden, zogen die Arbeiter der Traktorenfabrik in Ursus bei Warschau aus dem Werk und blockierten die Eisenbahnschienen. Auch in anderen Städten Polens kam es zu Streiks und Demonstrationen. Die Regierung mußte offiziell zugeben, daß es auch in der 100 Kilometer südlich von Warschau gelegenen Stadt Radom „zu Störungen des öffentlichen Lebens gekommen" sei. (Frankfurter Rundschau, 28 Juni)

1970 hatten sich die Arbeiter im ganzen Land erhoben, als die Regierung die Preise erhöhen wollte. Die Regierung Gomulka mußte daraufhin zurücktreten. Die Preiserhöhungen wurden zurückgenommen. Seitdem hat es verschiedene einzelne Preiserhöhungen gegeben, die Preise für die hauptsächlichen Lebensmittel blieben jedoch gleich.

Jetzt sollten die Preise für Fleisch um 69 Prozent, für Butter um 50 Prozent, für Geflügelfleisch um 30 Prozent und für Zucker fast um die Hälfte erhöht werden. Diesmal hatte die Regierung jedoch zugleich mit den Preiserhöhungen einen Lohnausgleich angekündigt. Die bürgerlichen Machthaber in Polen hatten die Preiserhöhung insbesondere für Fleisch mit dem außergewöhnlich hohen Fleischverbrauch in Polen begründet. So Parteichef Gierek im „Spiegel" vor seinem Besuch in Westdeutschland. Tatsache ist: In Polen wurden 1974 pro Kopf 70 Kilo Fleisch verbraucht. In der Bundesrepublik 79 Kilo. Von extrem hohem Fleischverbrauch kann also keine Rede sein. Wohl aber vom Bestreben der Parteiführung, den Arbeitern höhere Arbeitsleistung auf der Basis von Kartoffeln abzupressen.

Die „UZ", Zeitung der DKP, tischt den westdeutschen Arbeitern das Märchen auf, ihre sauberen Revisionistenbrüder in Polen hätten eine Lohnerhöhung beschlossen, die vollen Ausgleich für die „Preisänderungen" schaffe, wie die „UZ" das Höherhängen des Brotkorbes nennt. „Die Preisänderungen werden von den Zuschüssen zu den Löhnen, Renten und Pensionen sowie erhöhten Familienzuschüssen ausgeglichen." Offensichtlich waren die polnischen Arbeiter zu anderen Ergebnissen beim Nachrechnen gekommen, und die bürgerlichen Machthaber mußten ihren „Ausgleichs"-Vorschlag schnell wieder zurücknehmen. Vorgesehen waren Lohnerhöhungen, die für die unteren Lohngruppen prozentual höher, jedoch dem absoluten Betrag nach niedriger als bei den höheren Lohngruppen ausfallen sollten und die nicht an das Ausmaß der Preiserhöhungen heranreichten. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juni) Über die Demonstrationen und Kundgebungen berichtet die „UZ", nachdem die Regierung die Preiserhöhung zurückgezogen hatte, am 28. Juni: „Die Zurücknahme des Vorschlags der polnischen Regierung über eine Änderung der Preisstruktur ist in der Öffentlichkeit des Landes auf Zustimmung gestoßen. In zahlreichen Großbetrieben fanden Kundgebungen statt, auf denen die Werktätigen ihrer Unterstützung für die Politik von Partei und Regierung Ausdruck gaben."

Die Regierung hat ihren Plan, die Lebensmittelpreise zu erhöhen, keineswegs aufgegeben. Sie will in einigen Monaten einen neuen Vorstoß versuchen.

Die neue Bourgeoisie hat sich beträchtlich bei den Imperialisten des Westens verschuldet. Von der sowjetischen Supermacht wird sie über steigende Preise ausgeplündert. Getreide und Futtermittel muß sie in beträchtlichem Umfang einführen, so daß insgesamt die Einfuhr von Lebensmitteln die Ausfuhr von Lebensmitteln übersteigt. Offensichtlich will die polnische Bourgeoisie die Ausfuhr von Lebensmitteln steigern und die Einfuhr senken. Die Bauern will sie dafür gewinnen durch eine Anhebung der staatlichen Abnahmepreise.

Die Landwirtschaft wird in Polen privatkapitalistisch betrieben. Für den Handel mit dem Westen spielt der Fleischexport eine bedeutende Rolle. Mehr als ein Viertel der Exporte Polens in die BRD sind landwirtschaftliche Erzeugnisse, hauptsächlich Fleisch und Geflügel. Mit den höheren Fleischpreisen will die polnische Bourgeoisie einerseits eine höhere Produktion bei den Bauern, andererseits einen geringeren Verbrauch bei den Arbeitern erreichen, um mehr exportieren zu können, und zugleich die Bauern gegen die Arbeiter ausspielen. Die polnischen Arbeiter haben diesen Geschäften der neuen Bourgeoisie eine weitere Abfuhr erteilt.



In vielen Städten der Bundesrepublik fanden in der vergangenen Woche Demonstrationen und Kundgebungen gegen das imperialistische Komplott Kissinger-Vorster-Schmidt und für die Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker Afrikas statt. In Westberlin (unser Bild) demonstrierten 1 500. **Interview mit Rex Chiwara über den Befreiungskampf in Zimbabwe Seite 14. Südafrika-Politik des BRD-Imperialismus Seite 16.**

Schwere Schäden für die Landwirtschaft

Die Auswirkungen der Hitze sind keine Frage der Natur

Die Hitze der letzten Tage machte vielen zu schaffen. Bis zu 36 Grad im Schatten konnte man messen.

In den Nachrichten wurde gelegentlich über die Folgen dieser Hitze auf die Landwirtschaft berichtet. Fast die gesamte diesjährige Obst-, Getreide- und Rübenernte sei entweder ruiniert oder stehe kurz davor, wurde berichtet. Schon hat der rheinland-pfälzische Landwirtschaftsminister Otto Meyer in einem Brief an den Bonner Ertl seine Besorgnis über das Wetter ausgedrückt.

Besonders schlimm sind Grünland und Futterwirtschaft betroffen. Der Deutsche Bauernverband hat bereits erklärt, daß die Verluste in der Heuernte „nicht mehr einzuholen sind". (Süddeutsche Zeitung, 28.6.76) In Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz drohen bereits ganze Weidegebiete zu versteppen. Die Folge davon sind Notverkäufe an Vieh. Es fehlt an Futter. Auch werden Notverkäufe und Notschlachtungen an Milchvieh vorgenommen, was zu herben Verlusten gerade bei den kleinen Bauern führt, die sich eine Milchwirtschaft aufbauen wollten. Ihnen wird die Milchwirtschaft ruiniert, und außerdem gibt es einen Preisverfall bei Schlachtvieh. Die kleinen Bauern, die diese Folgen der Hitze wirtschaftlich trifft, werden also besonders gründlich getroffen. Aus dem Saarland berichtete die „Tagesschau" am 26.6., daß die Bauern das Vieh bereits in die Getreideäcker treiben, damit es nicht kaputtgeht.

Nach Berechnungen von Trierer Klimatologen betrug das Defizit an Wasser bereits im Frühjahr 1976 im Südwesten bis zu 200 Liter pro Quadratmeter; im Bayrischen Wald und in der Hocheifel wird die Bevölkerung bereits mit Trinkwassertankwagen versorgt, weil die Brunnen versiegt sind und moderne Wasserversorgung nicht vorhanden ist.

Man darf diese unerträglichen Zustände aber nicht für eine Frage des Wetters halten. Dies machen manche Leute, um zu sagen, daß man gegen das Wetter ja nichts tun könne. Das glauben auch manche Bauern, und schon berichten die Zeitungen, daß in manchen ländlichen Gebieten „die Gläubigen zur Rettung der Ernte, für Regen" beten. (Süddeutsche Zeitung, 28.6.76) Dabei wäre es eigentlich heute gar kein Problem, die notwendigen Bewässerungsanlagen in den landwirtschaftlichen Gebieten zu bauen. Gerade in der Bundesrepublik würde das nicht besondere Mühe machen, da sie nach Aussagen des Professors für Wasserwirtschaft an der Technischen Universität Aachen „wie kein anderes Land in Europa mit Talsperren gesegnet" ist. (Süddeutsche Zeitung, 28.6.76)

Wenn also neben den vielen Talsperren das Weidegebiet „versteppt" und das Vieh notverkauft werden muß, kann es nicht einfach am Wetter liegen, sondern es stellt sich die Frage, warum das Wasser von den Talsperren nicht auf die Weiden und Äcker kommt.

Nach Angaben des Statistischen Jahrbuches für Rheinland-Pfalz gehört den Bauern von insgesamt 806525 Hektar nur 489952 Hektar als Eigenland, der Rest wird als „Pachtland" aufgeführt (1971). Von den Bauernhöfen, die „Eigenland" bewirtschaften, sind der größte Teil Familienbetriebe. Für den Bau von Bewässerungsanlagen, die die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft erheblich verbessern würden, ist aber das Privateigentum an Boden und die Pachtwirtschaft ein großes Hindernis. Die Pächter und Familienbetriebe können das notwendige Kapital nicht aufbringen. Schuld an den katastrophalen Zuständen in der Landwirtschaft sind also die Eigentumsverhältnisse, das Parzelleneigentum, das eine planmäßige Entwicklung der Landwirtschaft unmöglich macht. „Das Parzelleneigentum schließt seiner Natur nach aus: Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftliche Formen der Arbeit, gesellschaftliche Konzentration der Kapitale, Viehzucht auf großem Maßstab, progressive Anwendung der Wissenschaft", schrieb vor zirka

Fortsetzung Seite 2

Streik bei Siemens Westberlin

Westberlin. Am letzten Freitag haben in Westberlin alle hundert Arbeiter der neuen Nordhalle des Wernerwerkes von Siemens geschlossen die Arbeit niedergelegt. In dem Flachbau, der ein asphaltiertes Dach und keine Klimaanlage hat, herrschten aufgrund der großen Hitze Brutstättentemperaturen. Die Arbeiter zogen geschlossen zur Geschäftsleitung und zum Betriebsrat, um gegen die unmöglichen Arbeitsbedingungen zu protestieren.

Urlaubsreisen werden zu teuer Reisen ins Ausland gehen zurück

„Ebbt die große Reisewelle ab?" fragt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und berichtet: „Wie aus der Branche (der Reiseveranstalter) zu hören ist, konzentriert sich der Rückgang vor allem auf das untere Genre der Reisen; für teurere Reisen werden vielfach noch ansehnliche Zuwachsraten gemeldet." Unverschlüsselt gesagt, bedeutet das: Während die Bourgeoisie die Ansprüche an ihren Urlaub steigert und die Ausgaben für Urlaubsreisen erhöht, gehen die Möglichkeiten der Angehörigen der Arbeiterklasse, ihren Urlaub im Ausland zu verbringen, zurück. Das heißt aber für die Lohnabhängigen, daß ihre Möglichkeiten, den Urlaub außerhalb der gewohnten Umgebung zu verbringen, überhaupt zurückgehen. Denn, wie der Monatsbericht der deutschen Bundesbank vom Januar feststellte: Trotz der teilweise riesigen Inflation in vielen Ländern „blieb für einen deutschen Touristen eine Auslandsreise im allgemeinen wesentlich billiger als ein entsprechender Urlaub in der Bundesrepublik". Im Rückgang der billigeren Auslandsreisen kommt also einfach ein Stück Senkung des Werts der Arbeitskraft zum Ausdruck, der den Kapitalisten im Verlauf der letzten zwei Jahre gelungen ist. Hat der Lohn für einen Teil der Arbeiterklasse bisher eine Urlaubsreise enthalten und wurde diese Urlaubsreise nicht zuletzt wegen der geringeren Kosten häufig ins Ausland unternommen, so gilt dies heute nur noch für einen geringeren Teil der Arbeiterklasse.

Die „große Reisewelle" sagt sowieso einiges über die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland aus. Auch darüber, wie der Kapitalismus Europa zugrunderichtet. Im Bericht der Bundesbank liest sich das so: Die Reisewelle ist „Ausdruck einer speziellen Art der ‚internationalen Arbeitsteilung'; dem vergleichsweise hohen Stand der Produktivität bei der Warenerzeugung in einem großen Industrieland mit zugleich zunehmenden Umweltproblemen und vergleichsweise geringer Kapazität für Urlaubs- und Erholungsaufenthalte stehen umgekehrte Standortvor- und -nachteile in den Haupturlaubsländern gegenüber". Das kann man z.B. daran sehen, daß viele Spanier, Portugiesen, Jugoslawen, Italiener, Griechen und Türken gezwungen sind, sich in Westdeutschland ausbeuten zu lassen, weil es der „internationalen Arbeitsteilung" beliebte, ihr Land in ein „Urlaubsland" zu verwandeln. In den Industrieländern richten die Kapitalisten Land und Leute auf andere Art zugrunde: Die Ausbeutung ist dort extrem hoch. Der „vergleichweise hohe Stand der Produktivität" bedeutet nichts anderes. Die Umwelt wird durch den Fanatismus der Kapitalisten, nicht nur an Löhnen, sondern auch an Ausgaben gegen Luft- und Wasserverschmutzung zu sparen, mit wachsendem Tempo zugrundgerichtet.

Die „Reisewelle" hat also genausogut ihre ökonomischen Gründe wie die Anwerbung von ausländischen Arbeitern für westdeutsche Fabriken. Ihr gegenwärtiges Abebben ist wie die Rückwanderung der ausländischen Arbeiter Ausdruck der Krise des westdeutschen Kapitalismus.

Man kann sich darüber streiten, welcher Teil der Arbeiterklasse den besseren Teil erwischt hat, der deutsche oder der ausländische. Sicher ist jedenfalls, daß nur ein Europa der Arbeiterklasse die herrschende „internationale Arbeitsteilung" wird überwinden und jedem Arbeiter Brot und Erholung wird sichern können. Auch das kann man sich angesichts der Frage „Ebbt die große Reisewelle ab?" überlegen. Gerade in der augenblicklichen Hitzewelle, wenn man nach achtstündiger Akkordarbeit und noch einigen Überstunden an schmutzigen Flüssen entlang, in denen es nicht einmal mehr die Fische aushalten, kaputt nach Hause fährt und eine Luft atmet, die sich kaum von der in der Halle unterscheidet.

Die Auswirkungen der Hitze sind keine Frage der Natur

Fortsetzung

100 Jahren Karl Marx in seinem Werk „Das Kapital“ (Band 3, S. 815).

Wo im Kapitalismus es überhaupt zur Anwendung moderner Produktionsmethoden in der Landwirtschaft kommt, geschieht dies durch kapitalistische Großbetriebe auf der Grundlage des Ruins der kleinen Bauern. Im Sozialismus aber ist es möglich, die Landwirtschaft allseitig und planmäßig zu entwickeln.

Nur so ist es zu erklären, daß ein kleines Land wie Albanien weit über die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewässert hat und dort solche Katastrophen undenkbar sind. In einer sozialistischen Gesellschaft ist das Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben oder in Genossenschaften zusammengefaßt und die Landwirtschaft wird von den Bauern gemeinschaftlich betrieben. Dies ist ein großer Fortschritt gegenüber der kapitalistisch organisierten Landwirtschaft in Westdeutschland.

Die Statistik über die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz sagt noch etwas aus: Von 1949 bis 1973 sank die Zahl der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betriebe von 211017 auf 99280; die landwirtschaftlich genutzte Fläche im selben Zeitraum nur von 887970 auf 809832 Hektar. Die gegenwärtige „Hitzewelle“ wird diese ungeheure Konzentration, die ungeheure Ruinierung der Bauern, sicherlich beschleunigen. Die Ursache liegt jedoch nicht in der Natur – es ist nur der normale Verlauf bei kapitalistischen Eigentumsverhältnissen auf dem Land. Dieser Prozeß wird solange weitergehen, bis die Arbeiterklasse die politische Herrschaft erkämpft hat. Ihr Programm für die Landwirtschaft ist es, die Produktivkräfte auf dem Land zu entfalten durch den Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Produzenten. – (ws)

Bundesgerichtshof läßt Gegner der Bourgeoisherrschaft für unbegrenzte Zeit im Irrenhaus einsperren

Am 1.6.1976 hat der Bundesgerichtshof in Berlin die Revision des Untersuchungshäftlings Rainer Recke verworfen gegen das Urteil des Landgerichts, wonach Recke auf unbestimmte Zeit im Landeskrankenhaus in Isolationshaft festgehalten werden kann. Das Landgericht hatte festgelegt: „Der Schutz der Allgemeinheit kann auf andere Weise als durch die Unterbringung (im Landeskrankenhaus) bis zum erfolgreichen Abschluß der Behandlung nicht sichergestellt werden.“ – Die Notwendigkeit der „Behandlung“ war vom psychiatrischen Gutachter, Prof. Venzlaff, damit begründet worden, daß „der Angeklagte ... eine erheblich gestörte Beziehung zu seiner Umwelt“ habe und daß „sie bei ihm Aggressionen und Erregungszustände auszulösen“ vermöge. Rainer Reckes „erheblich gestörte Beziehung zu seiner Umwelt“ besteht in seiner politischen Einsicht, daß in dieser Gesellschaft die Kapitalistenklasse die Arbeiterklasse ausbeutet und mithilfe ihres Staates unterdrückt; daß sie ein Drohnenleben führt und gestürzt werden muß. – Bei der Revisionsverhandlung vor dem Bundesgerichtshof durfte die Tatsachenerhebung der Staatsschutzkammer des Landgerichts nicht mehr zur Überprüfung vorgelegt werden. Dieses Recht ist politischen Gegnern der herrschenden Klasse prinzipiell genommen. Weiter wurde Rainer Recke zur Revisionsverhandlung erst gar nicht zugelassen, auch das ganz gesetzmäßig. Und schließlich wurde ihm auch die Verteidigung durch den Anwalt seiner Wahl verweigert. Das Gericht hatte ihm einen Berliner Anwalt namens Görcke zugewiesen, von dem das Gericht befand: „Herr Rechtsanwalt Dr. Görcke ist uns seit vielen Jahren aus zahlreichen Verhandlungen bekannt und der Senat hält ihn einhellig für besonders qualifiziert.“ Die Herren Rechtshüter werden die Sache wahrscheinlich gleich im Café miteinander ausgemacht haben. Am Fall Recke wird der Charakter der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer Justiz offenbar: Sie scheut nicht davor zurück, ihre Gegner in Irrenanstalten einzusperren, sie dort in Isolationshaft zu halten und sie durch eine Kumpanei von aufgezwungenem Gutachter und Richtern ohne jedes Urteil in der Sache dort festzuhalten. Es besteht keinerlei Grund, mit dieser Klasse jemals zimperlich umzugehen. – (nach Ortsbeilage Göttingen der KVZ)

Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz verabschiedet

Widerstand gegen Anwendung des Gesetzes

Am 24.6.76 hat der niedersächsische Landtag das Verfassungsschutzgesetz verabschiedet, wonach alle Behörden dem Verfassungsschutz unaufgefordert „Amtshilfe“ leisten, d.h. als Schnüffelagenten tätig werden müssen. Der ehemalige Innenminister Groß (FDP), unter dessen Regie das Gesetz eingebracht worden war, sagte im Landtag: In einem Klima generellen Mißtrauens könne der Nachrichtendienst eines freiheitlichen Landes nicht arbeiten. Womit der Expolierminister und Verantwortliche für das Chaos bei der Bekämpfung der Waldbrände im letzten Jahr werben wollte für das Vertrauen in den Verfassungsschutz und seine Tätigkeit: Beschnüffelung des Volkes und Erzeugung eines Klimas von Denunziantentum, Unsicherheit, Duckmäusertum.



In vielen Städten Niedersachsens fanden Demonstrationen gegen das Verfassungsschutzgesetz statt, wie hier in Hannover.

CDU und die Liberalen von der FDP waren erklärtermaßen für die Ausweitung des staatlichen Spitzelwesens und für dieses Gesetz. Sie sind als offene Feinde des Volkes in Erscheinung getreten. Überwachung muß sein und damit basta. Die SPD mit ihrem Alttrotzkisten von Oertzen an der Spitze aber hat als der eigentliche Feind der Widerstandsbewegung gegen dieses Gesetz gehandelt. Ursprünglich war das Gesetz unter ihrer Regierung eingebracht worden. Dann verlor sie die Ministersessel und prompt versuchte sie, sich der Widerstandsbewegung zu bedienen, um wieder ins Geschäft zu kommen.

Es hatte Beschlüsse gegen das Gesetz gehagelt in den Gewerkschaften, in Schulversammlungen, auf Hochschulen. In Wolfsburg nahm die Vertreterversammlung der IG Metall (siehe KVZ Nr. 23/1976), in Göttingen der Frauenausschuß des DGB, in Hannover die ÖTV-Vertrauensleute des Landkreises und Personalamtes, in Meppen die Studienreferendare am staatlichen Studienseminar gegen das Gesetz Stellung. Und das ist nur ein schmaler Auszug aus den Protesten.

Die SPD versuchte, auf dem Protest zu reiten und schlug Änderungen an dem Gesetz vor. Entschieden war sie gegen öffentliche Protestaktionen und Demonstrationen und selbstverständlich war sie nicht einverstanden mit der Forderung: Weg mit dem niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz!, die überall in der Bewegung erhoben wurde. – Zustimmung zu ihren Änderungsanträgen konnte die SPD nirgends ernten. Die Forderung nach Streichung des ganzen Gesetzesvorhabens stand. Aber das war auch nicht die Absicht gewesen. Die Abänderungsvorschläge der SPD waren das Eintrittsbillet in die Auseinandersetzung innerhalb der Widerstandsbewegung. Es galt offenen Widerstand zu verhindern oder doch zumindest klein zu halten. Die SPD-Spitzen und mit ihnen die Revisionisten von der DKP traten überall dem Plan zu Demonstrationen entgegen und organisierten ihren Boykott. Durchgeführt wurden Aktionen und Demonstrationen schließlich in Hildesheim, Celle (70 Teilnehmer), Lüneburg (20), Göttingen (250), Hannover (300) und Peine (30). Wir wollen es nicht geändert haben, das Spitzelgesetz muß weg, riefen die Demonstranten, durchweg aufgerufen durch Aktionseinheiten, an denen sich neben Studenten- und Schülervertretungen auch der KBW beteiligte.

Die SPD-Fraktion stimmte nach diesem Manöver dem unveränderten Gesetz zu. 11 Abgeordnete durften Gewissensbedenken mimen. Die Änderungsanträge hatten für die SPD ihren Zweck erfüllt und Verwirrung im Lager der Gegner des Gesetzes angerichtet. Das Schurkenstück war vollbracht und im Landtag stellte sich der SPD-Landesvorsitzende von Oertzen hin, der vor wenigen Jahren noch unter Pseudonym in trotzkistischen Zeitschriften für die Rätedemokratie geschwärmt und Bücher veröffentlicht hat, und sprach als Mann des Staatsschutzes und seiner geheimen Polizei: Niemand in seiner Partei stelle die Existenz und Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes in Frage und niemand bestreite die Notwendigkeit des Gesetzes. Zum Schurkenstück der Hauptdarsteller.

Das Gesetz ist verabschiedet, aber bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die als Spitzel tätig werden sollen, noch nicht durchgesetzt. Gleich nach der Verabschiedung unterschrieben 64 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter der Technischen Universität die folgende Erklärung, offensichtlich in dem festen Bewußtsein, daß Widerstand gegen das Gesetz unter ihren Studenten, bei der Masse der Angehörigen des öffentlichen Dienstes und im Volk Unterstützung findet:

Erklärung zur Verabschiedung eines Verfassungsschutzgesetzes

Bis jetzt haben 64 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter der Fakultäten für Geistes- und Sozialwissenschaften und Rechtswissenschaften nachfolgende Erklärung unterzeichnet: „Aus Anlaß der zu befürchtenden Verabschiedung eines Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Niedersachsen erklären die Unterzeichner: Wir begrüßen den Beschluß des Senats der Technischen Universität Hannover vom 11. Februar 1976 und die Stellungnahme der engeren Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften vom 1. Februar 1976 und der Fakultät für Rechtswissenschaften zum Gesetzentwurf über den niedersächsischen Verfassungsschutz. Wir sind aus den in den Beschlüssen der Universitätsgremien genannten Gründen nicht bereit, der Verfassungsschutzbehörde unaufgefordert oder aufgefordert Informationen zu übermitteln.“

Bundestagskandidat des KBW wegen Zugehörigkeit zu „umstürzlerischer Organisation“ aus öffentlichem Dienst entlassen

Der Kandidat des KBW zur Bundestagswahl in Friedberg, Dieter Wissmann, Angestellter bei der Kreisvolkshochschule ist nach Veröffentlichung seiner Kandidatur vom Landrat des Wetteraukreises fristlos entlassen worden. Dieter Wissmann wird vom Landrat bescheinigt, „einer umstürzlerischen Organisation“ anzugehören, wodurch das „unabweisbare Sicherheitsbedürfnis“ verletzt werde, das die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ als „Basis dieses Staates“ habe. Das „unabweisbare Sicherheitsbedürfnis“ gegen Revolution schließe „auch den Wetteraukreis als Teil der Staatsverwaltung ein“. Insbesondere stehe das Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse über die heute herrschende Ausbeuterklasse „in krassem Widerspruch zu den bildungspolitischen Zielen der Kreisvolkshochschule“, die damit als Propagandaanstalt des kapitalistischen Ausbeuterregimes proklamiert wird.

Legalisierte Willkür

Ein Gefangener kann auch dann festgehalten werden, wenn seine Strafe abgelaufen ist. Das hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beschlossen für alle Gefangenen, für die mit der Verurteilung zugleich Sicherheitsverwahrung angeordnet wurde. Zwar müssen seit dem 1. Januar die Gerichte nach Ablauf der regulären Strafzeit prüfen, ob die Sicherheitsverwahrung aufrechterhalten wird. Diese Bestimmung ist aber jetzt praktisch außer Kraft gesetzt worden durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Auch ohne Prüfung wird der Häftling gefangen gehalten. Es genügt, daß das Gericht „mit der ihm obliegenden Prüfung begonnen hat und dieses Prüfungsverfahren ohne vermeidbare Verzögerungen binnen angemessener Frist zum Abschluß bringt“. Mit der Bestimmung lassen sich mühelos über Jahre hinweg ganze Straflager füllen. (Aktenzeichen 2 BvR 618/75)

Eine bemerkenswerte Änderung hat der Bundesinnenminister Maihofer am 16. Juni 1976 am Ausländergesetz vorgenommen:

Nach § 1 Absatz 2 der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes brauchen Angehörige bestimmter Staaten keine besondere Aufenthaltserlaubnis, wenn sie nur zum Besuch und nicht länger als drei Monate in die BRD reisen (Touristenvisum). In einer Anlage zu der Verordnung sind die Länder alle aufgezählt, deren Angehörige in den Genuß dieser Regelung kommen. Mit Verordnung vom 16. Juni 1976 (Bundesgesetzblatt I 1976, Seite 1590) hat jetzt der Bundesminister einige Staaten aus dieser Liste gestrichen: Papua-Neuguinea, die Komoren, Laos, Surinam, Pakistan, Angola, Kapverdische Inseln, Mosambik, Sao Tomé und Principe, Spanisch-Westafrika. Auf einen kurzen Nenner gebracht, läßt sich aus dieser Liste leicht entnehmen, daß gegen den Besuch der alten Kolonialisten aus Angola oder den Kapverdischen Inseln keine Bedenken bestanden, daß aber verwaltungs- und polizeimäßige Schranken aufgebaut werden, sobald in diesen Ländern das Volk die Macht ergriffen hat oder auf dem Weg dazu ist.

Kapitalexport nach Israel rückläufig – Furcht vor der Revolution

Die Investitionen der imperialistischen Länder in Israel sind seit 1973, der israelischen Niederlage im Jom Kippur-Krieg, drastisch zurückgegangen. Von 185,2 Millionen Dollar 1973 auf 81 Millionen Dollar 1975. Die westlichen imperialistischen Länder, an der Spitze die USA, stellen damit ihrem Kettenhund gegen die Unabhängigkeit der arabischen Länder und gegen die arabische Revolution eine denkbar schlechte Prognose. Sie halten Kapitalanlagen in Israel angesichts des Widerstandskampfes des palästinensischen Volkes und des Unabhängigkeitsstrebens der arabischen Staaten offenbar für zu risikoreich. An mangelnden Profitmöglichkeiten in Israel kann das gesunkene Interesse an Kapitalanlagen nicht liegen. Die Nachrichten für den Außenhandel vom 28. Juni berichten, daß „die Rentabilität der Auslandsinvestitionen in Israel über dem Durchschnitt“ liege.

„Kissinger und Vorster raus!“ Eine kleinbürgerliche Linie in der demokratischen Bewegung

„Kissinger und Vorster raus aus Hamburg!“ hatte die Zeitung „Arbeiterkampf“ gefordert. Als das Treffen von Kissinger und Vorster in Bayern stattfand, hat der KB (Nord) seine Forderung erweitert und die Losung ausgegeben: „Kissinger und Vorster raus aus der BRD!“ „Rassist Vorster raus aus der BRD!“ hatte auch die Zeitung der Gruppe Rote Fahne gefordert. In der letzten Nummer der KVZ ist auf einem Bild von einer Kundgebung der Ortsgruppe Heidelberg des KBW ebenfalls die Losung zu sehen: „Vorster raus aus der BRD!“. Große Übereinstimmung also.

Die Forderungen haben sich inzwischen historisch erledigt. Kissinger ist „raus“, Vorster auch. Allon, der gleichzeitig hier war, ist nach Israel zurückgereist, und Schmidt ist bereits in Puerto Rico beim Gipfeltreffen gewesen. Man könnte bis zum nächsten Besuch zur Tagesordnung übergehen. Aber gerade so ist es nicht: Weder kann die demokratische und antiimperialistische Bewegung nach Beendigung der Treffen von Kissinger und Schmidt mit Vorster zur Tagesordnung übergehen, noch können die genannten Losungen zu den Akten gelegt werden, bis sie beim nächsten Besuch wieder hervorgeholt werden. Diese Losungen sind falsch und führen die demokratische und antiimperialistische Bewegung in die Irre.

Um was ging es bei dem Treffen zwischen Kissinger und Vorster wie bei dem Treffen von Genscher und Schmidt mit dem Regierungschef des südafrikanischen Kolonialregimes? Es ging dem US-Imperialismus und dem BRD-Imperialismus bei diesen Gesprächen darum, wie die südafrikanische Bastion gehalten werden kann gegen den Ansturm der afrikanischen Völker, der Völker Zimbabwes, Namibias und Azanias und wie dieser Stützpunkt für die Rivalität mit dem Sozialimperialismus im Kampf um Afrika gehalten und ausgebaut werden kann. Der Kampf gegen die Unterdrükkungsmaßnahmen und Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus wie des BRD-Imperialismus und der ganzen NATO ist eine zentrale Aufgabe der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung in Westdeutschland. Er hängt in seiner Aktualität nicht davon ab, wer wen wann wo trifft. Für diesen Kampf hat der KBW bei den Aktionen der letzten Woche die Losungen ausgegeben:

Es lebe der Befreiungskampf der Völker Afrikas, es lebe der Volksbefreiungskrieg in Zimbabwe, Namibia und Azania! Sofortige Freilassung aller Gefangenen des Vorster-Regimes! Nieder mit der Kolonialherrschaft im südlichen Afrika! Nieder mit der Verschwörung Kissinger-Schmidt-Vorster gegen die Völker des südlichen Afrika! Nieder mit dem Imperialismus!

Diese Losungen geben der Empörung über das Kolonialregime in Südafrika eine Stoßrichtung. Mit ihnen kann der Kampf weitergeführt werden. Die Losung „Vorster raus aus der BRD!“ knüpft an die Empörung der Massen über die offenen Verbrechen des südafrikanischen Rassistenregimes an. Das ist gut. Sie versucht diese Empörung in eine kleinbürgerliche Richtung zu lenken. Das ist schlecht. Ausgerechnet der BRD-Imperialismus wird in dieser Losung vom Angriff ausgenommen. Er wird im Gegenteil beschönigt und als neutrales Gastland genommen, um auf dieser Grundlage die Einheit mit der Sozialdemokratie zu suchen. Statt die Aufmerksamkeit der Massen auf den imperialistischen Charakter der Beziehungen und der Zwecke zu lenken, denen die Treffen mit Vorster dienten, werden sie auf die bloße Tatsache des Besuches gelenkt, der als äußerer Anlaß für den Kampf in der BRD genommen wird. Als ob es um die Reinhaltung der BRD ging und nicht darum, durch den Angriff auf den Imperialismus den Völkern des südlichen Afrika wirksam Unterstützung zu geben. Der „Arbeiterkampf“ sieht das anders. Seine zwei Forderungen lauteten: „Kissinger und Vorster raus aus Hamburg!“ „Imperialisten und Rassisten raus aus Afrika!“ Das wär's. Und was soll mit dem BRD-Imperialismus und Schmidt geschehen? Aber Schmidt ist ja im Gegensatz zu Kissinger und Vorster Hamburger Bürger.

Eine Frage bleibt darüberhinaus: Meint der KB (Nord) mit der Losung „Imperialisten und Rassisten raus aus Afrika!“ auch die Sozialimperialisten? Das immerhin wäre ein Fortschritt. Wahrscheinlich hat er sie über Kissinger und Vorster genauso „vergessen“ wie den BRD-Imperialismus und den Sozialdemokraten Schmidt. (gs)

Freiheitskampf des spanischen Volkes

Die Imperialisten setzen auf die Reform des faschistischen Regimes

Am Dienstag vergangener Woche gab es in den beiden größten Städten Spaniens, in Madrid und Barcelona, zwei große Demonstrationen. Es waren die beiden ersten erlaubten Demonstrationen seit 40 Jahren, die gegen die Regierung gerichtet waren. Während die Kundgebung in Barcelona mit 13000 Teilnehmern, die von den Sozialdemokraten durchgeführt wurde, von der Polizei in Ruhe gelassen wurde, griff die Polizei in Madrid acht Minuten vor Ablauf der genehmigten halben Stunde mit äußerster Brutalität die Demonstranten an.



Streikdemonstration der Arbeiter von „Motor Iberica". Sie streiken seit über zwei Monaten. **Siehe Bericht auf der nächsten Seite.**

Aufgerufen hatte eine „Bürgerinitiative", gegen die Streigerung der Lebenshaltungskosten und den Lohnstopp zu demonstrieren. Insgesamt kamen 50000, unter ihnen auch 5000 Lehrer, die gegen die miserablen Schulverhältnisse und für kostenlosen Unterricht demonstrierten, sowie über 1000 Körperbehinderte, die eine Verbesserung ihrer Lebens- und Ausbildungsbedingungen forderten. Zugleich demonstrierten 5000 Chemiearbeiter für die Erhöhung der Mindestlöhne, für kürzere Arbeitszeit und für freie Gewerkschaften. „Als aber plötzlich Rufe nach ‚Freiheit' und ‚Amnestie' laut wurden, schritt die Polizei ein", schreibt die „Frankfurter Rundschau". Die Polizei ging mit Knüppeln und Tränengasbomben vor, wurde aber nicht Herr der Lage. Der Verkehr in der Madrider Innenstadt brach vollständig zusammen.

Am gleichen Abend versammelten sich trotz Verbot 2000 Delegierte der Madrider Arbeiterkommissionen in einer Kirche, um den zentralen Kongreß der spanischen Arbeiterkommissionen vorzubereiten.

Der Zentrale Kongreß der Comisiones Obreras sollte am vergangenen Wochenende stattfinden. Er wurde vom Innenminister verboten. In einer geheimen Pressekonferenz hatten Vertreter der Comisiones erklärt, daß der Kongreß statt mit 2000 mit 500 Delegierten trotz Verbot durchgeführt werde.

Reformen mit dem Polizeiknüppel

Ankündigung von Reformen durch die Regierung, einige gezielte Genehmigungen für Versammlungen und Kundgebungen auf der einen Seite, Verbote, Verhaftungen, Folter in den Gefängnissen und blutige Unterdrükkung von Demonstrationen auf der anderen – das ist das Bild des Lavierens, das das faschistische Regime gegenüber der ungebrochenen Streik- und Massenbewegung abgibt. Diese Methode des Lavierens erfolgt jedoch planmäßig.

Unter direkter Anleitung und Beratung der Imperialisten der USA und Europas führt das faschistische Regime derzeit ein langanhaltendes Manöver zur Reform des Faschismus durch. Noch zu Lebzeiten Francos eingeleitet durch die Wiederherstellung der Monarchie und die Übernahme der Regentenschaft durch Juan Carlos nach dem Tode Francos, sollen die Reformen auf breitere Füße stellen, um den Befreiungskampf der spanischen Volksmassen zu stoppen und die imperialistische Herrschaft über Spanien durch Beitritt in die EG und in die NATO abzusichern. Zulassung der bürgerlichen Parteien und Umwandlung der staatlichen Zwangsgewerkschaften sind die wichtigsten Maßnahmen dieser Reform. Ein Gesetz über die Zulassung von Parteien ist schon beschlossen.

Man muß von vornherein klarmachen, daß es das faschistische Regime nur gibt, weil der Imperialismus über Spanien herrscht. In der alten Form aber kann er seine Herrschaft nicht weiter aufrechterhalten. Zugleich müssen die europäischen Imperialisten und die imperialistische Supermacht USA verhindern, daß die andere Supermacht in Spanien Fuß faßt.

Faschismus und Imperialismus ruinieren das Land

An die Macht gebracht wurde das faschistische Regime in Spanien mit Hilfe des deutschen und italienischen Imperialismus und seiner faschistischen Regimes. Nach der Niederlage des Faschismus war Spanien, das sich weitgehend aus dem Zweiten Weltkrieg raushalten konnte, wirtschaftlich und politisch isoliert. Das Land war wirtschaftlich zugrundegerichtet und um Jahrzehnte in seiner Entwicklung zurückgeworfen. Das kann mit einigen Zahlen verdeutlicht werden.

1930 betrug der Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft 46 %, in der Industrie 25 %. Nach der Errichtung des faschistischen Regimes stieg der Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft auf 51 % im Jahre 1940, der Anteil in der Industrie fiel auf 18 % und bis 1950 auf 17,5 %. In diesen Zahlen drückt sich aus, daß mit dem Faschismus die spanische Aristokratie und Großgrundbesitzerklasse zur herrschenden Klasse wurde. Sie machte die Ansätze der Landreform der spanischen Republik wieder rückgängig, und unterwarf die Arbeiterklasse einem blutigen Zwangsregime, preßte sie in die staatliche Zwangsgewerkschaft und ermordete Hunderttausende nach der Machtübernahme. Hunderttausende von Arbeitern waren für die Republik gefallen, Hunderttausende flohen vor dem faschistischen Terror ins Ausland, Millionen wurden wegen des Niedergangs der Industrie von den Städten aufs Land zurückgeworfen, um das Heer der Landarbeiter für den Großgrundbesitzer zu vermehren.

Die kapitalistische Industrie konnte sich unter diesem Regime und bei der völligen Abtrennung Spaniens vom Weltmarkt nicht entwickeln. So war das Land Anfang der fünfziger Jahre reif, vom US-Imperialismus in Besitz genommen zu werden. 1951 wurde das Stützpunktabkommen mit den USA unterzeichnet, das das Regime gerade in diesem Jahr wieder auf 5 Jahre erneuert hat. US-Kapitalinvestitionen folgten, bald darauf auch Investitionen des europäischen Kapitals und westdeutschen Finanzkapitals, das seine traditionellen Beziehungen zum Franco-Regime wieder ausbaute. In den letzten Jahren sind die westdeutschen Investitionen in Spanien an die erste Stelle getreten. Unter der Vorherrschaft des ausländischen imperialistischen Kapitals gab es seit den fünfziger Jahren eine bescheidene industrielle Entwicklung auf der Grundlage der rasch fortschreitenden Verelendung und Ruinierung der Kleinbauern und des mit faschistischem Terror niedergehaltenen Lohnniveaus. Gemessen am Anteil der Erwerbstätigen in der Industrie wurde der Stand von 1930 im Jahre 1970 wiedererreicht: 25 % der Erwerbspersonen in der Industrie, das sind zugleich ca. ein Drittel der Lohnabhängigen. (Zum Vergleich BRD: 1970 waren über 50 % der Lohnabhängigen in der Industrie beschäftigt.)

Der Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft ist auf 25 % zurückgegangen, also weit mehr als vom Industriekapital als Lohnabhängige aufgesogen wurde. Ein großer Teil der ruinierten Bauern mußte im Ausland seine Arbeitskraft verkaufen.

Hungerlöhne und wachsende Teuerung

Spanien ist ein Land, das ungefähr doppelt so groß ist wie die Bundesrepublik. Die Bevölkerung zählt 34 Millionen, von denen die Statistik 35 % als Erwerbspersonen ausweist (zum Vergleich: BRD 44 %), 68 % der Erwerbspersonen sind Lohnabhängige (BRD 86 %).

Gegenüber 1930 ist der Anteil der Erwerbspersonen sogar von 37 % auf 35 % zurückgegangen, obwohl sich gegenüber 1930 (12 %) der Anteil der Frauen heute mit knapp 20 % der Erwerbspersonen fast verdoppelt hat. Allein die Bauwirtschaft hat sich sprunghaft entwickelt, 10 % der Erwerbspersonen sind heute in der Bauwirtschaft beschäftigt. In der Hauptsache wurde für den Tourismus gebaut und wachsende Teile der arbeitenden Bevölkerung müssen im Dienstleistungsmonopol für den Tourismus sich verdingen. Zusammen mit den Staatsbediensteten sind heute fast 40 % im unproduktiven Sektor beschäftigt.

An diesen Zahlen kann man die Unterentwicklung Spaniens als Folge der brutalen Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen und der Reichtümer des Landes durch das imperialistische Monopolkapital und die parasitäre Großgrundbesitzerklasse und Oligarchie Spaniens ermessen. Über die Löhne haben wir eine Angabe in einem Flugblatt der IG Chemie Vertrauensleute bei Michelin Hallstadt gefunden. Ihre Kollegen bei Michelin Spanien, die schon seit Monaten für Lohnerhöhung, kürzere Arbeitszeit und Vertretungsrechte streiken, verdienen im Durchschnitt monatlich 560 DM, die meisten also noch weit darunter, denn die Lohnunterschiede in Spanien sind noch weit höher als in der BRD. Dabei sind die Lebenshaltungskosten keineswegs niedriger in Spanien. Seit 1973 sind sie jährlich um 20 % gestiegen. Anfang des Jahres hat die europäische Gemeinschaft Spanien einen Kredit gewährt und damit die Auflage verbunden, daß die Peseta abgewertet wird. Hauptanteil an dem Kredit hat das westdeutsche Finanzkapital. Die Folge der Abwertung wird in Spanien eine weitere Verteuerung sein, da Importgüter nun mehr Pesetas kosten werden.

Das spanische Volk steht vor der Aufgabe, mit dem Sturz des faschistischen Regimes die Unabhängigkeit des Landes und die Enteignung der ausländischen Monopole sowie der spanischen Oligarchie und des Großgrundbesitzes zu erkämpfen und die Volksdemokratie zu errichten. Die spanische Arbeiterklasse hat in diesem Kampf die Führung inne, sie steht an der Spitze des Kampfes gegen das faschistische Regime. Das größte Hindernis auf diesem Weg stellt der überwiegende Einfluß des Revisionismus in der Arbeiterklasse dar. Auf den Revisionismus und die Sozialdemokratie setzen die Imperialisten bei ihrem Manöver, den Befreiungskampf der spanischen Volksmassen aufzuhalten durch eine Reform des Regimes und Eingliederung Spaniens in EG und NATO.

Die Reformen – ein imperialistisches Manöver

Während des ganzen Reformprozesses soll das Kommando in den Händen des Regimes bleiben. Beschlossen hat es bereits die Zulassung von Parteien. Parteien können zugelassen werden, wenn der faschistische Innenminister Fraga Iribarne es genehmigt. Die Zulassung ist also selbst ein Vorgang, mit dem die Parteien sich an das faschistische Regime verkaufen – ein Sklavenakt. Er soll zur Bildung eines Parlaments führen. Die Gesetze dazu und über die Befugnisse des Parlaments, das gewählt werden soll, erläßt das herrschende Faschistenregime und legt sie anschließend in einem Referendum dem Volk zur Abstimmung vor, das im Oktober stattfinden soll. Der Plan ist ebenso einfach wie betrügerisch. Das Regime rechnet darauf, daß das Volk einer solchen Reform der politischen Verhältnisse zustimmt, und damit zugleich durch die Abstimmung sein Recht auf den Sturz und die Beseitigung des Regimes mit dem Stimmzettel in die Urne wirft, um dann das reformisierte Regime als Ausdruck des Volkswillens ausgeben zu können.

Ganz ähnlich ist der Plan zur Umwandlung der faschistischen Zwangsgewerkschaft. Gegenwärtig besteht in Spanien eine Zwangsgewerkschaft unter Leitung des Regimes, in der sowohl die Lohnabhängigen wie die Kapitalisten Mitglieder sind, das sogenannte sindicato vertical. Es ist im wesentlichen das gleiche wie die Arbeitsfront im Dritten Reich, ein Instrument zur Unterdrückung und völligen Rechtlosigkeit der Arbeiterbewegung. Das sindicato vertical ist heute weitgehend zerstört und machtlos gegen den Ansturm der Arbeiterbewegung, die sich selbständig illegale Organisationen, die Comisiones Obreras geschaffen hat. Die Arbeiterkommissionen leiten die Streikbewegung der spanischen Lohnabhängigen und sind die Einheitsorgane der Arbeiterklasse im Kampf gegen das faschistische Regime. Die Forderung nach freien Gewerkschaften der Arbeiterklasse kann das faschistische Regime nicht mehr niederringen. Also versucht es, sie abzufangen durch den Plan einer Befragung, ob die Arbeiter eine Einheitsgewerkschaft oder mehrere Gewerkschaften wollen. Das ist nichts anderes als ein Plan zur Ausschaltung der Arbeiterkommissionen, denn die „Einheitsgewerkschaft", für die die Arbeiter stimmen können, ist das staatlich kontrollierte Zwangssyndikat, und mehrere Gewerkschaften bedeuten Gewerkschaften als Anhängsel der bürgerlichen Parteien. Ausgeschaltet soll damit werden, daß eine Einheitsgewerkschaft der Arbeiterklasse geschaffen wird, in der alle Lohnabhängigen ihre Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes gegen das Kapital und sein Regime schmieden können, wie sie durch die illegalen Arbeiterkommissionen schon angelegt ist. Die Arbeiter sollen wählen können zwischen Unterwerfung unter das Regime oder Spaltung ihrer Einheit gegen das Regime.

Die Beteiligung von Revisionisten und Sozialdemokraten an den Reformmanövern

Bei diesen Manövern handelt es sich um ein Komplott der Imperialisten. Sie stützen sich einerseits auf das alte Regime, andererseits auf die Kräfte der bürgerlichen Opposition. Während das alte Regime durch Militärverträge, Truppenstützpunkte und staatliche Verschuldung fest am Bändel der Imperialisten hängt, werden die Parteien der bürgerlichen Opposition von ihnen materiell und politisch aufgebaut. Das Zusammenspiel erfolgt in der Weise, daß Gewerkschaftskongresse und Parteikongresse der Sozialdemokraten und Christdemokraten sowie der Liberalen legal stattfinden können, während die revolutionären Organisationen und die Arbeiterkommissionen blutig unterdrückt werden. Eine besonders üble Rolle spielt dabei die revisionistische Kommunistische Partei Spaniens. Sie hat sich zusammengeschlossen mit den Sozialdemokraten und einigen anderen bürgerlichen Parteien in der sogenannten Convergenzia democratica. Das Programm dieser Vereinigung sieht den friedlichen Übergang zur Beteiligung der bürgerlichen Parteien an der Staatsmacht vor. Die Revisionisten haben für diesen Vorgang die Losung „ruptura pactada" ausgegeben, was soviel heißt wie: Bruch mit dem alten Regime durch vertragliche Vereinbarung mit dem Regime. Ausdrücklicher Programmpunkt der Convergencia democratica ist der Beitritt zu den europäischen Gemeinschaften und die Einhaltung aller internationalen Verträge, also insbesondere auch der Stützpunktverträge mit dem US-Imperialismus. Die Rolle der revisionistischen Kommunistischen Partei Spaniens ist deshalb übel, weil sie auf Grund ihrer revolutionären und antifaschistischen Vergangenheit großen Einfluß in der Arbeiterklasse und in den Volksmassen hat und diesen nutzt, um sie zum Paktieren mit dem Regime und zur Unterwerfung unter die imperialistischen Interessen zu führen. Gegenwärtig führt die revisionistische Kommunistische Partei Spaniens auf höchster Ebene mit dem Regime Verhandlungen über ihre Parteizulassung, wie die französische Zeitung „Le Monde" am 25. Juni berichtete. Gegen eine Zulassung der KP sind nach wie vor große Teile des Regimes sowie die USA, schreibt „Le Monde". Ohne die Revisionisten aber wird die Reform des faschistischen Regimes in Spanien nicht durchzuführen sein. Die europäischen Imperialisten, allen voran der BRD-Imperialismus, verfolgen deshalb die Taktik, die anderen bürgerlichen Parteien hochzupäppeln und für diese Parteien einen legalen Spielraum mit dem Regime zu vereinbaren, während die Legalisierung der revisionistischen KP herausgezögert wird. Dem dient auch die Unterstützung des DGB für die UGT, die Gewerkschaft der Sozialdemokratischen Partei PSOE, und die legale Durchführung des UGT-Kongresses unter Anwesenheit von Vertretern der Bundesregierung und der DGB-Spitze im Mai dieses Jahres. Dem dienen die Seminare in der westdeutschen Botschaft in Madrid, wo die Vertreter der bürgerlichen Parteien auf die Taktik, die Ziele und die Interessen des BRD-Imperialismus festgelegt werden sollen.

Zugleich aber ist klar, daß für die Imperialisten kein Weg vorbei an den Revisionisten führt, ebenso wie für die Arbeiterklasse kein Weg daran vorbei führt, den Revisionismus zu schlagen und die Kommunistische Partei wiederaufzubauen, um die Volksmassen zur Befreiung Spaniens zu führen. Die Ablehnung des Referendums über die staatliche Zulassung der Parteien und des Referendums zur Verhinderung der Einheitsgewerkschaft werden ein wichtiger Schritt dabei sein. – (bb)

Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit in Spanien

	1930		1940		1950		1960		1970	
	Mio.	%	Mio.	%	Mio	%	Mio.	%	Mio.	%
Bevölkerung	23,678		25,878		27,977		30,359		34,041	
Erwerbspers.	8,773	37	9,361	36,2	10,793	38,6	11,817	38,9	11,908	35
Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen und Anteile in % aller Erwerbspersonen										
Landwirtschaft	4,041	46,1	4,781	51,1	5,271	48,8	4,696	39,7	2,959	24,8
Industrie	2,251	25,7	1,701	18,2	1,904	17,6	2,379	20,1	3,02o	25,4
Bergwerke	0,115	1,3	0,1oo	1,1	0,174	1,6	0,194	1,6	0,126	1,1
Bauwirtsch.	0,285	3,2	0,373	4	0,574	5,3	0,751	6,4	1,217	10,2
Unprodukt. Sektor: Handel, Banken Dienstleistung Staat	2,082	23,7	2,406	25,7	2,870	26,6	3,796	32,1	4,587	38,5

Quelle: Statistisches Jahrbuch Spaniens 1975

Barcelona (Spanien) –

5000 Arbeiter bei Motor Iberica seit 28.4. im Streik

Im Kampf für Brot, Arbeit und Freiheit

Seit dem 28. April streiken in Barcelona die 5000 Arbeiter der drei Metallbetriebe „Motor Iberica“, die zu dem US-Konzern Massey-Fergusson gehören, der auch Niederlassungen in Frankreich hat und in der BRD unter dem Namen Hanomag in Stuttgart, Hannover und Hamburg. In Spanien werden hauptsächlich Traktoren, Landmaschinen und Lastwagen hergestellt, die in über 20 Länder exportiert werden.

Die Arbeiter streiken für die Forderungen:
4000 Peseten Festgeld-Lohnerhöhung (gleich 140 DM);
Wiedereinstellung aller Entlassenen, auch derer, die bei Arbeitskämpfen der letzten Jahre gefeuert worden waren, bis auf den letzten Mann;
Rücknahme aller Maßregelungen.

In den alten Tarifverträgen der Metallindustrie gab es eine Preisgleitklausel, wo nach jeweils sechs Monaten die Löhne den neuen Preisen angeglichen werden sollten. Um dies zu umgehen, hat das offizielle Statistikamt die Preissteigerungsrate schlicht erlogen und mit 7 % angegeben, während in Wirklichkeit die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch, Kartoffeln um bis zu 50 % gestiegen sind und massive Mieterhöhungen stattgefunden haben.

Nach den ersten Streikwochen sah sich die Unternehmensleitung zum ersten Einlenken gezwungen: Die Belegschaft sollte hinnehmen, daß 14 Kollegen entlassen würden, dann wollte die Geschäftsleitung über Lohnerhöhungen diskutieren, die über den angebotenen 8 % liegen. Die Arbeiter antworteten mit ihrem Demonstrationsaufruf: „Arbeit ja – Entlassungen nein!“. Neue Vermittlungsversuche: Der Unternehmer bietet an, auf Entlassungen und Maßregelungen vollständig zu verzichten, wenn die Arbeiter garantieren, daß es in den nächsten zwei Jahren keine „Anormalitäten“ gäbe – also Friedenspflicht! Antwort: Verstärkte Solidarität aus den Wohnvierteln und anderen Metallbetrieben. Der Unternehmer stellt ein Ultimatum: 8 % plus 1000 Peseten lineare Erhöhung plus „nur“ 3 Entlassungen und Maßregelungen gegen 30 Arbeiter. Fortsetzung des Streiks ist die Reaktion – und jedesmal auf breiterer Grundlage! Daraufhin stellt das Unternehmen 1800 Arbeitern Entlassungsbriefe zu. Die Streikfront festigt sich.

In den ersten Wochen gab es einen totalen Presseboykott über diesen Arbeitskampf. Dazu ein Arbeiter von Motor Iberica: „Die Verfilzung der Betriebsleitung mit der Regierung ist sagenhaft. Der jetzige Postminister war noch vor sechs Monaten Personalchef der Fabrik Perkins in Madrid, die auch zu Massey-Fergusson gehört ... Dieser Expersonalchef und Minister sitzt im Verwaltungsrat einer Tageszeitung. Die Redaktionen der anderen Zeitungen wurden von den Unternehmern besucht und aufgefordert, nicht über den Streik zu berichten.“ Stattdessen erscheinen in großer Aufmachung Stellenanzeigen für Motor Iberica: „M.I. stellt ein: Dreher, Fräser, Elektriker ...“

Eine andere Anzeige, die sie veröffentlichen ließen, teilt mit, daß das Unternehmen die Arbeitslosigkeit im Norden bekämpfe, indem es jetzt Maschinen an dortige Betriebe verschickt.

Auf diese Spaltungsmanöver reagierten die Arbeiter so: Eine Versammlung der Arbeitslosen der Metallbranche hat beschlossen, keine Arbeitsplätze bei Motor Iberica anzunehmen. „Sie sagten, daß unser Streik Arbeitsplätze verteidigt und sie deshalb nicht Streikbrecher sein wollen.“

Andere Solidaritätsaktionen sind:

- Die Arbeiter von Perkins/Madrid und Pamplona verweigern seit dem 10. Mai die Überstunden.
- Mehrere Solidaritätswarnstreiks in anderen Betrieben der Metallbranche.
- Fast tägliche Demonstrationen und Kundgebungen unter großer Beteiligung von Arbeitern anderer Betriebe.
- Solidaritätsadressen von den Kommissionen der Wohnviertel.
- Mehrmalige Demonstrationen von über 1000 Frauen der Arbeiter von Motor Iberica in den Arbeitsanzügen ihrer Männer, zusammen mit den Kindern. Zwei Kundgebungen am 22. Mai, die mehrmals von der Polizei aufgelöst wurden. Eine junge Frau berichtet: „Die Bullen standen hautnah vor uns, wir sind nicht gewichen. Sie haben ihre Knüppel geschwungen, direkt über den Köpfen der Kinder. Dem, der vor mir stand, hab ich gesagt: ‚Wenn du den Kleinen anrührst, freß ich dich auf!‘ Das hat er mir abgenommen.“ Die Polizei konnte zurückgedrängt werden.
- Unterstützung mit 50000 Peseten durch streikende Textilarbeiter. Ein Kollege von der bestreikten Textilfabrik auf der Vollversammlung vom 28.5.: „Kollegen, wir befinden uns auch im Streik, aber da ihr schon seit einem Monat streikt, haben wir beschlossen, euch mit 50000 Peseten zu unterstützen.“ Beifallklatschen und Rufe: Einheit, Einheit, Einheit!
- Geldsammlungen in Betrieben und in den Stadtvierteln, auch auf Veranstaltungen, z.B. 27000 Pesetas anläßlich eines Fußballspiels, das die Arbeiter von Philips organisierten. Insgesamt waren bis zum 18. Juni über eine Million Peseten (etwa 25000 DM) gesammelt worden.

Wie wird der tägliche Kampf organisiert?

Ein Arbeiter berichtet:

„Wir führten zunächst jeden Tag Versammlungen vor den Fabriktoren durch, damit uns die Streikbrecher sehen konnten. Um 9 Uhr versammelten wir uns mit den Kollegen von den anderen Werken im Lokal der offiziellen ‚Gewerkschaft‘, im großen Tagungsraum. Es meldeten sich Kollegen für eine Pressekommission, eine Finanzkommission, eine Öffentlichkeitskommission und eine ständige Koordinierungskommission, die von der Versammlung bestätigt wurden.

Die Pressekommission informierte die Zeitungen, gab Flugblätter heraus und ließ Solidaritätskarten drucken, die wir verkauften. Die Finanzkommission organisierte Gruppen, die in die Stadtviertel, auf die Märkte und auf Festivals, Konzerte und dergleichen gingen, unseren Kampf erklärten und Geld sammelten. So kam die Streikkasse zustande, mit der die dringendsten Notfälle gelindert werden konnten. Die Kassenführung wurde auf Flugblättern veröffentlicht. Die Öffentlichkeitskommission ging auf Versammlungen anderer Betriebe und sammelte dort Solidaritätsspenden. Dies ist lebensnotwendig, da wir keine Klassengewerkschaft haben und dementsprechend auch keine Streikkasse. Es muß betont werden, daß alle diese Kommissionen nur Vorschlagsrecht haben und daß die Vollversammlung aller Streikenden die Entscheidung trifft.“



Streikdemonstration der Arbeiter von Motor Iberica. „Ein Monat im Streik. Für die Wiedereinstellung der Entlassenen. Gegen Sanktionen. Entlassungen – nein, Arbeit – ja.“



Versammlung der Arbeiter im Saal des Gewerkschaftsgebäudes in Barcelona.

Die Teilnahme der Frauen am Streik der Arbeiter von Motor Iberica

Schon seit Beginn des Streiks hatten die Frauen ihren Willen zur Unterstützung kundgetan. Sie ließen sich nicht davon abbringen, ihre Männer zu den Vollversammlungen zu begleiten und warteten in den ersten Wochen vor der Tür auf die Ergebnisse. Dieses umständliche Vorgehen wurde bald aufgegeben durch die Forderung der Frauen nach direkter Teilnahme an den Versammlungen. Sie machten klar, daß der Kampf der Männer auch ihre Sache ist. Sie wollten aktive Unterstützung leisten. Sie organisierten Demonstrationen und Kundgebungen. Immer wieder wurden sie während der Abwesenheit der Männer von Polizeieinheiten heimgesucht. Es blieb auch nicht bei den Drohungen, die oben erwähnt wurden. Vor dem Haus von einem der Entlassenen explodierte ein Brandsatz. Die Christkönigskrieger (organisierte faschistische Horden) übernahmen dafür die „Verantwortung“. Nach mehreren Demonstrationen fiel der Entschluß, die Kirche zu besetzen, wo man hinkommen und miteinander reden kann. 200 Frauen halten mit ihren Kindern seit dem 1. Juni Tag und Nacht die Kirche San Andreu in Barcelona besetzt. Es sind Frauen aller Altersstufen da.

Diese Aktion sollte wegen des Presseboykotts den Kampf mehr an die Öffentlichkeit bringen. Aber nach einem Monat kamen auch wirtschaftliche Gründe dazu: Es ist leichter, das Essen kollektiv zu beschaffen. „Der Boß hat gesagt, daß er die Macht und die Waffen hat und daß wir Gras fressen können. Dies ist unsere Antwort.“

Eine breite Solidarität hat sich sofort gebildet. Seit Beginn der Besetzung strömen die Spenden. „Jeden Tag hängen wir an der Tür eine Liste auf, mit allem, was wir brauchen. Heute war es Fleisch, und mittags hatten wir 70 Steaks für die Kinder.“

Die Bedingungen der Frauen sind schwierig: Einige haben große Kinder, die im Hause geblieben sind, einige müssen von der Kirche aus zur Arbeit gehen, einige haben sich beurlauben lassen. Sie haben für die Organisierung des täglichen Lebens Komitees gebildet: für Gesundheitsfragen, Nahrungsversorgung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Erziehung der Kinder.

Aus der Bevölkerung kommt Solidarität in jeder Form: Täglich kommen zwei Ärzte vorbei, nachmittags Lehrer, die die Kinder unterrichten.

Es finden täglich Versammlungen statt zur Kritik an der Durchführung der Tagesaufgaben sowie politische Debatten über die Beteiligung der Frauen am Kampf für die Ziele der streikenden Männer und zu allgemeinen Fragen über die Befreiung der Nation von jeglicher Unterdrückung.

Die Arbeiterkommissionen beschließen, die internationale Solidarität herzustellen

Aus den Arbeiterkommissionen wurde eine vierköpfige Delegation gewählt, die Kontakt mit den französischen Belegschaften des gleichen Konzerns herstellen sollte, dort über den Kampf berichten und Spenden sammeln sollte. Über die französischen Belegschaften kam diese Solidarität auch zustande.

Hier die Erfahrungen, die die Delegation der Arbeiterkommission mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären in der BRD machte: In Stuttgart wurden sie zwar freundlich empfangen, aber lediglich ausgefragt über die Arbeit der Arbeiterkommissionen. Von dort wurden sie höflich an die DGB-Führung nach Frankfurt vermittelt, da in einer so hoch wichtigen Sache ein lokaler Verband besser gar nicht erst anfangen sollte. In Frankfurt war ein Treffen mit der DGB-Spitze vereinbart, zu dem die Kollegen wegen einer Panne eine Stunde zu spät kamen. Der Vorstand sei nun nicht mehr zu sprechen, ein neuer Termin sei nicht möglich, hieß es. Bei Hanomag in Hannover meldete der Pförtner, daß Vertreter der Arbeiterkommissionen da seien. Er mußte ausrichten, alle Betriebsräte seien in Sitzungen und deshalb unabkömmlich. In Hamburg war ein Treffen mit dem IG Metall-Funktionär Mohr vereinbart. Bevor er mit den Spaniern zu sprechen bereit sei, sollten sie sich doch als solche ausweisen und ihre Beglaubigungspapiere als offizielle Delegation vorlegen. Auf den Hinweis, das könnte unter spanischen Bedingungen für die Kollegen gefährlich werden an der Grenze, meinte er nur, dann sei nichts zu machen. Und überhaupt sollte man doch eine solche Kampagne nicht über einen so kleinen Regionalverband einleiten, wo nur 56000 Arbeiter in der IG Metall organisiert seien, das sei doch viel effektiver über die Spitze in Frankfurt zu machen ... Daran sieht man deutlich, wie ernst es der DGB mit seiner Schweigeminute für den Kampf der spanischen Arbeiterklasse am 2.10.1975 gemeint haben muß!

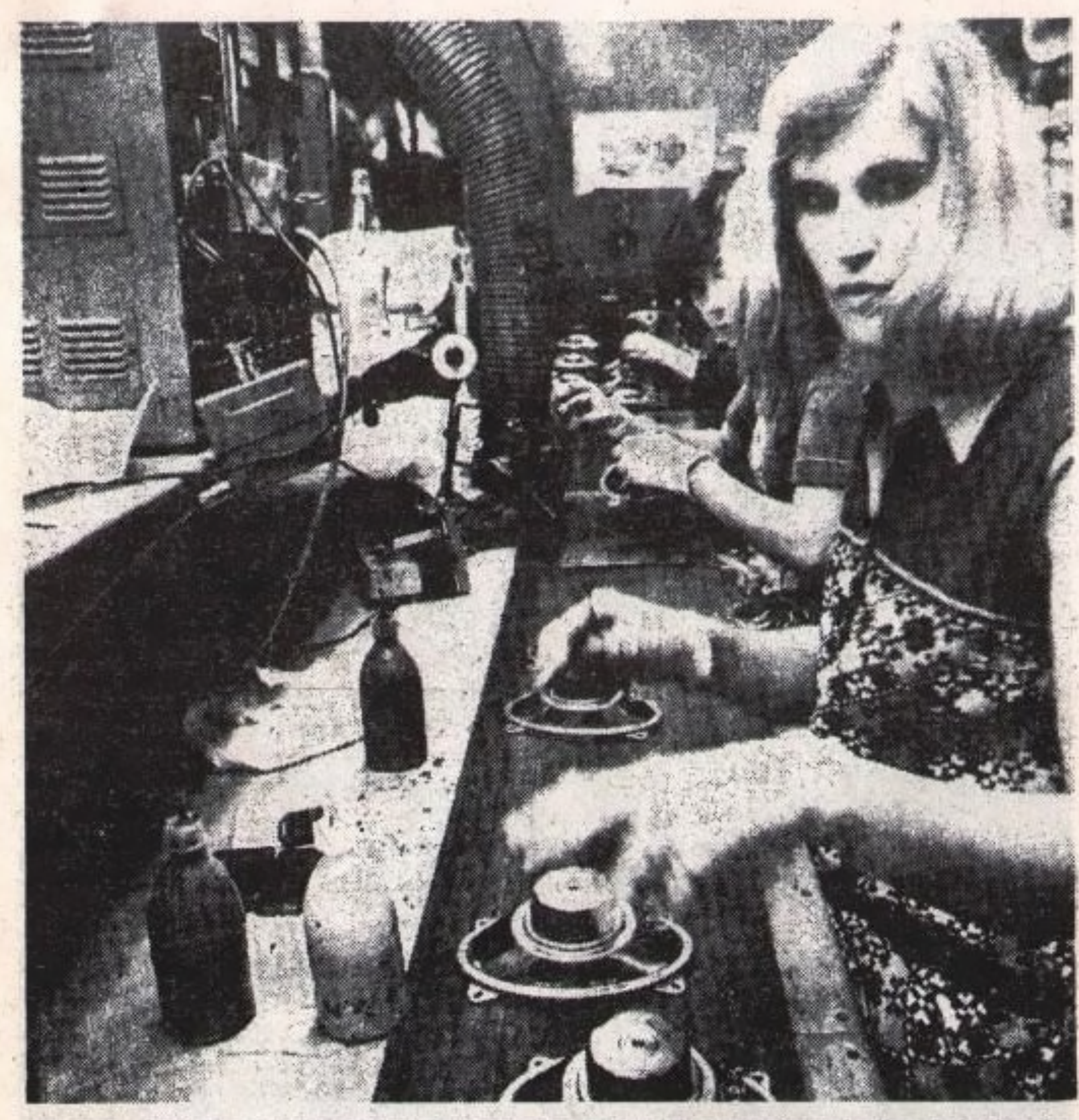
In Hamburg hat die Delegation der Arbeiterkommissionen von Motor Iberica Kontakt aufgenommen zu der „Gruppe Solidarität mit dem Kampf der spanischen Völker“ und zum „Antifaschistischen Komitee“. Diese haben sofort eine Aktion eingeleitet zum Verkauf der oben erwähnten „Solidaritätskarten“, die die spanischen Arbeiter gedruckt haben, und konnten der Delegation aus einer Versammlung heraus bereits die erste Spende von 540 DM übergeben.

Als Antwort auf die erste Aktion der Hamburger Gruppe ist folgendes Telegramm von den Frauen aus der besetzten Kirche gekommen:

Freunde und Genossen der
Gruppe Solidarität mit dem Kampf
der spanischen Völker
und des Antifaschistischen Komitees

Eure Solidarität und Eure Unterstützung mit dem gerechten Kampf für den Arbeitsplatz unserer Männer und für das Brot unserer Kinder hat uns sehr bewegt. Obwohl wir schon seit 26 Tagen in der Kirche eingeschlossen sind, wird unser Mut größer als je zuvor. Nur wenn die Polizei uns mit Gewalt herausschmeißt, werden wir diese Besetzung beenden. Unsere Sache ist gerecht, und wir werden siegen. Die Unterstützung unserer Freunde aus Hamburg zeigt uns, daß wir nicht allein sind.
Dank für Eure 13000 Peseten und noch mehr Dank für die Unterstützung, die sich in diesen Peseten verkörpert.
Es lebe der Kampf von Motor Iberica!
Vereinigte Arbeiter werden niemals besiegt!
Keine Entlassungen und keine Bestrafungen!
Brot, Arbeit und Freiheit!
Schlagen wir die Diktatur nieder!
Es lebe Eure Solidarität!

(Unterschrift)
eingeschlossen in der Pfarrei von San Andreu, Barcelona
Mitternacht, 25.6.76



Herne. Bei Bosch/Blaupunkt werden mehr als dreiviertel aller Arbeiterinnen nach Lohngruppe 2 bezahlt: 6,13 DM pro Stunde plus Akkordzuschlag. Die Akkordschinderei wird als „leichte körperliche Arbeit" eingestuft. Als vor einigen Wochen im Werk IV dort, wo bisher nicht im Akkord gearbeitet wurde, der Schichtbetrieb auf Akkord umgestellt werden sollte, weigerte sich ein großer Teil der Arbeiter dagegen.

Die Präsidentin und die Leichtlohngruppen

Bundestagspräsidentin Annemarie Renger hat vor längerer Zeit angekündigt, daß sie bereit sei, einen Musterprozeß gegen die Unterbezahlung der Arbeiterinnen zu führen. Jetzt war kürzlich in der Zeitschrift „Quick" zu lesen, daß sich für diese Unternehmung keine Arbeiterin bereit gefunden hat. Die Dame Renger folgert daraus, daß die Arbeiterinnen noch nicht einmal ihre eigenen Probleme sehen würden und nicht bereit seien, für ihre eigenen Interessen einzutreten.

Ist es tatsächlich so, daß von zehn Millionen arbeitenden Frauen, wovon sechs Millionen verheiratet sind, keine einzige bereit ist, für ihre eigenen Interessen einzutreten? Haben die drei Millionen Frauen in den Leichtlohngruppen keinen Grund, gegen ihre miese Bezahlung von unter 900 Mark einzutreten? Empfinden die Arbeiterinnen es als Glück, in die Fabrik zu gehen? Das kann nicht sein und es ist auch nicht so.

Es ist kein Glück, Lohnarbeiterin zu sein, genausowenig wie für den Mann Lohnarbeiter. Die Frauen der Arbeiterklasse sind gezwungen, in die Fabrik zu gehen, wollen sie die materiellen Bedingungen ihrer Familie sichern. Diesen Zwang nutzen die Kapitalisten und pressen die Arbeitskraft der Frauen zu billigsten Löhnen aus. Dagegen führt die Gewerkschaftsbewegung seit langen Jahren einen erbitterten Kampf. Wo die Kapitalisten auf keinen organisierten Widerstand stoßen, haben sie Frauen und Männer in die untersten Lohngruppen gepreßt. Nur das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Kapitalisten entscheidet über die Existenz der unteren bzw. Leichtlohngruppen. Frau Renger will diesen Kampf nicht. Stattdessen will sie einen Musterprozeß, gleich einem Wohltätigkeitsball. Den Tanzbären für den Rengerschen Wohltätigkeitsball spielen, dafür hat sich keine Arbeiterin hergegeben. Denn es herrscht ein großes Bewußtsein unter den Arbeiterinnen, daß man mit solchen Damen der bessern Gesellschaft nicht zusammengehen darf, sondern im Verein mit den Arbeitern den Kampf gegen die Leichtlohngruppen führen muß. Die Wohltätigkeitsschau der Bundespräsidentin ist geplatzt.

Frauenarbeit bei Siemens München:

Hungerlöhne und Ruinierung der Gesundheit

München. Bei Siemens München in der Balanstraße gibt es sogenannte „reine Räume": Unter diese „reinen Räume" fällt auch die MOS-Abteilung (Maske-Oxyd-Silizium Abteilung), in der über Fototechnik Systeme für Datenverarbeitung hergestellt werden. Die Produktion in dieser Abteilung läuft erst seit zirka zwei Jahren, sie hat große Bedeutung: Es ist möglich, auf einem System mehrere tausend Befehle speichern zu können. Siemens hat hierauf das Monopol; der Staat richtete ihm mit Steuergeldern die Abteilung wegen Forschungszwecken ein. Die Forschung ist nun größtenteils abgeschlossen, die Produktion auf vollen Touren und Siemens muß die Sache seit zirka einem halben Jahr selbst finanzieren. Hier sind 60 Arbeiter beschäftigt, davon sind 80 Prozent Frauen – von diesen 90 Prozent ausländische Frauen. Nur 10 Prozent sind gewerkschaftlich organisiert.

Die Systeme sind hochempfindlich, z.B. auf Staub, Fett, Feuchtigkeit. Die „reinen Räume" sind Abteilungen, wo sämtliche Arbeiter in Schutzkleidung (Haube, Mantel, Schuhschutz, Hand-
sämtliche Arbeiter in Schutzkleidung
(Haube, Mantel, Schuhschutz, Handschuhe) arbeiten müssen. Alle Gegenstände, die Staub verursachen, bleiben draußen. Das bedeutet, daß wir bei unserer Arbeit nicht trinken, essen, rauchen und uns nicht zu stark bewegen dürfen. Über „Reinluftboxen" wird den ganzen Tag staubfreie Luft direkt auf unsere Arbeitsplätze in der Fototechnik gepumpt, was erstens sehr laut ist und zweitens ständig Zug erzeugt. Da die Systeme mit dem normalen Auge nicht zu erfassen sind, wird alles unter Mikroskop gemacht. Dies erfordert eine hohe Konzentration, was sich stark bei den Nerven bemerkbar macht. Zudem sind die Augen nach einigen Jahren kaputt.

Für die Herstellung werden zum Teil sehr stark ätzende Säuren gebraucht, z.B. Strip 41, der nach einer unvorsichtigen Aussage unserer Abteilungsleiterin beim Einatmen Krebs verursacht. Die Arbeiter aus der Fototechnik weigern sich seitdem, mit dieser Säure offen zu arbeiten.

Ist die Arbeit mit dem Mikroskop belastend genug, kommt noch dazu, daß der Raum in Gelblicht getaucht ist, weil die Systeme lichtempfindlich sind. Dies wirkt sich zusätzlich auf die Augen aus, wie der Zug bei den Reinluftboxen Entzündungen bei den Augen verursacht.

Sämtliche Arbeiter sind in Schicht beschäftigt (Früh- und Spätschicht) und haben während der Schicht eine halbe Stunde Pause. Da es unmöglich ist, unter diesen Arbeitsbedingungen nur mit einer halben Stunde Pause bei acht Stunden Arbeit auszukommen, hat es sich durchgesetzt, daß zirka alle zwei Stunden die Arbeiter einzeln rausgehen, um sich zu erholen.

Aufgrund der hohen Qualität und
rausgehen, um sich zu erholen.

Aufgrund der hohen Qualität und Empfindlichkeit der Systeme (zirka 80 Prozent fallen bis zum Verkauf aus) und des lang andauernden Herstellungsprozesses arbeitet die Abteilung nicht profitabel genug, d.h. die Stückzahlen werden nicht erreicht. Die Siemens-Kapitalisten können ihre zugesagten Aufträge nicht rechtzeitig erfüllen.

Weil sie das aber erreichen wollen, wurde letzte Woche eine Versammlung einberufen, wo wir uns einen gehörigen Anschiß einhandelten und über die Arbeitszeit von unserer Abteilungsleiterin aufgeklärt wurden: „Eine halbe Stunde Pause, nicht mehr und nicht weniger!" Die Empörung unter uns war groß. Acht Stunden in diesem Raum, das kann keiner aushalten. Die vollständige Unterwerfung wird verlangt. Wir sollen auch noch fragen, ob wir auf die Toilette dürfen. Die Vorgesetzten denken, sie können sich das vor allem mit den Ausländerinnen leisten. Dem ist aber nicht so, es wird Widerstand geleistet, indem jeder weiterhin in den Pausenraum rausgeht, wenn er es für nötig hält. Die Vorgesetzten trauen sich nicht dagegen etwas zu tun, obwohl sie uns angedroht haben, daß sie uns aus den Pausenräumen wieder reinholen.

Untere Lohngruppen als Spaltungsmittel

Sie wissen, die Gefahr ist groß, daß sich die Arbeiter gegen sie zusammenschließen. Die Atmosphäre ist zugespitzt. Sie setzen Spaltungsmittel ein, wie die Bezahlung der gleichen Arbeit von Lohngruppe 03 (etwa 700 DM netto) bis 08 (etwa 1 100 DM netto). Die meisten Arbeiter halten sie in Lohn-
to) bis 08 (etwa 1 100 DM netto). Die
meisten Arbeiter halten sie in Lohn-
gruppe 04, was etwa 750 Mark netto sind. Insgesamt sind in 03 und 04 70 Prozent aller Arbeiter und fast alle Arbeiterinnen eingestuft. Einige wenige stufen sie höher ein.

So kommt es vor, daß ausländische Kolleginnen, die schon zwei Jahre in dieser Abteilung sind und den gesamten Produktionsprozeß beherrschen, in Lohngruppe 03 sind, neu eingestellte Deutsche oder Männer bis zu drei Lohngruppen höher liegen.

Noch eine dritte Schicht?

Wie schon erwähnt, wird bei uns Schicht gearbeitet, die Dreierschicht ist geplant. Begründung der Geschäftsleitung auf der letzten Betriebsversammlung: „Damit sich die besonders ‚kapitalintensiven Anlagen' möglichst bald rentieren." Besonders bei solchen Produkten wie in der MOS-Abteilung kann sich Siemens wegen der marktbeherrschenden Stellung vor Aufträgen kaum noch retten. Die Produktion soll rund um die Uhr laufen und samstags, nicht nur 24 Stunden am Tag, sondern dreimal, nicht nur fünf Tage in der Woche, sondern sechs. Sogar Schwangere können nicht normal arbeiten, sie müssen in die Frühschicht. Die Schichtarbeit hat schon jetzt ihre Opfer gefordert. Einige Kolleginnen bekommen regelmäßig vom Arzt Valium verschrieben.

Seit etwa zwei Monaten soll samstags „freiwillig" gearbeitet werden. Dies ist anfangs auch gut für die Kapitalisten gelaufen, die meisten kamen samstags, und die „Freiwilligkeit" war ein guter Deckmantel, steckt doch der Zwang der niedrigen Entlohnung dahinter. Die Kollegen haben jedoch am eigenen Leib gespürt, daß sich diese Überstun-
Die Kollegen haben jedoch am eigenen
Leib gespürt, daß sich diese Überstun-
den nur für die Kapitalisten lohnen und sie sich dabei ruinieren. Letzten Samstag wollte keiner mehr arbeiten. Da war es schnell mit der „Freiwilligkeit" vorbei: Der Meister beorderte vier Anfänger zur Samstagsarbeit. Sie mußten arbeiten, sonst würden sie die Probezeit nicht überstehen.

Der Widerstand der Kollegen äußert sich zwar noch vereinzelt, aber die Erkenntnis verbreitet sich: Wir müssen zusammenhalten, Frauen und Männer, Ausländer und Deutsche. Unsere ersten Aktionen haben uns darin bestärkt. – (Siemens-Zelle München)

Falsche Berechnungsmethoden schaden der Beweisführung

In der letzten KVZ haben wir auf der ersten Seite mit Hilfe der Zahlen, die die amtliche Statistik der Kapitalisten liefert, die Ausdehnung des Arbeitstages und die Senkung des Reallohns innerhalb eines Jahres berechnet. Diese Berechnungen sind falsch, weil die Veränderung der Anzahl der Arbeiter von der Veränderung der Anzahl der Arbeitsstunden abgezogen wird und behauptet wird, das Ergebnis wäre die Veränderung der geleisteten Arbeitsstunden pro Arbeiter. Das ist falsch. Darauf haben uns auch einige Leserbriefe hingewiesen. „Es geht wirklich nicht, daß man durch solche offensichtlich falschen Rechnungen etwas beweisen will, das macht unglaubwürdig", schreibt eine Leserin. Da die genannte Berechnung für die Untersuchung vieler Vorgänge wichtig ist, wiederholen wir hier die Rechnung. Die Summe der Arbeiterstunden in der Industrie betrug im

Febr. 1975	Febr. 1976
780 Mio Std.	763 Mio Std.

1976 betrug also die Zahl der Arbeitsstunden

$$\frac{763\ \text{Mio}}{780\ \text{Mio}} \times 100 = 97{,}8\ \%$$

Anders ausgedrückt, die Zahl der Arbeitsstunden ist um 2,2 % gesunken. Die Anzahl der Arbeiter in der Industrie betrug im

Febr. 1975	Febr. 1976
5553000	5221000

Die Kapitalisten haben demnach 1976

$$\frac{5\,221\,000}{5\,553\,000} \times 100 = 94\ \%$$

der Zahl der Arbeiter von 1975 für sich arbeiten lassen. Anders ausgedrückt, die Zahl der Industriearbeiter ist um 6 % gesunken.

Wir errechnen nun, wieviel Arbeitsstunden 1975 jeder Arbeiter im Durchschnitt für die Kapitalisten arbeiten mußte, dann wieviel 1976.

$$\frac{\text{Arbeitsstunden 1975}}{\text{Arbeiterzahl 1975}} = \frac{780\ \text{Mio Std.}}{5{,}553\ \text{Mio Arb.}} = 140{,}5\ \frac{\text{Std.}}{\text{Arb.}}$$

$$\frac{\text{Arbeitsstunden 1976}}{\text{Arbeiterzahl 1976}} = \frac{763\ \text{Mio Std.}}{5{,}221\ \text{Mio Arb.}} = 146{,}1\ \frac{\text{Std.}}{\text{Arb.}}$$

Im Durchschnitt mußte also im Februar 1976 jeder Arbeiter 5,6 Stunden oder etwa fünfeinhalb Stunden mehr arbeiten als ein Jahr zuvor. (Rechnet man die Stunden auf den Arbeitstag um, so muß man berücksichtigen, daß in diesem Durchschnitt auch Teilzeitarbeit und Kurzarbeit enthalten ist. An der Tatsache der **Ausdehnung** des Arbeitstages ändert das nichts.)

Die Zahl der Arbeitsstunden pro Arbeiter 1976 gegenüber 1975 beträgt in Prozent:

$$\frac{146{,}1}{140{,}5} \times 100 = 104{,}04\ \%$$

d.h. sie ist um 4,04 % gestiegen.

Entsprechend muß man die Veränderung des Lohnes berechnen. Mit den in der KVZ angegebenen Zahlen enthält man für 1975: 10,90 DM/Std., 1976: 11,17 DM/Std. Man sieht, eine erbärmliche Erhöhung um 27 Pfennig oder 2,49 %, ohne Preissteigerungen und höhere Lohnsteuer.

Den gleichen Fehler enthielten die Rechnungen in der KVZ Nr. 22 zu VW. Es hieß dort: „Der Rohertrag pro Beschäftigten ist um 28 % gestiegen, daß heißt der Lohnanteil per Arbeiter wurde um 28 % gesenkt." Richtig muß man so rechnen: Wenn ein Arbeiter zuvor 100 „Rohertrag" geschaffen hat, so jetzt 128. Der Kapitalist muß dem Arbeiter im umgekehrten Verhältnis weniger Lohn zahlen. Für denselben Rohertrag muß er jetzt 100 bezahlen, wo er zuvor 128 bezahlen mußte. Der neue Lohnanteil beträgt dann

$$\frac{100}{128} \times 100 = 78{,}1\ \%$$

des Lohnanteils beim alten Rohertrag. Anders ausgedrückt, der Lohnanteil ist um 22 % gesunken. (In KVZ Nr. 22 stand dagegen 28 %.)

Meldungen

Aus dem Werk zum Verhandlungslokal

Dietzenbach/Hessen. Am Freitag letzter Woche verließen 150 Arbeiter der Volvo-Montagewerke während der Mittagspause das Werk und demonstrierten vor dem Verhandlungslokal, in dem die Verhandlungen über einen Haustarifvertrag geführt wurden. Gefordert werden 200 DM mehr für alle und 50 DM für die Auszubildenden. Die Geschäftsleitung hatte sich zunächst geweigert, Verhandlungen aufzunehmen. Mit verschiedenen Aktionen hatten sich die Arbeiter für die Forderung eingesetzt. So wurde in der letzten Woche ein Fest vor den Werkstoren veranstaltet, das der Unterstützung der Forderung dienen sollte. Aus verschiedenen Betrieben kamen Solidaritätsadressen.

In den sechstündigen Verhandlungen stritten sich am Freitag die IG Metall-Kommission mit G. Schwarze von der IGM Bezirksleitung Frankfurt an der Spitze und die Volvo-Kapitalisten darüber, ob es sich bei ihrer Sitzung um Verhandlungen oder lediglich um unverbindliche Gespräche handle. Im letzteren Fall würde die Friedenspflicht weiterbestehen. Am Nachmittag wurden die Gespräche dann abgebrochen. Am Montag, 28.6., wurde von der IGM-Bezirksleitung beschlossen, keine Urabstimmung durchzuführen. Am Dienstag wurde weiterverhandelt.

Polizei bespitzelte Tarifverhandlung

Stuttgart. Die IG Metall Baden-Württemberg hat die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag für Lehrlinge im Tarifgebiet Südwürttemberg/Hohenzollern, die am 30. Juni stattfinden sollten, abgesagt. Bei vorhergehenden Verhandlungen hatten die Kapitalisten die Polizei gerufen, die die Verhandlungen beobachtete.

Arbeitsbefreiung für Vorsorgeuntersuchungen!

Die Ministerin für Jugend, Familie und Soziales hat kürzlich in einer Broschüre verbreiten lassen: „*Beamtinnen und weibliche Angestellte nehmen die kostenlose Vorsorgeuntersuchung weit häufiger wahr als Arbeiterinnen. Sie sind offenbar besser über die vorhandenen Möglichkeiten informiert.*" (Zwischenbilanz Frauen in der BRD).

Aus der Tatsache, daß Arbeiterinnen nicht während der bezahlten Arbeitszeit zum Arzt- bzw. zur Vorsorgeuntersuchung gehen können, im Gegensatz zu den Angestellten und Beamten, hat die Bundesministerin einen Beweis für ihre eigene Fortschrittlichkeit und die Rückschrittlichkeit der Arbeiterinnen gemacht.

Die IG Metall-Frauenkonferenz hat jetzt folgenden Beschluß gefaßt: **Arbeitsbefreiung für Vorsorgeuntersuchungen!**

Die Delegierten der 9. Frauenkonferenz der IG Metall fordern die Tarifkommission auf, die tarifvertraglichen Regelungen, auszubauen, wonach Vorsorgeuntersuchungen, die nach dem Gesetz vorgeschrieben bzw. staatlich gefördert werden, von allen Arbeitnehmern während der Arbeitszeit ohne Verdienstausfall wahrgenommen werden können." (Metall 13/76)

Tarife im Einzelhandel unter dem

Tarife im Einzelhandel unter dem Existenzminimum

Osnabrück. Am 24. Juni stimmte die Tarifkommission der Gewerkschaft HBV Niedersachsen dem Tarifangebot des Einzelhandelsverbandes zu. Für die Gehaltsgruppe 2, in der die meisten angestellt sind, heißt das Ergebnis: Keine Erhöhung für April, 5,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt für Mai, ab Juni einheitlich 60 DM mehr (Lehrlinge 14 bis 25 DM). Ab 1.1.77 zwischen 10 und 50 DM mehr. Das Anfangsgehalt einer Verkäuferin beträgt vor der Tariferhöhung in der Gehaltsgruppe 2 DM 840, im 2. und 3. Jahr 850 und 860 DM. Am Beginn der dreimonatigen Verhandlung stand eine Forderung der Einzelhandelsbeschäftigten nach 115 DM mehr für alle. Diese Forderung wurde nach den ersten Verhandlungen von der Tarifkommission auf 90 DM reduziert. Nachdem die Einzelhandelskapitalisten darauf nicht eingingen, erklärte die HBV die Verhandlungen für gescheitert. Daraufhin machten zum Beispiel die 50 Beschäftigten des Textilhauses Dieler Osnabrück am Montag danach für 20 Minuten den Laden dicht und hielten während der Arbeitszeit eine Betriebsversammlung ab, wo sie berieten, welche Schritte man in dieser Situation unternehmen solle.

5,1-Prozent-Erhöhung

In der Textilindustrie Nordrhein wurden rückwirkend zum 1. Mai die Löhne um 5,1 Prozent erhöht. Laufzeit beträgt 12 Monate. Die Jahressonderzahlung wurde von 35 auf 45 Prozent eines Bruttomonatslohns erhöht.

Ruhrkohle AG

1975 hat die Ruhrkohle AG einen 30-prozentigen Absatzrückgang gehabt: von 85,5 auf 59,8 Millionen Tonnen Steinkohle. Sie erzielte weiterhin Gewinne durch verschärfte Ausbeutung. Pro Mann und Schicht wurden 1974 15 949 Kilo gefördert. Der Abbau stieg 1975 auf 16 522 Kilo. Von Januar bis April 1976 stieg die Abbauleistung auf 17 639 Kilo. 1975 erhielt die Ruhrkohle Subventionen für 7,5 Millionen Tonnen.

Erfolgreicher Streik bei VFW Bremen-Mitte

Stopper mußten zurückgezogen werden

Bremen. Am Dienstag, den 29. Juni, legten bei VFW in Bremen-Mitte 200 Arbeiter für dreieinhalb Stunden die Arbeit nieder. Der Grund war, daß an diesem Dienstag die Stopper in die Mechanikerabteilung der Halle 10 kommen sollten. Das erfuhren die etwa 30 Arbeiter am Freitag zuvor, worauf sie beschlossen, nicht mehr zu arbeiten, wenn die Stopper kommen.

Daraufhin drohte der Werkleiter für die Produktion, Herr Heider, alle 30 Mann zu entlassen. Der Vertrauenskörper beschloß, diese Provokation richtig zu beantworten: Mobilmachung bei allen Arbeitern. Das geschah Montag Nachmittag und am Dienstag Morgen. Dazu genügten nur ein paar Worte, denn den Kollegen war klar, wenn die Kapitalisten es dort in Ruhe durchziehen können, kommen auch bald die anderen dran. Besonders in Halle 20 a bei der 614 (Verkehrsflugzeug) und in Halle 2 bei der MRCA-Produktion, wo die Vorgesetzten schon angedroht haben, Schicht- und Akkordarbeit einzuführen und die Lohngruppen zu überprüfen.

Als die Nachricht kam, daß die Stopper in Halle 10 sind, haben wir uns vor dem Hallentor 2 versammelt und sind dann mit den anderen Kollegen aus den anderen Hallen, die zu uns gestoßen waren, nach Halle 10 marschiert. Und dort standen sie schon alle, die Dreher, Fräser, Schlosser und Tischler aus Halle 10. Nach kurzer Zeit kam Heider und sagte, das wären nur Studien für den Arbeitsablauf und keine Zeitaufnahmen, und wir sollten wieder arbeiten.

Die mitgebrachten, aber nicht benutzten Stoppuhren sprachen aber für sich. Trotz der versammelten Kollegen blieb er stur und beharrte auf den Aufnahmen. Wobei die Kollegen die Forderungen hatten: Stopper abziehen, keine Zeitaufnahmen mehr und Verhandlungen mit dem Betriebsrat.

Nach einigem Hin und Her zog er dann mit seinem Gefolge von dannen. Durch die Haltung, die Heider einnahm, daß er trotz Streik hart blieb vor den Arbeitern, keine Zugeständnisse machte, war uns klar: Das ist eine Machtprobe.

Als wir losgingen und uns vor dem Gebäude, wo die Geschäftsführung sitzt, versammelten, diskutierten wir weiter. Klar war, daß wir diese Machtprobe durchstehen müssen. Sonst werden sie bei den anderen Arbeitern um so schneller nachziehen, z.B. bei der MRCA und 614, und dort die Kollegen stoppen.

Weil die Geschäftsführung nicht nur die Vorgabezeiten kürzen, sondern auch noch Schichtarbeit und Akkord einführen will, wollte sie hier ein Exempel statuieren. Wir richteten uns deshalb auf einen längeren Streik ein, daß wir eventuell am Mittwoch weiterstreiken müssen. Daß man einen längeren Streik nicht führen kann, wenn die Kollegen sich nur versammeln und sich gemütlich niederlassen, wurde in den Diskussionen schnell eingesehen.

Es kam ein Vorschlag, am nächsten Tag eine Demonstrationen mit Transparenten und Schildern durch die Bremer Neustadt zu machen, der sofort Zustimmung fand und ergänzt wurde, doch vorher bei den in der Nähe liegenden Klein- und Mittelbetrieben vorbeizumarschieren. Vorher würden wir aber nochmal durch den Betrieb gehen und die Kollegen mit einsammeln, die bisher nicht mitgemacht haben. Bis dahin wollten wir aber noch abwarten, was der Heider, der noch irgendeinen Geschäftsführer aufgabeln wollte, zu uns sagen wollte. Unterdessen hatten wir die Straße gesperrt, die von Tor 1 direkt dort vorbeiläuft, wo wir uns versammelt hatten bei der Halle 10, dort wo auch die Geschäftsleitung ihren Sitz hat. Wir schickten alle Wagen, egal ob sie rein- oder rauswollten, zurück, so daß sie um die Halle 10 herumfahren mußten. Was auch jedesmal unter dem Beifall der Kollegen geschah. Alle Kollegen blieben da.

Schließlich, um 12 Uhr, tauchte ein anderer Geschäftsführer mit Wagen auf. Man kann sie von weitem sehen, sie fahren alle rote Mercedesse. Er mußte natürlich auch um die Halle 10 herumfahren. Einige Betriebsräte wurden hochgeschickt, um mit ihm zu verhandeln. Kurz vor 13 Uhr kamen sie wieder herunter und berichteten. Das Ergebnis war folgendes: Keine Zeitaufnahmen mehr bis zum Herbst dieses Jahres. Bis dahin Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung. Die ausgefallene Zeit sollen wir aber über unsere Gleitzeit wieder herausholen können.

Obwohl die ausgefallene Zeit nicht bezahlt wird, war für uns das Wichtigste durchgesetzt. Der Angriff der Geschäftsführung auf die Vorgabezeiten war zurückgeschlagen. – (Zelle VFW)



Schwerstarbeit in der Gießerei bei VW Wolfsburg. Die Hitze ist derzeit ins Unerträgliche gesteigert. Schon an den Bändern steigt die Temperatur auf 40 Grad.

Röhm Darmstadt: Widerstand gegen geplanten Vierschichtbetrieb

28 Sonntage im Jahr in der Fabrik 400 DM im Monat weniger

Darmstadt. In der letzten KVZ hatten wir bereits darüber berichtet, wie die Modernisierung der Maschinerie, die Einführung neuer Produktionsweisen, direkt dazu beiträgt, die Qualität des Materials zu verschlechtern und die Arbeitsbedingungen für die Belegschaft an die Grenze des Erträglichen zu bringen. Mit hochwertigen Maschinen, die alle Arbeitsgänge in einen einzigen zusammenfassen, wird das Plexiglas produziert (Extruder). Drei Arbeiter reichen aus, um die Anlage zu überwachen. Eigentlich müßte der Einsatz dieser Maschinen eine Erleichterung für die Arbeiter bringen und zudem eine Verkürzung des Arbeitstages. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Diese Maschinen sind kein Fortschritt für die Arbeiter, sondern eine Fessel in jeder Hinsicht. Der Einsatz der Maschinen hat eine maßlose Ausdehnung des Arbeitstages mit sich gebracht, dazu Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und verstärkte Arbeitshetze. An den Maschinen selber ist nur so lange geforscht worden, bis man raus hatte, wie sie am schnellsten brauchbares Material rauswerfen. Wie diese Maschinen abgestellt werden können, ohne daß die wichtigsten Teile verstopfen und kaputtgehen, ist bis heute nicht klar. Allein von diesem Gesichtspunkt her gibt es keine Arbeitsbeschränkung.

Jetzt sind die Röhm-Kapitalisten darangegangen, auf der Grundlage der Arbeitszeitordnung von 1938 die Schichtpläne so zu verändern, daß die Maschinen praktisch das ganze Jahr über keine Minute mehr stillstehen.

Nach dem Lohnraubabschluß von 5,85 Prozent, mindestens 85 DM und den riesigen Profiten, die die Röhm-Kapitalisten seit September letzten Jahres gemacht haben, sind die Belegschaften der betroffenen Produktionsbetriebe nicht mehr bereit, sich ihren Lebensunterhalt durch Überstundenschrubben zu verdienen und ihre Gesundheit durch Zulagen von 20 Pfennig in der Stunde abkaufen zu lassen. „Freiwillig“ läuft also nichts mehr. Zwang muß her, und dazu dient die alte Arbeitszeitordnung, die seit 1938 gilt. Sie besagt:

Andere Verteilung der Arbeitszeit

„Wird die Arbeitszeit an einzelnen Werktagen regelmäßig verkürzt, so kann die ausfallende Arbeitszeit auf die übrigen Werktage derselben sowie der vorhergehenden oder der folgenden Woche verteilt werden. Dieser Ausgleich ist ferner zulässig, soweit die Art des Betriebes eine ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit erfordert; das Gewerbeaufsichtsamt kann bestimmen, ob diese Voraussetzung vorliegt.“

Die Röhm-Kapitalisten gehen folgendermaßen vor: Bisher gab es in den Betrieben drei Schichten, die jeweils Früh-, Spät- und Nachtschicht abwechselnd gearbeitet haben. Diese Schichten waren auf fünf Arbeitstage, montags bis freitags, verteilt. Die Samstags- und Sonntagsarbeit war Überstundenarbeit. Jetzt soll eine vierte Schicht eingeführt werden, indem aus jeder Schicht einzelne Arbeiter abgezogen werden, die unter der Woche einen Tag zu Hause bleiben (das ist dann ihr „Samstag“), und mit diesen Arbeitern wird samstags produziert. Die Kapitalisten wollen damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Erstens, die Produktion läuft ununterbrochen auch über das Wochenende. Zweitens, die Samstagsarbeit gilt wie „normale Arbeitszeit“, so daß der Überstundenzuschlag von samstags 25 Prozent wegfällt. Aufs ganze Jahr bezogen, verliert ein Arbeiter damit 400 DM im Monat. Gleichzeitig bedeutet diese andere Verteilung der Arbeitszeit, daß der Arbeiter vierzig Samstage und 28 Sonntage im Jahr in die Fabrik muß, ihm bleiben ganze 88 freie Tage.

Das Ganze wollen die Röhm-Kapitalisten jetzt in den Sommermonaten schnell durchziehen, weil sie sich erhoffen, daß der Widerstand schlecht organisiert werden kann, wenn Teile der Belegschaften in Urlaub sind und durch 300 Studenten ersetzt werden, die aushilfsweise von den Röhm-Kapitalisten zu einem Stundenlohn von 7,80 bis 8 DM eingestellt wurden. Verrechnet haben sie sich dabei allerdings, denn die Arbeiter in den betroffenen Betrieben lehnen nicht nur die Überstunden ab, sie haben sofort Schichtversammlungen durchgeführt, als die geplante vierte Schicht bekannt wurde, um die Verhinderung dieser Pläne zu besprechen.

Tatsache ist, daß keine Maßnahme der Röhm-Kapitalisten jemals so hart von der Belegschaft bekämpft wurde wie die geplante Einführung einer vierten Schicht. Das ist auch gar nicht anders möglich, wenn man sieht, was sie bedeutet. Hinzu kommt noch, daß die Belegschaft seit Freitag, 25. Juni, von den Kapitalisten selber darüber informiert wurde, was sie mit den Profiten, die sie aus der Belegschaft herausgepreßt hat, vorhaben: die Verstärkung des Kapitalexports. Durch den Zusammenschluß mit dem amerikanischen Chemiekonzern American Cyanamid Company erhoffen sie sich „die Rückkehr in die USA“. Zu gleichen Anteilen von jeweils 50 Prozent haben sie die CyRo Industries gebildet. In diesen Zusammenschluß bringen die Röhm-Kapitalisten 30 Millionen Dollar ein, 10 Millionen davon haben sie aus ihren „liquiden Mitteln“ bereits gezahlt. Die restlichen 20 Millionen wollen sie offensichtlich so schnell wie möglich aus der Belegschaft herauspressen. – (Röhm-Zelle)

VW: Zehnminutenpause, Erhöhung der Stückzahl – kein Fortschritt

In der „Metall“ Nr. 13/1976 schreibt die IG Metall zu der Zehnminutenpause bei VW: „ ‚Dies ist‘, so Helmut Buhl, IG-Metall-Bezirksleiter von Hannover, ‚ein Einstieg in die Humanisierung der Arbeitsplätze bei VW.‘ Die Erholungszeit kann sowohl in Form von Pausen als auch durch Einsatz zusätzlichen Personals, z.B. Springer, geregelt werden.“ Kein Wort steht in der „Metall‘ dazu, daß der VW-Vorstand zugleich mit der Pause die Stückzahl der Autos pro Band erhöhen will. Diese Pausenregelung, die als „Humanisierung“ angepriesen wird, ist kein Fortschritt. Die Akkordlöhner bei VW Wolfsburg führen eine Unterschriftensammlung gegen die Erhöhung durch.

Klöckner-Geschäftsleitung:

„Gern im Warmen“

Bremen. Unter der Überschrift „Firma erbarmte sich – ab Mittag hitzefrei!“, schrieb der „Weser Kurier“ am 29. Juni einen Artikel über die Arbeitsbedingungen bei der derzeitigen Hitze. Ein Vertreter der Klöckner-Geschäftsleitung ließ darin erklären: Es lasse sich trotz der großen Hitze noch aushalten. Es seien die großen Hallen mit ausreichenden Luftklappen versehen, und in den Steuerständen der Krankabinen seien Klimaanlagen eingebaut. Im übrigen, so der Firmensprecher, bewegen sich Warmarbeiter gerne im warmen. Jedenfalls hielte sie die Firma mit spendiertem Sprudelwasser bei Laune.

Ein Mitglied der Klöckner-Zelle des KBW schreibt dazu: Was die Temperaturen angeht, so trifft das alle Arbeiter. Ein Arbeiter erzählte mir: „Gestern war bei mir oben 56 Grad. Dabei sollst du dich dann noch konzentrieren.“ Daß die Luftklappen ausreichend sein sollen, ist der reinste Hohn. Wenn draußen dreißig Grad sind, sind drinnen bei uns mindestens 40 bis 45 Grad. Da nützt auch kein 30-Pfennig-Mineralwasser, das uns bei Laune halten soll. Wenn man Pech hat, gibt es kein Wasser, wie am Wochenende bei uns.

Die Produktion läuft planmäßig, denn die Tonnen sollen rollen. Wie es den Arbeitern geht, ist den Kapitalisten scheißegal.

Ob es Wasser gibt oder nicht, entscheidet ein Thermometer morgens um zehn draußen im Schatten ab 27 Grad. Gearbeitet wird drinnen, mit der Sonne auf den Hallendächern. Wie sieht es aber aus, wenn die Maschinen ausfallen? Ein Arbeiter erzählte mir, daß am Vortag in den Meßwarten wegen der Hitze die Regler ausgefallen sind. Sofort wurde an den Geräten eine Klimaanlage angebracht. Dasselbe für die Arbeiter, die dort arbeiten müssen, das gibt es nicht, obwohl es der Betriebsrat lange fordert. Der Arbeiter, mit dem ich gesprochen habe, faßte die Situation zusammen: „An die Maschinen wird gedacht, nicht an die Menschen, die dort arbeiten.“ – (Klöckner-Zelle)

Halbe Stunde bezahlte Pause!

Mannheim. Über 50 Grad Hitze sind bei John Deere in der Kernmacherei, an den Gießanlagen teilweise über 60 Grad und in der ganzen Gießerei nirgends unter 45 Grad Hitze.

Der Betriebsrat wurde von Arbeitern aus der Kernmacherei und den meisten anderen Abteilungen der Gießerei beauftragt, Druck dahinter zu machen, daß die Kapitalisten endlich eine wirksame Luftfilter- und Klimaanlage in die Gießerei einbauen. Außerdem fordern sie bei der Hitze eine zusätzliche bezahlte Pause von einer halben Stunde.

VW Wolfsburg

Widerstand gegen höhere Stückzahl

Wolfsburg. Wie in der letzten KVZ berichtet, will der VW-Vorstand gleichzeitig mit Inkrafttreten der 10-Minuten Erholungspause in der Produktion die Stückzahl an den Bändern um 16 Wagen auf 300 erhöhen. Die Steigerung der Stückzahl soll mit möglichst wenigen Arbeitern erfolgen. Kurzfristig bis zur nächsten Abstoppung, die nach einem halben Jahr stattfinden wird, laut Vereinbarung mit dem Betriebsrat, werden insgesamt 31 Mann mehr am Band sein. 11 Arbeiter für die 10-Minuten-Pause und 20 für die Anhebung der Stückzahl. Immer deutlicher wird bei der ganzen Sache der Kuhhandel, auf den der Betriebsrat eingegangen ist. Verbunden mit der Zustimmung des VW-Vorstandes zu den Zehnminutenpausen war, wie es scheint, die Zustimmung des Betriebsrates, der Eintaktung auf die 300 grünes Licht zu geben. Zwar beteuert der Betriebsrat, daß er den 300 noch nicht zugestimmt habe. Was ist es jedoch anderes, wenn sie den Vorbereitungen dafür zustimmen und sich an der Eintaktung beteiligen, indem sie diese auf ihre Durchführbarkeit auf dem Papier überprüfen.

Auf einer Vertrauenskörpersitzung in der Halle 12 gab der anwesende Betriebsrat ein entsprechendes Bild ab. Die Vertrauensleute sprachen sich gegen die Steigerung der Arbeitshetze aus. Der Betriebsrat hingegen meinte, daß ihnen der Produktionsleitung gegenüber die Argumente fehlen. Bisher hatten sie die Steigerung der Stückzahl verhindern können, indem sie die technische Unvollkommenheit der Anlagen gegen die Anhebung der Stückzahlen ins Feld geführt hätten. Jetzt, nachdem das Band verlängert wird und das Argument, die Arbeiter rennen sich gegenseitig um, aus der Welt geschaffen ist, und ähnliches andere auch, würden Argumente fehlen. Das Argument von tausend Bandarbeitern, die Arbeitshetze ist eh zu hoch, jetzt muß Schluß sein, interessiert die Sozialdemokraten überhaupt nicht.

Die derzeitige Arbeitshetze geht bis an die Grenze der physischen Belastbarkeit. Die Hitzewelle hat dies in aller Brutalität verdeutlicht. Die Krankenwagen rasen nur so durchs Werk. Die Hitze geht am Band bis zu 40 Grad. der Vorsand hat fünf Wagen am Band weniger anordnen müssen und zehn Minuten mehr Pause.

Der Ruinierung der Arbeitskraft muß entgegengetreten werden. Am Ende der vorigen Woche wurden in der Spätschicht in verschiedenen Hallen Unterschriften gegen die geplanten 300 gesammelt, unter Androhung, nötigenfalls Schritte zur Verhinderung einzuleiten. Bisher wurden Unterschriften in den Abteilungen der Endmontage, die direkt von der Stückzahl betroffen sind, in den Hallen 10, 12 und 18. So wurden in der Halle 12 allein in der einen Schicht bei 1500 Akkordlöhnern bisher ca. 1000 Unterschriften gesammelt. – (w., Betriebszelle VW)



Heidelberg. Die DKFZ-Leitung des Deutschen Krebsforschungszentrums hatte das Zimmer des Personalrats zwangsräumen lassen (siehe KVZ Nr. 22). Auf der Personalversammlung stimmten alle Beschäftigten bis auf 10 Enthaltungen von Direktoren und Verwaltungsangehörigen für die Vergrößerung des neu zugewiesenen Personalratszimmers. Ein vorhergehender Schritt zur Durchsetzung der Forderung des Personalrats nach einem ausreichenden Raum war eine Demonstrationssitzung des Personalrats im Erdgeschoß des DKFZ (siehe Bild). Im einheitlichen Kampf gegen die Dienststelle hat die Belegschaft einen Sieg errungen. Das Personalratszimmer wird jetzt vergrößert.

Sozialdemokratische Gewerkschaftsführung:

Propagandaarbeit für das „deutsche Modell"

Das DGB-Vorstandsmitglied Schmidt hat in der letzten Woche bemängelt, daß „die Bundesregierung die deutschen Botschaften angesichts der Welle von Vorwürfen ‚politisch allein läßt'". Das meldete die „Welt" vom 23. Juni. Zugleich kündigte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung an, eine Dokumentation über die Entrechtung im öffentlichen Dienst vorzulegen und die Materialsammlung über die „Behandlung von Extremisten im öffentlichen Dienst" den ausländischen Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen.

Damit reagierten die Sozialdemokraten in der DGB-Führung auf die Vorwürfe insbesondere des französischen Sozialistenführers Mitterand, der die „undemokratische Entwicklung in der Bundesrepublik" anprangerte und Anfang Juni die Gründung eines „Komitees zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik" ankündigte.

Schon Anfang Juni hatte darauf der DGB-Chefredakteur der „Welt der Arbeit", Jelonnek, gekontert: „... wir können die böse Kritik besten Gewissens ertragen. Noch nie haben Deutsche soviel Freiheit gehabt, wie die Bürger dieser Bundesrepublik." Verfolgung und Entrechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst? Berufsverbote „existieren in der angegeben Form gar nicht mehr", versuchte der DGB-Chefredakteur ein Vernebelungsmanöver. „Ist inhaltlich erledigt", hatte zuvor der Regierungssprecher Grünewald über den Radikalenerlaß gelogen. Gedeckt wird mit diesen Lügen der weitere Ausbau des Bespitzelungsapparates, damit der Staat zu einer „Gesamtwürdigung der Person" kommen kann, wie der Innenminister Maihofer die Gesamtbespitzelung vor kurzem im Bundestag nannte.

Die Bourgeoisie läßt umfassend überprüfen, ob die Beschäftigten im öffentlichen Dienst auch für die kapitalistische Ausbeuterordnung eintreten. So will sie ihren Staatsapparat für die Unterdrückung der Massen schlagkräftig halten.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie, gestützt auf die Ausbeutung und Unterdrückung im Innern, betreibt verstärkt ihre Machtausdehnung. Dabei kommt sie der Bourgeoisie der anderen Länder in die Quere. Als „Feldwebel" Schmidt wurde der Bundeskanzler daraufhin in der französischen Presse angegriffen. Auf die Einmischungsversuche der westdeutschen Finanzbourgeoisie startet die Bourgeoisie der anderen Länder den Gegenangriff und greift die „undemokratische Entwicklung in der Bundesrepublik" an.

In dem Konkurrenzkampf der Bourgeoisien der verschiedenen Länder setzen sich die Sozialdemokraten für die Interessen der jeweiligen Bourgeoisie ein, versuchen sie die Arbeiterklasse dafür einzuspannen und hetzen die Arbeiterklasse der verschiedenen Länder gegeneinander.

Für die Sozialdemokraten aller Länder steht der Feind immer im fremden Land.

„Das Feindbild wird perfekt gezimmert", stellte die DGB-Führung in der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" vom 4. Juni fest und sichtete eine „antideutsche Welle in Europa". Und sie weiß auch, woran das liegt: „Unsere wirtschaftliche Stärke ist der Hintergrund für diese Gefühle", ist sie sich einig mit den Sprechern der Finanzbourgeoisie. Wie diese Stärkung des Finanzkapitals zur besseren Geltung kommen kann, dafür hat sie einen Vorschlag, die Propagandaarbeit muß verbessert werden: „Die Bundesrepublik freilich kann ihren Kritikern die Arbeit schwer machen – dann nämlich, wenn sie mehr Zeit und Geld dafür aufwendet, das deutsche Modell der Weiterentwicklung der Gesellschaft im Ausland bekannt zu machen." (Welt der Arbeit, 4.6.) Die angekündigte Dokumentation ist ein Teil dieser Propaganda.

Wenn die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft das „deutsche Modell" bekannt machen, stoßen sie auf den Sozialistenführer Mitterand. Beide betreiben ihre Politik, um die Arbeiterklasse in dem Kampf gegen die Kapitalisten im eigenen Land zu entwaffnen.

Uniklinik Frankfurt: Protest des Personals

Mehr Kranke – Landesregierung will Betten schließen und Personal abbauen

Frankfurt. In Hessen hat die Landesregierung Kommissionen zur „Wirtschaftlichkeitsprüfung" eingesetzt. Sie sollen untersuchen, wie den Beschäftigten an den Krankenhäusern Mehrarbeit verlangt werden kann. Die Beschäftigten an den Krankenhäusern gehen gegen diese kapitalistische Rationalisierung vor. Die Betriebszelle des KBW an der Universitätsklinik Frankfurt schreibt dazu in der Betriebszeitung vom 10.6.76:

Den Beschäftigten der Uniklinik wurden folgende Ergebnisse der Rationalisierungskommission bekannt gegeben:

– Schließung von Stationen und Betten. Der Bettenbedarfsplan des Sozialministers sieht die Liquidierung von 200 Betten der Uniklinik vor.

Bekannt ist inzwischen, daß in der Medizin die 20 a und 20 b, in der Chirurgie die A 6 und 2 Stationen der Hautklinik geschlossen werden bzw. sind. Von Schließungen in der Hals-Nasen-Ohrenklinik und in der Kinderklinik wird geredet.

– Streichung von etwa 400 Planstellen. Davon ca. 300 im Pflegebereich. Die z.Zt. unbesetzten Stellen sollen nicht wieder besetzt werden. (Das dürften nach unserer Schätzung etwa 200 sein.)

139 Pflegekräfte sind nach Meinung der Rationalisierungskommission an der Klinik zu viel und sollen überflüssig gemacht werden. Es wird von mindestens 70 Entlassungen geredet.

– Die Auszubildenden sollen offiziell vom Stellenplan erfaßt werden im Verhältnis 1:6 oder 1:3.

Die Lage in der Chirurgie

Für die Chirurgie hat die „Treuearbeit AG" errechnet, daß die bisher unbesetzten 15 Planstellen und dazu noch 25 weitere Planstellen gestrichen werden müssen, die vorhandenen 144 Planstellen also um 40 reduziert werden.

Um die Patientenversorgung auch nur einigermaßen zu gewährleisten, waren die Stationen gezwungen, allein im Januar und Februar dieses Jahres soviel Aushilfskräfte (Sonder- bzw. Sitzwachen) anzufordern, wie zur Einstellung von 20 ausgebildeten Pflegekräften für diese Monate ausgereicht hätte. Der Sozialminister hat daraufhin verfügt, daß Sonderwachen nur noch angefordert werden dürfen, wenn sich der Patient in lebensbedrohlichem Zustand befindet und dieser Zustand nicht vorhersehbar war.

Gegenüber dem Gerede der Landesregierung, es gebe weniger Kranke, weshalb Betten geschlossen werden könnten, müssen auf Stationen in der Chirurgie über 10 % mehr Kranke pro Jahr versorgt werden. Gleichzeitig wird das Personal, das weggeht, durch neues nicht ersetzt und ist teilweise der Personalbestand bei gleichbleibender Bettenzahl inzwischen nahezu halbiert worden.

Es ist jetzt schon so, daß das Personal gezwungen ist, mehr Nachtdienst zu machen. Es fehlt dann im Tagdienst. Vor allem an den Wochenenden ist man dann gezwungen, geteilten Dienst zu arbeiten oder Zwischendienst zu machen.

Laut Oberin Gassenmeyer soll sich das Personal jetzt darauf einrichten, an 3 Wochenenden im Monat Dienst zu machen und sich dafür 2 Tage frei irgendwann während der Woche zu nehmen. Die Arbeit soll einer Kontrolle unterzogen werden. Das Personal soll neu verteilt werden und als Springer zu arbeiten, wo man gerade abgezogen werden kann und woanders benötigt wird, soll zur Regel werden.

Das Recht zu diesen einschneidenden Maßnahmen leitet die Oberin her aus dem Arbeitsrecht, das dem Dienstherrn ein Direktionsrecht zuweise. Dies bedeutet, daß der Dienstherr am Arbeitsplatz das Verfügungsrecht über die Arbeitskraft besitzt, folglich auch z.B. aus Dienstplänen kein Anspruch auf ein freies Wochenende oder einen freien Tag hergeleitet werden könne.

Das Personal erhebt Protest

Mehrere Stationen haben sich gegen die Rationalisierungsmaßnahmen, der Landesregierung in Schreiben an die Pflegedienstleitung erklärt und fordern mehr Personal.

Das Pflegepersonal der Station A 6 in der Chirurgie hat mit einer Erklärung gegen die Schließung ihrer Station protestiert. Die Erklärung wurde dem Sozialminister, den Klinikdirektoren und der Pflegedienstleitung übergeben; sie wurde an alle Stationen in der Chirurgie verteilt und an die ÖTV gegeben.

Die Erklärung richtet sich auch gegen die Nichtübernahme der Schüler und es spricht sich das Personal aus gegen *„die Einschränkung, daß wir an die Treue- und Friedenspflicht gegenüber dem Arbeitgeber gebunden sind"*. Wie wichtig diese Forderung ist, hat sich gleich gezeigt: die Oberin wollte die Distanzierung des Stationsleiters von der Erklärung und hat ihn zu diesem Zweck zu sich zitiert. Ihr Vorhaben blieb ohne Erfolg.

Die Forderung des Personals der A 6 nach Wiederbesetzung der Station und Neuberechnung des Stellenplans ist vollauf berechtigt. Das Vorgehen des Personals ist auf anderen Stationen der Chirurgie auf Sympathie gestoßen und findet Unterstützung.

Die Sozialdemokraten und Revisionisten im Vertrauensleutekörper der ÖTV treten dagegen auf. Der Vertrauensleutekörpervorsitzende hat mit den Stimmen der Sozialdemokraten und DKP-Mitgliedern eine Mehrheit für seinen Antrag auf Nichtbehandlung der Erklärung der A 6 durchgebracht.

Auf den Stationen der Chirurgie wird jetzt über die Durchführung einer Teilpersonalversammlung diskutiert, die Forderungen der Kollegen der A 6 zu unterstützen und den Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen auf breiterer Ebene zu beraten.

Vorbemerkungen

Die Bundesrepublik Deutschland ist als Mitgliedstaat der Nordatlantikpakt-Organisation verpflichtet, bestimmte Sicherheitsvorschriften auf dem Gebiet des personellen Geheimschutzes durchzuführen. Dies geschieht zugleich im nationalen Interesse der Bundesrepublik und im Interesse der Sicherheit des Einzelnen.

Zu den Sicherheitsbestimmungen gehört die Verpflichtung, Personen, die in sicherheitsempfindlichen Behörden oder sonst mit sicherheitsempfindlicher Tätigkeit beschäftigt sind, zu überprüfen. Diese Überprüfungen sind nicht durch irgendeinen Verdacht veranlaßt, der die Zuverlässigkeit der Personen in sicherheitsmäßiger Hinsicht in Zweifel zieht. Sie sind vielmehr deshalb erforderlich, weil solche Personen in besonderem Maße den Gefährdungen durch gegnerische Nachrichtendienste – besonders auch durch Druck auf Verwandte oder Bekannte im kommunistischen Machtbereich – ausgesetzt sein können.

Der Vorbereitung der Überprüfung dient die Abgabe der nachfolgenden Erklärung. Die Angaben werden streng vertraulich behandelt.

Jede Frage ist auch im Falle der Verneinung zu beantworten. Eine Ausnahme gilt lediglich dann, wenn Sie durch die Beantwortung sich oder einen nahen Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher oder disziplinarrechtlicher Verfolgung oder sich der Rücknahme der Ernennung oder der Kündigung aus wichtigem Grund aussetzen würden. In diesem Falle ist es jedoch nicht zulässig, eine falsche Antwort zu geben oder die Nichtbeantwortung zu verbergen, vielmehr wäre, je nachdem, ob Sie eine Frage ganz oder teilweise nicht beantworten, einzusetzen: „Keine Angaben" bzw. „Im übrigen keine Angaben".

Die Erklärung ist mit Schreibmaschine oder in Blockschrift vollständig auszufüllen und mit Vor- und Familiennamen zu unterschreiben.

Bei Platzmangel ist Nr. 14 „Bemerkungen" zu benutzen.

Die ausgefüllte Erklärung leiten Sie bitte in einer Verschlußmappe dem Geheimschutzbeauftragten,

Saarbrücken. An Angestellte der Universität Saarbrücken wurden Fragebogen zur politischen Überprüfung ausgeteilt. Wir faksimilieren hier die Vorbemerkung. Der staatliche Dienstherr will sich einen lückenlosen Überblick über die Beschäftigten verschaffen. Angegeben werden müssen unter anderem: Wohnsitze der letzten zehn Jahre, Mitgliedschaft in politischen Organisationen; mindestens drei Personen müssen benannt werden, die „über die persönlichen Verhältnisse des Befragten innerhalb der letzten zehn Jahre" Angaben machen können.

GEW-Kreisvorsitzender fällt Lehrer in den Rücken

Göppingen. Ähnlich der Erklärung der Vertrauenslehrer in Stuttgart (siehe KVZ Nr. 23) sollte im Kreis Göppingen eine Unterschriftensammlung bei den Kollegen stattfinden. Es ging um die Forderungen nach Einstellung aller Lehrer und Arbeitslosengeld bis zur endgültigen Einstellung.

Nachdem sich der Kreisvorstand der GEW zunächst nicht bereit zeigte, die vom Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher vorgeschlagene Aktion als GEW-Aktion gegen die Teilzeitverträge und Lehrerarbeitslosigkeit zu starten, fand man am 15.6. in der Tageszeitung einen Bericht, daß der Vorstand auf einer entsprechenden Sitzung die Sache akzeptiert habe.

Im Laufe der letzten zwei Wochen sind 450 Unterschriften gegeben worden (bei ca. 1000 Lehrern im Kreis, davon 600 GEW-Mitgliedern). Inzwischen wurde dann bekannt, wie die Einstellungspolitik des Landes weitergehen soll. Danach sollen alle 1976 Examinierten nur dann mit 14 Stunden Unterricht auf 18 Monate angestellt werden, wenn sie die Erste Prüfung mit 3 oder besser bestanden. Die vom AjLE beschlossenen Forderungen sind also aktueller denn je.

Zunächst konnte man erfreut sein über die Wandlung des Vorstandes. Was hatte aber den GEW-Vorstand so positiv der Aktion gegenüber gestimmt? Der Vorsitzende hatte durch Einfügung zweier Worte die Aktion in ihr Gegenteil erkehrt. Es wurde eine Befürwortung von Nichteinstellungen eines Teils der Lehrer daraus. Denn aus der Forderung nach „Einstellung aller ausgebildeten Lehrer" war geworden „Einstellung aller ausgebildeten und geeigneten Lehrer". So war es ja auch schon mit dem Kultusministerium ausgehandelt worden und es bedeutet eine dreifache Frechheit, die Forderung so zu verändern. Denn: Erstens überging der Vorsitzende die anderen Vorstandsmitglieder und die Verfasser der Erklärung mit seiner Einfügung; zweitens war die Praxis der Lehrereinstellung für 76/77 der GEW bereits im Mai bekannt, ohne sie zu veröffentlichen; drittens widerspricht die entstellte Forderung der Forderung der GEW nach „alle Lehrer einstellen".

Die Empörung im Kreis war erheblich. Es wurde beschlossen, den Vorsitzenden bei der nächsten AjLE-Sitzung zur Rede zu stellen. Dieser kam einer Einladung allerdings nicht nach. Nun ist eine Vorstandssitzung angesetzt. Dort wird auf eine Stellungnahme gedrängt. – (w)

Erneute Kündigung

Neckargemünd. Die im Januar fristlos entlassenen drei Betriebsräte des Südwestdeutschen Rehabilitationszentrums haben den Prozeß vor dem Landesarbeitsgericht in nun zweiter Instanz gewonnen. Sie waren gekündigt worden, weil sie eine Informationsschrift des Betriebsrates gegen den Schieß-Erlaß verteilt hatten. Zwei Tage später lagen neue fristlose Kündigungen auf dem Tisch. Die neuen Kündigungsgründe richten sie wie bei der ersten Kündigung alle gegen die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung. In der Kündigung wird ihnen z.B. vorgeworfen, daß sie auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung der Fachgruppe Kirchen in Mosbach über die Vorfälle in Neckargemünd berichteten. Die Leitung will eine Belegschaft treffen, sie sich gegen ihre Angriffe zusammengeschlossen hat. So ist es der Leitung bisher nicht gelungen, der Belegschaft einen ungünstigen Tarifvertrag aufzuzwingen, obwohl der ÖTV-Kreisvorstand dazu bereit war. Die ÖTV-Vertrauensleute haben Vertreter in die Tarifkommission gewählt.

Die Leitung wollte den BAT nicht voll übernehmen. Zum Beispiel sollte für Betreuer und Erzieher die 50-Stunden-Woche gelten. Und auf den Betrieb sollte nicht mehr das Betriebsverfassungsgesetz angewandt werden, sondern das Bundespersonalvertretungsgesetz. Die Verhandlungen sind am 3. Juni geplatzt.

Berufsschüler kämpfen gegen Versetzung ihrer Vertrauenslehrerin

Direktor ließ zwei Schülersprecher verhaften

Emmendingen. Am Freitag, den 24.6., führten die Schüler der Gewerbeschule Emmendingen eine Kundgebung gegen die geplante Versetzung ihrer Vertrauenslehrerin durch. Im Verlauf dieser Kundgebung fühlte sich der Direktor der Schule, Herr Horn, „bedroht" und rief die Polizei. Die Polizei löste die Kundgebung gegen den Widerstand der Schüler gewaltsam auf und verhaftete den Schulsprecher Th. Kneer und den Klassensprecher Klaus Ludwig. Der Direktor hat gegen die beiden Schüler Hausverbot bis zur Entscheidung über den Schulverweis ausgesprochen.

Die Vertrauenslehrerin ist dem Direktor Horn und dem Oberschulamt ein Dorn im Auge. Sie hat die Schülervertretung im Kampf gegen den Fahrtkostenerlaß unterstützt, hat sich für den dringend erforderlichen Bau einer Mensa eingesetzt und trat mit der SMV gegen die Verabschiedung des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes auf, das den Jugendlichen Akkord und Schichtarbeit beschert. Damit hat sie sich den Haß des reaktionären Direktors und des Oberschulamtes zugezogen. Das Oberschulamt hat das offen zugegeben. Die Versetzung „geschehe auf Grund von Lehrermangel", hieß es. Lachhaft! Durch die Versetzung der Kollegin wird der Lehrermangel in Emmendingen noch vergrößert, die Lehrerin ist mit 23 Wochenstunden fest eingeplant und hat eine Abitursklasse am Technischen Gymnasium. Die Schüler haben diesen windigen Vorwand sofort durchschaut. Aus vielen Klassen kamen sofort Protesterklärungen. Gefordert wurde die sofortige Zurücknahme der Versetzung und zur Beseitigung des Lehrermangels die „Einstellung aller arbeitslosen Lehrer". Der Elternbeirat solidarisierte sich mit den Forderungen der Schüler. Unter den Lehrern wurden Unterschriften gegen die geplante Versetzung gesammelt. Das Oberschulamt wurde aufgefordert, Stellung zu nehmen. Es drückte sich. Vor einem Monat hat es erst versucht, einen DKP-Lehrer aus dem Schuldienst zu schmeißen und ist am Widerstand der Bevölkerung jetzt gescheitert. Das Oberschulamt wollte die Schulferien abwarten, um die Versetzung durchdrücken zu können.

Auf der Kundgebung wurden die Hintergründe der Versetzung aufgezeigt und der Direktor mehrmals aufgefordert, Stellung zu beziehen. Er hat es vorgezogen, dies nicht zu tun. Für ihn sind die Schüler ohnehin nur „Pöbel", wie er sich voller Arroganz ausdrückte. Der stellvertretende Direktor wurde vorgeschickt und sollte die Schüler beschwichtigen. Dies ist nicht gelungen. „Wenn der Direktor nicht zu uns kommt, gehen wir zu ihm." Ca. 150 Schüler zogen Richtung Direktion. Der Direktor hatte die Hosen gestrichen voll und suchte Schutz hinter einer Kette von Lehrern, die sich den Schülern „tapfer" in den Weg stellten.

Die Empörung der Schüler wuchs immer mehr über diesen feigen Lumpen von Direktor, der sich nicht getraute, Stellung zu nehmen und über einige Lehrer, die die Schüler beleidigten mit Ausdrücken wie „Saupack" und ähnlichem. Die Sprechchöre wurden immer lauter: „Der Direktor soll Stellung nehmen. Keine Versetzung der Vertrauenslehrerin."

Direktor Horn wußte sich nur noch durch die Alarmierung der Polizei zu retten. Mit dem Einsatzbefehl: „Den Schulsprecher Kneer und den Klassensprecher Ludwig zu verhaften und die Schüler vom Schulgelände zu vertreiben", rückte die Polizei an. Gegen den Widerstand der Schüler ist es ihr gelungen, die beiden Schülervertreter zu verhaften und abzutransportieren.

Die Kundgebung wurde durch den Einsatz der Polizei gesprengt, einen Sieg hat der Direktor aber nicht errungen. Der Unterricht fand in den meisten Klassen nicht mehr statt. Lehrer, die den Direktor unterstützten, wurden zur Rede gestellt. Nachdem bekannt wurde, daß der Direktor den beiden Schülervertretern den Schulverweis aussprechen will, war die einhellige Meinung, daß man jetzt erst recht zusammenhalten muß gegen die Angriffe auf die gesamte Schülerschaft. Daß der Direktor die Polizei gegen die Schüler eingesetzt hat, führt jetzt zu Diskussionen über die Rolle der Polizei und den Charakter dieses Staates. Das Oberschulamt hat das Gegenteil von dem erreicht, was es erreichen wollte. Der Kampf gegen die geplante Versetzung wird weitergehen. Gegen den angedrohten Rausschmiß der beiden Schülervertreter und die Strafanzeigen liegen die ersten Protesterklärungen von Klassen vor. – (d., Emmendingen)

rer". Der Elternbeirat solidarisierte sich mit den Forderungen der Schüler. Unter den Lehrern wurden Unterschriften gegen die geplante Versetzung gesammelt. Das Oberschulamt wurde aufgefordert, Stellung zu nehmen. Es drückte sich. Vor einem Monat hat es erst versucht, einen DKP-Lehrer aus dem Schuldienst zu schmeißen und ist am Widerstand der Bevölkerung jetzt gescheitert. Das Oberschulamt wollte die Schulferien abwarten, um die Versetzung durchdrücken zu können.

sammenhalten muß gegen die Angriffe auf die gesamte Schülerschaft. Daß der Direktor die Polizei gegen die Schüler eingesetzt hat, führt jetzt zu Diskussionen über die Rolle der Polizei und den Charakter dieses Staates. Das Oberschulamt hat das Gegenteil von dem erreicht, was es erreichen wollte. Der Kampf gegen die geplante Versetzung wird weitergehen. Gegen den angedrohten Rausschmiß der beiden Schülervertreter und die Strafanzeigen liegen die ersten Protesterklärungen von Klassen vor. – (d., Emmendingen)

„Förderstufe"

Wie Noten gemacht werden, damit die Auslese klappt

Eines der Haupt-Schwindelunternehmen der sozialdemokratischen Bildungsreform in Hessen ist die sogenannte Förderstufe. Die sei da zur „Förderung sozial-benachteiligter Kinder" zwecks „Chancengleichheit", heißt es bei den Bildungsreformideologen. Tatsächlich ist die Förderstufe das große Schüttelsieb, wo ein kleiner Teil der Schüler fürs Gymnasium und die Realschule ausgesiebt und die Masse gewaltsam abgeschüttelt wird, ihre weitere Ausbildung auf der Hauptschule wird zugeschnitten auf die Erziehung zum Lohnsklaven.

Wie dabei vorgegangen wird, darüber hat uns eine Lehrerin an einer additiven Haupt- und Realschule im Landkreis Offenbach berichtet, die dort an der Förderstufe unterrichtet.

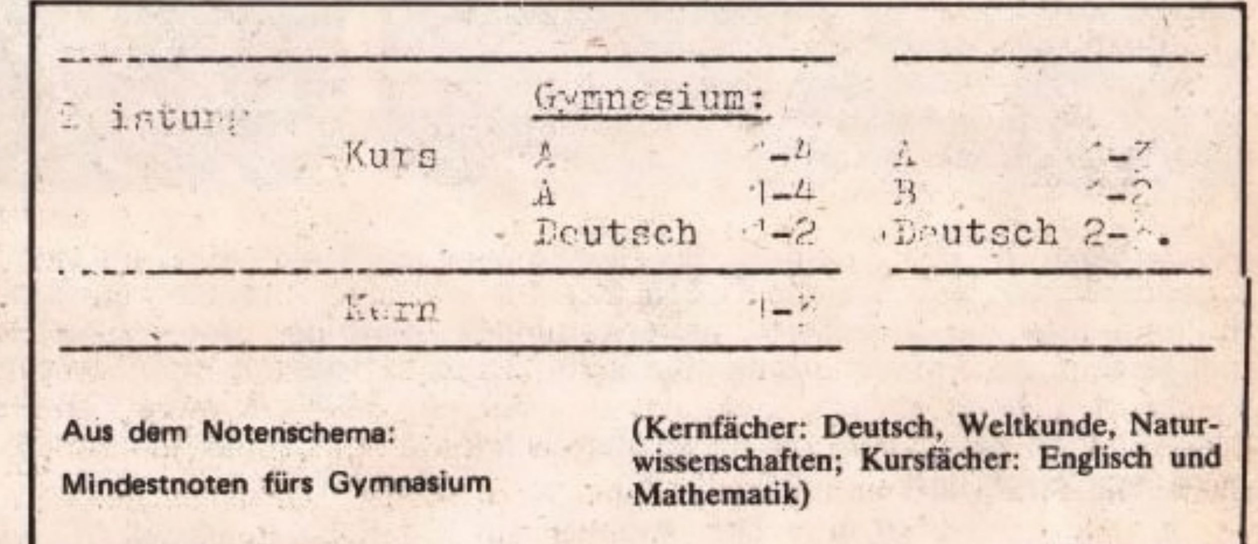
„An unserer Schule sind die Schüler der 5. und 6. Klasse in Mathematik und Englisch in die Leistungskurse A, B, C eingeteilt. Es herrscht ein enormes Lerntempo; jede Stunde wird etwas Neues durchgenommen, für Übung und Wiederholung bleibt keine Zeit. Kinder, die zuhause mit ihren Eltern nicht einüben können, was ihnen in der Schule nur kurz erklärt worden ist, fallen hintenrunter. Sofern sie nicht schon von der Grundschule her in den C-Kurs eingestuft worden sind, droht ihnen die „Abstufung". Wer zwei Fünfer hintereinander in der Klassenarbeit hat, wird gleich heruntergestuft.

Damit das Aussieben auch zügig vonstatten geht, werden die Fachlehrer eines Jahrganges wöchentlich zu Koordinierungskonferenzen zusammengerufen. Dort muß genau festgelegt werden, wieviel Lernstoff pro Stunde verabreicht werden soll, um die Lehrpläne einzuhalten, welche Klassenarbeiten geschrieben werden und wie der Notenschlüssel pro Arbeit aussehen soll. Hat ein Lehrer wegen gründlicher Übungen und Wiederholungen den festgelegten Stoff nicht durchgebracht, muß er damit rechnen, daß sein Kurs bei der nächsten Klassenarbeit schlechter abschneiden wird, deren Inhalt ja in der Konferenz bestimmt worden ist. Er wird sich also hüten, langsamer vorzugehen. Von vornherein wird bei der Ausarbeitung der Klassenarbeiten daraufhingearbeitet, daß ein Notendurchschnitt von 3 bis 4 herauskommt.

Fällt eine Arbeit „zu gut" aus, wird die nächste schwerer gemacht, d.h. so angelegt, daß mit ziemlicher Sicherheit ein Schnitt von 4 herauskommmt. Z.B. werden dann in Mathematik schwerere Aufgaben gestellt, die nur kurz im Unterricht behandelt wurden. Genehmigungspflichtige Arbeiten, d.h. solche, wo über 25 % der Noten 5 oder 6 sind, werden jetzt grundsätzlich genehmigt, um möglichst viele Schüler möglichst bald abstufen zu können. „Wozu haben wir dann das Kurssystem? Die Kinder sind doch überfordert, im niedrigen Kurs fühlen sie sich wesentlich wohler, der entspricht ihnen mehr und da haben sie doch auch Erfolgserlebnisse," heißt es dann.

Es kommt oft genug vor, daß Lehrer, die gleichzeitig an der Realschule unterrichten, besonders scharf zensieren, gerade um die Rebellischen vorher abzufangen.

Am Ende der Förderstufe steht die Lenkungskonferenz. Hier wird über die Zuweisung eines jeden Schülers in die verschiedenen Schulsorten beschlossen. Dieses Jahr lagen der Beratung Appelle des Schulleiters und der Förderstufenleiter zugrunde, bloß nicht Kinder unter „sozialen Gesichtspunkten" in Schulen zu lenken, in denen sie den Anforderungen „nicht gewachsen sein" würden. Gleichzeitig wurde ein Schema vorgelegt, nach dem aussortiert werden sollte.



[illegible]istung		Gymnasium:			
	Kurs	A	[illegible]-4	A	[illegible]
		A	1-4	B	[illegible]
		Deutsch	[illegible]-2	Deutsch	2-[illegible].
	Kern		1-[illegible]		

Aus dem Notenschema: Mindestnoten fürs Gymnasium

(Kernfächer: Deutsch, Weltkunde, Naturwissenschaften; Kursfächer: Englisch und Mathematik)

Wenn sich die Eltern nicht an die Empfehlung der Lehrer halten und trotzdem die Aufnahme an ein Gymnasium oder eine Realschule beantragen, müssen die Kinder an einer Aufnahmeprüfung der jeweiligen Schule teilnehmen. Im letzten Jahr hatten 50 Schüler an diesen Prüfungen teilgenommen. Nur 2 wurden zugelassen. An unserer Schule hat die „Lenkung" in diesem Jahr ganz im Sinne der Schulbehörden funktioniert, die Empfehlungen ans Gymnasium und an die Realschule waren erheblich geringer als vorher." – (v., Frankfurt)

Stufenausbildung bei Elektrikern

Planmäßige Verkümmerung der produktiven Fähigkeiten

Osnabrück. Ausbildung ist im Kapitalismus für die Masse der Jugendlichen Ausbildung zum Lohnarbeiter. Die Kontrolle über die Ausbildung liegt in den Händen der Kapitalisten und ihres Staates. Die Entwicklung der menschlichen Produktivkraft wird ge-

berufen eingeführt. Durch die „Verordnung über die Berufsausbildung in der Elektrotechnik" wurde der Beruf des Starkstromelektrikers in zwei Berufe zerlegt. Die Elektrikerlehrlinge in der ersten Stufe werden zwei Jahre lang zu „Elektroanlageninstallateuren"

Elektrotechnik von oben weggekappt. Sie lernen nicht mehr, selbständig einen Schaltplan zu zeichnen, vor allem aber wird die ganze Technik der Steuerung von Werkzeugmaschinen und Produktionsanlagen für die zweite Stufe der Ausbildung vorbehalten. Das

Stufenausbildung bei Elektrikern

Planmäßige Verkümmerung der produktiven Fähigkeiten

Osnabrück. Ausbildung ist im Kapitalismus für die Masse der Jugendlichen Ausbildung zum Lohnarbeiter. Die Kontrolle über die Ausbildung liegt in den Händen der Kapitalisten und ihres Staates. Die Entwicklung der menschlichen Produktivkraft wird gefesselt, eine umfassende Ausbildung findet nicht statt. Die Ausbildung wird zugeschnitten auf den Bedarf an unterschiedlichen Arbeitskräften, der wiederum mit der Entwicklung der Arbeitsteilung in der kapitalistischen Produktion zusammenhängt. Karl Marx hat in „Das Kapital" Band 1 die Entwicklung der Arbeitsteilung in der kapitalistischen Produktion beschrieben. Mit der Entwicklung der großen Industrie tritt an die Stelle des Handwerkers, der sich des Werkzeugs bediente, die Maschine, der die Arbeiter „als lebendige Anhängsel einverleibt" werden. Die Tätigkeiten der Arbeiter werden auf bestimmte Handgriffe beschränkt. Durch die Anwendung der Wissenschaft werden die technischen Grundlagen der Produktion fortwährend revolutioniert und somit auch die „Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses. (. . .) Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Inneren der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den anderen. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Produktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters." (Seite 511)

Für die Arbeiterklasse folgt aus dieser Tatsache ein unmittelbares Interesse an einer allgemeinen und umfassenden Ausbildung, in der die Grundkenntnisse über die wichtigsten Produktionszweige theoretisch und praktisch vermittelt werden. An einer solchen umfassenden Ausbildung hat die Kapitalistenklasse kein Interesse. Die Kapitalisten müssen zwar die Arbeiter in immer neuen Berufen und Produktionszweigen ausbilden lassen, aber statt eine allgemeine Ausbildung zu gewährleisten, betreiben sie eine weitere Zerlegung der Arbeit, die es ermöglicht, die Maschinerie von einem wachsenden Teil nur angelernter Arbeitskräfte bedienen zu lassen.

Die Einführung der Stufenausbildung entspricht dieser Entwicklung. Sie wurde zuerst 1972 in den Elektroberufen eingeführt. Durch die „Verordnung über die Berufsausbildung in der Elektrotechnik" wurde der Beruf des Starkstromelektrikers in zwei Berufe zerlegt. Die Elektrikerlehrlinge in der ersten Stufe werden zwei Jahre lang zu „Elektroanlageninstallateuren" ausgebildet. Wer in die zweite Stufe übernommen wird, erhält innerhalb weiterer eineinhalb Jahre eine Ausbildung zum „Energieanlagenelektroniker". Mußte für einen kleinen Teil von Spezialisten die Ausbildung zum Teil auf weitere Kenntnisse und Fähigkeiten ausgeweitet werden, insbesondere Kenntnisse in der Steuerungs- und Regeltechnik, in Instandsetzung und Wartung von Anlagen der elektronischen Energietechnik, so wird für die Masse der Lehrlinge die Ausbildung wesentlich eingeengt.

Bei Kabelmetall in Osnabrück, wo die Ausbildung für die erste Stufe Anfang 1973 begonnen wurde, ist den Lehrlingen außer Kabelverlegen, Schaltungen einfachster Art und einfachen Handgriffen, um nach Anweisung Anlagen zu installieren, nicht mehr viel beigebracht worden. Das ist auch ganz der Sinn der offiziellen Ausbildungsrahmenpläne. Vergleicht man die Berufsbeschreibungen der beiden neuen Berufe miteinander und mit der des bisherigen Starkstromelektrikers, zeigt sich folgendes: Die ganze mechanische Grundausbildung, die bisher die Grundfertigkeiten in der Metallverarbeitung und im Umgang mit Werkzeugmaschinen umfaßte und den ausgebildeten Elektrikern noch einen bestimmten Einblick in diesen Kernbereich der industriellen Produktion vermittelte, wird jetzt auf das für die spätere Arbeit Allernötigste zusammengestrichen, reduziert auf einfache Handfertigkeiten und Umgang mit Bohrmaschinen. Selbst der zum Spezialisten ausgebildete Energieanlagenelektroniker hat dann nicht mehr gelernt, mit einer Drehbank umzugehen.

Für die Lehrlinge der ersten Stufe wird aber nicht nur die relativ breite Basis an praktischen und theoretischen Kenntnissen in der industriellen Produktion, die bisher den Starkstromelektrikern beigebracht wurde, weggeschnitten, so daß ihre Fähigkeiten außerhalb ihrer unmittelbaren Berufstätigkeit von vornherein nicht mehr entwickelt werden; gleichzeitig wird innerhalb ihres engeren Arbeitsbereichs Elektrotechnik von oben weggekappt. Sie lernen nicht mehr, selbständig einen Schaltplan zu zeichnen, vor allem aber wird die ganze Technik der Steuerung von Werkzeugmaschinen und Produktionsanlagen für die zweite Stufe der Ausbildung vorbehalten. Das Aufsuchen von Fehlern, Voraussetzung für die selbständige Reparatur und Wartung von elektrischen Anlagen und Maschinen, sollen die Lehrlinge in der ersten Stufe nicht mehr lernen. Sie müssen die Leitungen bis zu den Schaltschränken montieren, über die Steuerungsanlagen selbst sollen sie nichts mehr wissen.

Schon an diesen Berufsbeschreibungen wird die systematisch betriebene Verstümmelung und Einschnürung der Fähigkeiten der Jugend kraß deutlich. In der Praxis werden meistens selbst diese Ausbildungspläne nicht einmal vollständig eingehalten.

In Osnabrück ist es gegenwärtig sogar so, daß überhaupt niemand in der zweiten Stufe ausgebildet wird. Und von denen, die die erste Stufe bei Kabelmetall abgeschlossen haben, ist wiederum bisher kein einziger Elektroanlageninstallateur in ein Arbeitsverhältnis übernommen worden. Entweder sie sitzen jetzt mit ihrem „berufsqualifizierenden Abschluß" auf der Straße oder sie verdingen sich als Hilfsarbeiter. Zur Zeit gibt es in Osnabrück etwa 250 arbeitslose Elektriker, eine Reserve von teilqualifizierten Industriearbeitern, aus der die Kapitalisten nach Bedarf schöpfen können.

Auch wenn das Berufsausbildungsgesetz, das die Stufenausbildung zur Regel machen wollte, vorerst nicht durchgekommen ist, die Dequalifizierung mittels Stufenausbildung oder auch z.B. mittels des Berufsgrundbildungsjahres wird von den Kapitalisten in immer mehr Ausbildungsbereichen eingeführt.

Gegen die Stufenausbildung haben sich die Lehrlinge von Anfang an in zahlreichen Aktionen zur Wehr gesetzt, und immer wieder ist die Forderung nach Abschaffung der Stufenausbildung auf Demonstrationen der Arbeiterjugend erhoben worden. Diese Kämpfe müssen unter der Forderung nach einer einheitlichen und umfassenden polytechnischen Erziehung bis zum 18. Lebensjahr für alle Jugendlichen zusammengefaßt werden. – (g.s., Osnabrück)

Thyssen–Henschel: Jugendliche ans Band gestellt

Kassel. Das neue „Jugendarbeitsschutzgesetz" macht's möglich: Bei Thyssen-Henschel werden jetzt eine Reihe von ausgelernten Lehrlingen, z.B. Schlosser und Fräser, die noch keine 18 Jahre alt sind, beim Panzerbau ans Band gestellt, wo sie im Akkord arbeiten müssen. Nach § 23, Absatz 1 Nr. 2 ist Akkordarbeit bei Jugendlichen zugelassen, „wenn sie eine Berufsausbildung für diese Beschäftigung abgeschlossen haben und ihr Schutz durch die Aufsicht eines Fachkollegen gewährleistet ist". Die „Aufsicht" durch Antreiber vom Fach ist gewährleistet. Als den Jugendlichen auch noch die ihnen gesetzlich zustehende viertelstündige Mittagspausenverlängerung gestrichen wurde, protestierten sie. Der sozialdemokratische Vertrauenskörperleiter betätigte sich als Zutreiber für die Thyssen-Henschel-Kapitalisten. Es gelang ihm vorerst, die Jugendlichen einzuschüchtern. Wenn sie auf der längeren Pause bestehen würden, müßten sie wegen des Gruppenakkords dann noch mehr schaffen. Außerdem, wer hier aus der Produktion herausgehe, erhalte im Betrieb keinen anderen Arbeitsplatz.

„Kursbörse"

Frankfurt. Die Helmholtzschule war eine der ersten Schulen in Hessen, die das Kurssystem einführten. Es ist inzwischen so ausgeklügelt, daß man, um zum Abitur zugelassen zu werden, eine bestimmte Kombination von Kursen belegen muß. D.h. sie werden unterschiedlich stark bewertet, so daß jeder Schüler versuchen muß, durch eine bestimmte Kurswahl eine bessere Note zu erlangen. So passiert es öfter, daß Schüler von reichen Eltern ärmeren Mitschülern Geld anbieten, um deren Platz in einem „besseren" Kurs zu erhalten. So wurde z.B. einem Schüler an einem Tag, an dem die Kurseinteilung bekanntgegeben wurde, in der ersten Stunde für einen Kurswechsel 100 DM geboten. Nach der 7. Stunde hatte sich der Wert des Mathematik-Grundkurses auf 900 DM erhöht. Dies ist keineswegs ein Einzelfall. An unserer, wie auch an anderen Oberschulen hat sich eine regelrechte „Kursbörse" entwickelt. – (ul, Kommunistischer Jugendbund)

Die Schulbehörde will einen Präzedenzfall für den Angriff auf die Schülervertretungen schaffen

Osnabrück. Am letzten Dienstag, wenige Tage vor den Ferien, wurde der Schulsprecher Martin Dumkow aufgrund eines knappen Beschlusses der Gesamtkonferenz des Berufsschulzentrums von der Schule verwiesen. Nachdem schon zwei Rausschmißversuche am Widerstand der Schüler gescheitert waren, hatte sich diesmal die Schulleitung in Absprache mit dem niedersächsischen Kultusministerium gründlich vorbereitet und gleich 40 Seiten mit 13 Anklagepunkten zusammengetragen. „Die Schule" sei „kein Ort der Agitation für gesellschaftliche Veränderungen", die Meinungsfreiheit unterliege an der Schule Einschränkungen „insbesondere hinsichtlich des Themas": Was nicht zum „Unterrichtsgebiet" gehöre, könne „unterbunden werden". Hauptanschuldigungen gegen den kommunistischen Schulsprecher Dumkow: „Organisierte Störung des Schulbetriebs in Jungarbeiterklassen" z.B. durch Agitation „für die unmögliche Forderung: das Recht der Jungarbeiter auf eine Fachklasse, um nach dem Besuch Geselle zu sein", „Demonstration auf dem Schulgelände mit Handmegaphon gegen den § 218", „Untergrabung einer sachlichen Auseinandersetzung im Fach Sozialkunde . . . durch ständiges Einbringen kommunistischer Ideologie", Anschuldigung Nr. 11: „Aufforderung zur Zerstörung der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland". Mit ihrem Vorgehen will die Schulbehörde offensichtlich den Boden für die Verpassung eines Maulkorbs für die niedersächsischen Schülervertretungen vorbereiten. Die Schülerschaft in Osnabrück läßt sich das nicht gefallen. Innerhalb von wenigen Tagen wurden an verschiedenen Schulen und an der Universität fast 700 Unterschriften gegen den Rausschmiß gesammelt. 4 Tagesschülerräte am Berufsschulzentrum haben Protest eingelegt, ebenso der AStA der Universität und die Vollversammlung des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums.

Freiburg. Am Freitag demonstrierten in Freiburg 150 Schüler gegen das reaktionäre Schulgesetz und die geplante Maulkorbverordnung gegen die Vertretungsorgane der Schüler.

Die „Bild-Zeitung“ und der § 218

Die Unterdrückungsmaschine soll geschmiert werden

„§ 218 – ein langer würdeloser Weg“, so lautet die Überschrift eines Kommentars der „Bild-Zeitung“ gleich nach der Einführung des neuen § 218. „Mit dieser Reform des § 218 wurden Hoffnungen geweckt. ... Nun ist das Gesetz in Kraft, aber die Enttäuschung ist groß. Der lange Weg der Frauen durch die Instanzen und Behörden ist beinahe noch würdeloser geworden als früher“, heißt es dann weiter. Gleich auf der nächsten Seite schildert das Blatt dann in einem Artikel, wie eine Frau nach einem Abtreibungsantrag einen langen Instanzenweg durchlaufen muß, worin das Zermürbende und Schikanöse dieser Behandlung geschildert wird und worin die Frau sich entschließt, in Holland abzutreiben. Darunter ein Artikel zum Ansturm auf die Beratungsstellen, von denen viele noch geschlossen seien. Die „Bild-Zeitung“ als Interessenvertreter des Volkes? Dem ist nicht so. Die Unterdrückungsmaschinerie soll bloß geschmiert werden, damit die Strafverfolgung genügend abgesichert ist. Der alte § 218 war nicht mehr wirksam anwendbar und wurde hundertfach gebrochen. Die Strafjustiz machte sich immer lächerlicher und verhaßter. Der § 218 mußte ein neues Gesicht erhalten. Die „Bild-Zeitung“ ist dagegen, daß der neue Paragraf das gleiche Schicksal erfährt wie der alte. Es geht um die Autorität des Staates. Die gleiche Situation tritt aber dann notwendigerweise ein, warnt „Bild“, wenn der Charakter der Beratungsstellen als Unterdrückungs- und Bespitzelungsinstrumente des bürgerlichen Staates so offen bleibt wie jetzt. Um so mehr werden die Massen die Verfolgung illegaler Abtreibungen ablehnen. Nur wenn die Gängelung einigermaßen funktioniert, kann die Strafverfolgung klappen. Schon Anfang der Woche hatten sie sich besorgt geäußert: „Der erwartete Ansturm auf die 2000 Schwangerschafts-Beratungsstellen ist gestern ausgeblieben.“ (22.6.) Am Donnerstag hat sie dann ordentlich nachgesetzt. Der Ansturm habe jetzt eingesetzt. „Einige Stellen arbeiten bis in die Nacht. Drei Tage nach Freigabe (!) der Abtreibung werden in Hannover die Krankenhausbetten knapp.“ Dann werden Mängel angegriffen. „Aber auch das kommt noch vor: Viel Beratungsstellen haben noch gar nicht geöffnet. Noch wissen viele Ärzte und Krankenhäuser und Beratungsstellen nicht genau, wie der bürokratische Ablauf wirklich geregelt ist.“ Die Unterdrückungsmaschinerie läuft noch nicht reibungslos. Das ist gefährlich. Er wird dadurch für die Volksmassen leichter durchschaubar. So appelliert die „Bild-Zeitung“ dann auch an die parlamentarischen Vertreter der herrschenden Klasse. „Befreit ist niemand. Die betroffenen Frauen nicht, die Ärzte nicht, vor allem nicht unsere 518 Abgeordnete. Sie sind nicht von der Notwendigkeit befreit, so schnell wie möglich dem Wirrwarr durch eine große Aufklärungsaktion und Reform der Reform ein Ende zu machen.“

Dabei denkt die „Bild-Zeitung“ natürlich nicht an die Beseitigung des Strafparagrafen 218, sondern an die Verbesserung der Spitzelei und Gängelei durch das Beratungssystem. Höchstens dann wird der Strafparagraf geschluckt werden, ist die Rechnung der „Bild-Zeitung“. Sie wird nicht aufgehen. Solange der § 218 besteht, wird jede „Beratung“ im Vorfeld der Strafverfolgung stattfinden. Deshalb geht der Kampf für die Beseitigung des § 218 weiter. Das fürchtet die „Bild-Zeitung“. Daher ihr Lamento.



Das „Verfassungsrichterspiel“ mußte wieder rausgerückt werden

Heidelberg. Am vergangenen Freitag statteten einige Mitglieder des Heidelberger Komitees „Weg mit dem § 218“ dem Staatsanwalt Johe in seinen Amtsstuben einen Besuch ab. Zweck dieses Besuch war die Abholung eines Verfassungsrichterspiels, das die Staatsanwaltschaft unter Einsatz von einigen Dutzenden Polizisten mit Schlagstöcken im September letzten Jahres auf dem Universitätsplatz hatte beschlagnahmen lassen. Es war am 6.9.75, einem bundesweiten Aktionstag der Komitees und Initiativen gegen den § 218 aufgestellt worden. Über die Beschlagnahmung hatte es damals in Heidelberg viel Gelächter gegeben. Gegen zwei der damals Beteiligten, Kurt Höllwarth und Gerd Rosenbaum, beides Mitgliedes des KBW, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen „verfassungsfeindlicher Verunglimpfung von Verfassungsorganen“. Darauf stehen nach § 90 b des Strafgesetzbuches zwischen 3 Monaten und 5 Jahren Gefängnis.

Das Ermittlungsverfahren mußte jetzt eingestellt werden und das Spiel wieder herausgerückt.

Staatsschutzanwalt Frank vom Karlsruher Landgericht begründete die Einstellung des Verfahrens so: „Im Betreiben des Wurfstandes (kann) ein absichtliches Einsetzen für Bestrebungen gegen die in § 90 b StGB angeführten Schutzgüter nicht liegen. ... Da es sich beim ‚Verfassungsrichterspiel‘ aber offensichtlich um Kritik an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts an sich handelt, ... kann von Bestrebungen gegen die Unabhängigkeit der Gerichte nicht die Rede sein. Auch die geforderte Volksabstimmung sollte sich nur gegen das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum § 218 StGB und nicht gegen die Institution des Bundesverfassungsgerichts richten.“

Die Mitglieder des Komitees luden die Pappköpfe der Verfassungsrichter sorgfältig in einen mitgebrachten Karren, um das Verfassungsrichterspiel „wieder einem nützlichen Zweck zukommen zu lassen“, wie es in einem offenen Brief des Komitees an den Staatsanwalt heißt, der während der Aktion verteilt wurde. – (k., Heidelberg)

Aufgrund des Strafparagrafen 218

14 Wochen lang Schikanen und Demütigungen

Darmstadt. Aufgrund des Verbots der Abtreibung werden viele Frauen, die nicht den besitzenden Klassen angehören, häufig den widerwärtigsten Schikanen ausgeliefert. Dem Darmstädter Komitee gegen den § 218 hat eine 35jährige Arbeiterfrau folgendes berichtet: „Ich bin 35 Jahre alt, habe bereits 3 Kinder und stehe vor der Trennung von meinem Mann. Im März 1975 wurde ich schwanger, weil ich ... mit einem Hormonpräparat behandelt worden bin, welches die Wirkung einer speziellen Verhütungstablette aufgehoben hat. ... Durch die vorhergehenden Schwangerschaften bin ich stark trombosegefährdet und meine Bandscheibenbeschwerden haben sich mit jeder Geburt erhöht. Mein Mann und ich sind rhesusfaktorverschieden, was zur Folge hatte, daß ich bereits während der Schwangerschaft 2 Kinder verloren habe und daß bei zweien meiner Kinder ein Blutaustausch vorgenommen werden mußte. ...“

Frau A. wurde kurz nach dem Beginn ihrer Schwangerschaft wegen eines Gebärmutterhalskrebses im Anfangsstadium in die städtische Klinik Darmstadt eingewiesen. „Ich wurde von einem Stab von 25 Ärzten und Assistenzärzten derart unmenschlich, unwürdig und grob fast jeden Tag untersucht, daß ich mir vorkam, wie der letzte Dreck, wie ein Versuchsobjekt. ... Das war sehr schmerzhaft. Diese unmenschliche Tortur werde ich nie vergessen.“ Bei den Untersuchungen wurde festgestellt, daß Frau A. zudem noch 2 Myome in der Gebärmutter hatte.

„Unter diesen Umständen, bei dieser großen Gefahr für mich ... *durch eine Schwangerschaft wird die Krebszellenwucherung sehr stark vorangetrieben) war für mich und meine Familie ganz klar, daß ich das Kind nicht austragen kann.“ Der Mann von Frau A. bemühte sich daraufhin um ein Gespräch mit dem Leiter der Klinik, wurde aber an dessen Vertreter verwiesen. Dieser Dr. Hartmann lehnte eine legale Abtreibung strikt ab, „mit der Begründung, daß das werdende Leben geschützt und die Würde des Menschen geachtet werden“ müsse. Stattdessen schlug er vor, „die krebsbefallenen Stellen aus meiner Gebärmutter mit einem Kegelschnitt herauszuschneiden und die Gebärmutter zuzunähen, was selbstverständlich heißt, daß das Kind nicht auf normalem Wege zur Welt gebracht werden könnte. Sollte eine Fehlgeburt eintreten oder der Fötus in mir absterben, was man so schnell auch nicht feststellen könnte, ... so müßte man mich aufschneiden und das tote Kind herausnehmen ... Nun frage ich mich, wer schützt mich, wer achtet meine Würde? Ich befand mich in äußerster Gefahr durch die Schwangerschaft. Dr. Hartmann will – wie er so großartig sagt – zwar das werdende Leben schützen, konnte mir aber keine Versicherung dafür geben, daß das Kind geistig gesund und nicht verkrüppelt auf die Welt kommt, wobei ich unter Umständen die 9 Monate Schwangerschaft gar nicht überstanden hätte. Dr. Hartmann schlug mir weiter vor, meinen Gesundheitszustand während der Schwangerschaft wegen der akuten Trombosegefahr mit blutverdünnenden Mitteln „aufzubessern“, was ja wohl eine weitere Gefährdung für das werdende Kind bedeutet hätte.

Das, was mir hier Dr. Hartmann als „ärztliche Hilfe“ angeboten hat, war für mich und meine Familie unmöglich anzunehmen. Was wird denn aus meinen drei Kindern, wenn ich aufgrund dieser gefährlichen Schwangerschaft sterbe, haben wir uns gefragt. So habe ich dann auch nach zehntägiger Strapaze diese für mich unmögliche Operation abgelehnt und die Städtische Klinik auf eigene Verantwortung verlassen. Ich frage mich nur, wann denn eigentlich die medizinische, eugenisch und psychologische Indikation angewendet wird, wenn nicht in meinem Fall? Das ist doch alles ein Betrug!

Nun ging ich wieder zu meiner Frauenärztin und fragte sie nach einer Abtreibungsadresse hier in Deutschland, die sie mir nicht geben wollte, obwohl sie genauestens meine gefährliche Situation kannte. Inzwischen schon ganz verzweifelt, wandte ich mich an Pro-Familia, die mir eine Ärztin als Gutachter vorschlug. Eine lange Kette von Instanzen, eine lange Kette von Demütigungen und Entwürdigungen mußte ich dann durchlaufen, um 4 Gutachten ausgestellt zu bekommen, die für einen Schwangerschaftsabbruch in meinem Fall erforderlich waren. Ich habe mich langen, zermürbenden Untersuchungen ausliefern müssen bei einem Frauenarzt, bei einem Internisten, bei einem Psychiater und bei einem Orthopäden. Wobei ich diese Ärzte erst noch suchen mußte, denn 2 von der Ärztekammer benannte Gutachter haben es abgelehnt, mich überhaupt zur Feststellung einer Indikation vorzulassen, geschweige denn zu untersuchen. Alle diese Gutachten mußte ich dann auch noch aus eigener Tasche bezahlen (was uns nicht leicht fiel bei 1300 DM zum Lebensunterhalt für unsere fünfköpfige Familie). 405 DM habe ich insgesamt noch für diese Schikanen hinblättern müssen. Nach all den großen Anstrengungen der langen Zeit der Angst und der enormen Nervenbelastung für mich und meine Familie, stellte man mir „gnädig“ in der 13. Woche die Bewilligung der Ärztekammer aus, die für mich lebensnotwendige Abtreibung vornehmen zu lassen. 13 lange Wochen der menschenunwürdigen Behandlung hatte ich über mich ergehen lassen müssen.

Für mich war die ganze Situation aber damit immer noch nicht ausgestanden. Mit der Bewilligung der Ärztekammer in der Tasche mußte ich mich jetzt auch noch selbst darum bemühen, ein Krankenhaus aufzutreiben, das sich bereiterklärt, den Eingriff vorzunehmen. Ich ging in die Städtische Klinik, wo ich wieder nur bis zu Dr. Hartmann vordringen konnte und legte dort die Bewilligung der Ärztekammer vor. Dr. Hartmann aber lehnte strikt eine Abtreibung ab mit der unverschämten Begründung, ich hätte ja auf eigene Verantwortung die Klinik vor einigen Wochen verlassen.

Nach einer weiteren Woche Herumrennen, verzweifelt, völlig entnervt und entkräftet, wurde endlich die für mich lebensnotwendige Totaloperation in der Groß-Gerauer-Klinik vorgenommen. Der Chefarzt dort sah die große Gefahr für mich und ich wurde dort seit vielen Wochen zum ersten Mal wieder wie ein Mensch behandelt.“ – (Komitee gegen den § 218, Darmstadt)



Heidelberg. 800 demonstrierten am 23. Juni gegen das Terrorurteil im Fahrpreisprozeß gegen den Redakteur der Kommunistischen Hochschulzeitung Volker Hurrle. Hurrle war, wie wir berichtet haben, wegen Aufrufs zu Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen im letzten Sommer zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Die Demonstration forderte die sofortige Einstellung aller Fahrpreisprozesse. Zur Demonstration aufgerufen oder diese unterstützt haben das Komitee „Weg mit den HSB-Prozessen“, die ASten der Universität und der Pädagogischen Hochschule und der KBW. Am anderen Tag fand eine weitere Verhandlung im Prozeß gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth statt, die als Verantwortliche für die „Arbeiterzeitung“ angeklagt sind. 100 zogen in den Gerichtssaal mit der Losung: „Sofortige Einstellung aller HSB-Prozesse“. Als der Richter die Feststellung, daß die Polizei im Sommer gegen die Demonstranten mit Holzknüppeln vorgegangen sei, zur Beleidigung erklärte, stellte die Verteidigung gegen Richter Simon den Antrag auf Befangenheit. Dem Richter Simon fiel darauf in seiner Bedrängnis nichts anderes ein, als die Öffentlichkeit vom Prozeß auszuschließen.

Willkürmaßnahmen der bürgerlichen Justiz

Hausdurchsuchung wegen Enthüllungen über Isolationshaft

Göttingen. Am Morgen des 6. Juni drangen sechs Polizisten, angeführt von dem Kriminalhauptkommissar Behrens von der Politischen Polizei, in die Wohnung des Akademischen Rates an der Göttinger Universität, Franz Dick ein, hielten ihm einen Durchsuchungsbefehl vor die Nase und durchsuchten drei Stunden lang seine Wohnung. Franz Dick wurde handgreiflich daran gehindert, sich mit einem Rechtsanwalt in Verbindung zu setzen. Zur gleichen Zeit drang die Polizei mit Billigung des Kurators auch in Dicks Arbeitszimmer in der Universität ein.

In dem Hausdurchsuchungsbeschluß des Göttinger Amtsgerichts wird die Durchsuchung der Wohnung und „seiner Person uddder ihm gehörenden Sachen und seines Personenkraftwagens“ mit Verdacht der Gefangenenbefreiung“ begründet. Nach „den bisherigen Ermittlungen“ sei „zu vermuten“, „daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde, nämlich Pistole und anderer Gegenstände.“

Folgende Begründung hat die politische Polizei aufgetischt: Franz Dick wolle Rainer Recke aus der Isolationshaft im Landeskrankenhaus befreien (siehe auch S.2). Zu dem Zweck habe er eine Pistole besorgt,sie ins Landeskrankenhaus hineingeschmuggelt zu Rainer Recke und sie aus ungeklärten Gründen dann wieder aus dem Landeskrankenhaus herausgeschmuggelt und in seiner Wohnung versteckt. Beweis der politischen Polizei: Bei R.Recke ist in der Zelle keine Pistole gefunden worden.

Bei der Durchsuchung wurde die gesamte Wohnung auf den Kopf gestellt, Papierkörbe umgestürzt und die privaten Briefe durchschnüffelt. „Pistole und andere Gegenstände“ wurden natürlich nicht gefunden, dafür nahm die Polizei aus Dicks Arbeitszimmer in der Universität zwei Terminkalender mit. Durch die Enthüllungen des KBW sind die Haftbedingungen Reckes ins Gerede gekommen. 700 Exemplare einer Broschüre dazu wurden verkauft. Franz Dick, der regelmäßig Patienten im Landeskrankenhaus aufsucht, hat dort R.Recke regelmäßig besucht. Der Hausdurchsuchungsbefehl gegen Dick trägt das Datum vom 22.April 1976.

Die Methoden der Göttinger Polizei, gegen Enthüllungen über die Praxis des bürgerlichen Justizwesens mit terroristischer Einschränkung vorzugehen, sind nichts Außergewöhnliches. In Frankfurt wurden die Büroräume der Naturfreundejugend durchsucht. Verknotete Tücher, die die Jugendlichen dem hessischen Kultusminister überreichen wollten, um ihn an seine Versprechungen zu erinnern, wurden als Beweismittel für die Anfertigung von Molotow-Cocktails beschlagnahmt.

Nach der Erschießung des Butzbacher Gefängnisdirektors durch einen Häftling wurden zwei Männer und eine Frau unter der Anschuldigung verhaftet, Schießpulver in die Anstalt geschmuggelt zu haben. Es waren Mitglieder des Frankfurter Gefangenenrates, bei Richtern, Staatsanwälten und Gefängnisdirektoren schon lange verhaßt, weil sie deren Untaten anprangerten. Verhaftet wurden sie ohne jeden Beweis, weil sie der „mutmaßlich tatbeteiligten Vereinigung“ – so der Oberstaatsanwalt Groh – angehörten. Die bürgerliche Justiz rächt sich an ihren Gegnern. Da braucht es keiner Rechtsfindung. Der bürgerliche Klasseninstinkt rechtfertigt ihr jede Willkürmaßnahme.

Die Präsidentenwahlen an der FU:

Drei Gegenstimmen machen erfreulichen Skandal

Am 27. Juni wurde Professor Dr. Eberhart Lämmert vom Konzil der Freien Universität Berlin (FU) mit 84 von insgesamt 157 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der FU gewählt. Das Konzil der FU ist aus 48 Vertretern der Professorenschaft, 48 Vertretern des akademischen Mittelbaus, also der Assistenten, 20 Vertretern der Beschäftigten der FU und 48 Vertretern der Studenten der FU zusammengesetzt. Der Präsident ist nach der Verfassung seines Amtes die oberste Dienstaufsichtsbehörde der FU. Wenn er vom Konzil gewählt ist, muß er vom Westberliner Senat bestätigt werden. Dann ist er für sieben Jahre am Ruder.

Diese Position hat Professor Dr. Eberhart Lämmert jetzt inne. Der Regierende Bürgermeister von Berlin hat ihm bereits das Vertrauen ausgesprochen. Neben dem Vertrauen des Regierenden Bürgermeisters genießt Lämmert auch noch die Aufforderung aller „linken" Studenten organisationen, ihn zu wählen. Nur drei Stimmen der Vertreter des revolutionären Flügels der Studentenbewegung hat Lämmert nicht.

Diese drei Stimmen war die Kommunistische Hochschulgruppe nicht bereit für das Programm von Lämmert zu geben. Das hat an der FU einen hoch erfreulichen Skandal gegeben. Der Skandal ist erfreulich, weil er lehrreich ist. Wir wollen im folgenden diesen Skandal durchleuchten.

Auch ohne die Stimmen der Kommunistischen Hochschulgruppe hat Lämmert seinen Gegenkandidaten Baske mit 84 zu 70 Stimmmen klar geschlagen. Um die Wahl von Lämmert durchzusetzen, wurden die Stimmen der Kommunistischen Hochschulgruppe nicht gebraucht. Es bedarf einer Erklärung, warum Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt wurden, um diesem Lämmert auch noch die Stimmen der Revolutionäre zu verschaffen.

Die Bourgeoisie hält schwere Stücke auf Lämmert. Schon vor der Wahl und obwohl eher für den Gegenkandidaten Baske wirksam, schreibt die „Berliner Morgenpost", „daß er als Hochschullehrer qualifiziert ist und die Führungsqualifikationen besitzt, die ein Universitätspräsident haben müßte". Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt einen Kommentar mit dem Titel „Kein unbequemer Mann". Die „Frankfurter Rundschau" schreibt mit Tränen zwischen den Zeilen, wie gut dieser Lämmert schon im Jahre 1968 war:

„In einer Zeit, da eine wachsende Zahl seiner Standeskollegen Konflikte mit Polizeihilfe beiseite zu schaffen versuchte, mischte sicht der Germanistikprofessor 1968 mitten unter das radikalisierte studentische Volk, das ihn mit seiner Vorlesung gerade aus dem Audi Max ausgesperrt hatte. Dann lieh er sich von führenden Vertretern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ‚eben mal' ein Megaphon mit der roten Aufschrift ‚SDS' und hielt seine Vorlesung in der Vorhalle."
‚SDS' und hielt seine Vorlesung in der Vorhalle."

Diesen klebrigen Patron sollten die Revolutionäre jetzt zum Präsidenten der FU machen, und als sie dazu nicht bereit waren, gab es ein Gezeter. Warum dieses Gezeter der „Linken"?

Der Professor Dr. Lämmert hatte einen Gegenkandidaten, den Erziehungswissenschaftler Baske. Der gehört der „Notgemeinschaft FU" an und hat bei den Wahlen 70 Stimmen auf seinem Kopf vereinigt. Wie es in diesem Kopf zugeht, das mag der Zweifler dem „Spiegel" entnehmen, der bemerkt, in der Wissenschaft sei Baske nicht übermäßig aufgefallen. Die „Notgemeinschaft FU" ist aus der Not der Reaktionäre geboren. Obwohl staatlich verbeamtet und auf Lebenszeit gesichert, entstand für die Reaktionäre eine Notlage, weil sich die Studentenbewegung politische Rechte erkämpfte und die gegen die Reaktionäre wahrgenommen hat. Um dieser Notlage zu steuern, strebt die „Notgemeinschaft FU" die vollständige Entrechtung der Studenten an. Sie wollen die Universität in ein Treibhaus reaktionärer Indoktrination verwandeln. Unter den Studentenmassen gibt es den starken Wunsch, dieser Notgemeinschaft Schläge zu versetzen.

Diesen Wunsch teilen selbstverständlich die Revolutionäre. Für jeden politisch denkenden Menschen liegt es auf der Hand, wenn die erkämpften und ausgeübten politischen Rechte der Studenten ein Dorn im Auge der Reaktionäre sind – und das sind sie – dann kann man den Reaktionären keine Schläge versetzen, indem man einem Manne wie Lämmert diese erkämpften Rechte zu Füßen legt. Im Gegenteil, die Behauptung dieser Rechte der Studenten gegen *jeden* Kandidaten mußte der Schlag sein, der die Reaktionäre am empfindlichsten traf. Wie konnte es also zu dem Ansinnen an die Kommunistische Hochschulgruppe kommen, Lämmert die Rechte und Interessen der Studenten zur beliebigen Disposition zu Füßen zu legen?

Lämmert ist als Wissenschaftler „berühmt". Er hat ein berühmtes Buch geschrieben. Es heißt: „Bauformen des Erzählens". Sein „Doktorvater war der ehedem völkisch gesinnte Germanist Günter Müller (‚Das Buch der deutschen Seele. Vom Faustbuch zu Goethes Faust')". (Frankfurter Allgemeine Zeitung) An diesem reinen Quell germanischer Wissenschaft hat Lämmert 1952 seinen Doktor aufgeschlabbert. Es muß ihn schon geekelt haben, zumal im Jahre 1952, wo man nicht viel davon hatte, wenn man sowas gut fand.

„Lämmert begann seine Gelehrtenlaufbahn mit der Konzentration auf Formfragen der Literatur. Dieses Interesse – und die Vermeidung inhaltlicher Fragen – favorisierten in den fünfziger Jahren besonders die Professoren mit Vergangenheit." (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Diese wissenschaftliche Richtung ist nicht bloß dem Interesse von Lehrstuhlklebern entsprungen, sich nicht nochmal die Finger zu verbrennen. Die Hervorhebung der Formenkritik bei „Vermeidung inhaltlicher Fragen" war für die imperialistische Bourgeoisie lebenswichtig. Heute weiß jeder, daß Hitler nicht besonders gut deutsch konnte, einen schmalen Wortschatz hatte und auch keine besonderen Tischsitten. Daß er der politische Sprecher der reichsdeutschen Finanzbourgeoisie war, geht bei dermaßen wissenschaftsstrenger Betrachtungsweise natürlich leicht unter. Wie konnte es dazu kommen, daß an der FU eine breite Strömung entstand, die von den Revolutionären eine Stimmabgabe für diesen Nebelwerfer verlangte?

Die Parole „Wählt Lämmert, sonst wird es Baske, und dann wird es schrecklich" ist dummes Gewäsch. Jeder weiß, ein starker studentischer Stimmblock, der die Interessen der Studenten gegen Lämmert hochgehalten hätte, hätte erstens die Mehrheitsverhältnisse verschoben und zweitens aus einem eventuellen Präsidenten Baske eine erstklassige Schießbudenfigur gemacht. Die Alternative stellt sich in der Praxis nicht zwischen Lämmert und Baske, sondern zwischen Fortsetzung des Kampfes der Studenten oder Kapitulation der Studentenbewegung.

Die politische Strömung, die versuchte, die Revolutionäre zu einer solchen Schandtat wie es die Wahl von Lämmert gewesen wäre zu treiben, kann nicht auf einem Irrtum beruhen. Sie muß **auf positiven Interessen beruhen, und diese Interessen müssen im Programm des Professor** Lämmert aufgehoben sein. Um einen Eindruck von der Weltanschauung dieses Lämmert zu geben, zitieren wir aus einer Zuschrift. Ein Student schreibt uns über seine Prüfung bei Lämmert:

„. . . dann rief mich der Professor Lämmert herein, gratulierte mir wie einem, der jetzt in irgendeinen Verein aufgenommen ist, und wies mich darauf hin, daß eine Prüfung immer auch Schwächen fürs Leben zeige: Ich müsse noch lernen, konzentrierter zu argumentieren und auf den ‚Partner' einzugehen. Ich konnte vor Bewußtlosigkeit und aufkommender Scham vor mir selber nichts erwidern. Aber, er hatte recht. So eine Prüfung zeigt immer etwas ‚fürs Leben'; nur habe ich halt eine völlig andere Vorstellung vom Leben als er; das hatte ich fast vergessen."

Dieses Brechmittel sollten nach Auffassung *aller* „linken" Studentenorganisationen die Studenten kollektiv schlucken. Die Grundlage für diese Zumutung findet sich im Programm von Lämmert. Er hat es wenige Tage vor dem Wahlakt an die Konzilsmitglieder verschickt.

„Heute kommen, nach einer Phase der Festigung, aber auch der Versteifung innerer Gegensätze neue Gefahren auf die Universitäten zu, die sie an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit bringen und ihr öffentliches Ansehen neu auf die Probe stellen werden."

Worin bestehen diese „neuen Gefahren"? Das Zitat geht weiter:
Zitat geht weiter:

„Haushaltseinschränkungen, der Versuch von Stelleneinsparungen und strengerer Zugriff des Staates in der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten bei gleichzeitiger Öffnung für eine weiter rapid ansteigende Studentenzahl fordern die Universitäten neu dazu heraus, in der Öffentlichkeit ihre Funktion zu behaupten und ihr Ansehen als Forschungs- und Ausbildungsstätte gegenüber anderen Zumutungen zu bewahren."

Die Reihenfolge der „neuen Gefahren" ist also: Erstens die Haushaltseinschränkungen. Zweitens die Stelleneinsparungen. Drittens die rapide ansteigenden Studentenzahlen. Wie wird Lämmert diese Gefahren abwenden:

„Dazu muß ein Weg gefunden werden, der in der inneren Verwaltung der Universität über ein tiefgewurzeltes gegenseitiges Mißtrauen und über eine versteifte Konfliktstrategie hinausführt und der allen Hochschulangehörigen die elementare Gemeinsamkeit ihres Arbeitsfeldes wieder bewußt macht."

Das ist der Kern. Diese „elementare Gemeinsamkeit des Arbeitsfeldes" ist der Kern. Worin soll diese elementare Gemeinsamkeit von Lämmert, der Dreck macht, und der Putzfrau, die diesen Dreck wegputzt, bestehen? Worin soll die elementare Gemeinsamkeit zwischen den Studentenmassen, die reihenweise aus der Universität hinausgeprüft werden, und denen, die sie hinausprüfen, bestehen? Worin soll die elementare Gemeinsamkeit von den politisch Unterdrückten und ihren Unterdrückern gefunden werden? Sie kann nicht gefunden werden, weil sie nicht besteht. Die Illusion solcher gemeinsamer elementarer Interessen kann allerdings entstehen. Diese Illusion wächst auf dem Boden der Tatsachen. Ebenso wie der Professor, der den Lehrstuhl hat, ist der Student, der BAFöG hat, abhängig vom bürgerlichen Staatsapparat. Eine gute Versorgung als Teil des Staatsapparates, das ist das Elementare, womit Professor Dr. Lämmert winkt. Für die Masse der Studenten ist das eine Illusion. Überhaupt keine Illusion ist das für das Karrieregesindel an der Hochschule. Für die Professoren wie für die Assistenten ist das eine nüchtern zu betrachtende Realität.

Mäßigung der Mittelkürzungen, Verhinderung von Stellenstreichungen, gegenüber dem Numerus Clausus eine unbestimmte Haltung, Zugeständnisse der jeweiligen Regierung zu erreichen durch politisches Wohlverhalten und Aufgabe der Interesse der Studentenbewegung. Das halten wir für Professor Lämmerts Programm. Dafür hat er seine Stimmen. Darum geht der gegenwärtige politische Kampf um die Führung der Studentenbewegung.

Die Bourgeoisie beabsichtigt, die Studentenbewegung in ihrem Charakter zu wandeln. Aus einer Bewegung, die aus der Notwendigkeit des Kampfes gegen die materielle Abhängigkeit und politische Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat ihre Kraft schöpft, will die Bourgeoisie eine Bewegung der Verbindung, der Verschmelzung mit dem imperialistischen Staatsapparat formen auf Basis des guten deutschen Professorenparasitismus. Wer es nicht glaubt, der lese weiter Lämmert:

„Deshalb muß auch im Verhältnis von Hochschule und Staat bei aller Einsicht in die Unterschiedlichkeit ihrer Funktion eine vertrauensvolle Zusammenarbeit wieder die Regel werden."

Es kommt halt darauf an, „sich dem Partner anzupassen", insbesondere wenn der „Partner" den Daumen auf dem Geldbeutel hat.

Die Vereinigung „der Hochschulangehörigen" auf einer solchen Linie des Parasitismus setzt voraus, daß niemand dagegen Widerstand zeige. Daher erklären sich die Bemühungen, die Kommunistische Hochschulgruppe in diesen Sumpf hineinzulocken.

Am Sonntag, dem 20. Juni fand eine Mitgliederversammlung der Kommunistischen Hochschulgruppe statt, auf der beschlossen wurde, Lämmert nicht zu wählen. Im Laufe des Montag suchte die Kommunistische Hochschulgruppe die Auseinandersetzung in den Seminaren. Die Kommunistische Hochschulgruppe war von der Geschlossenheit und Wucht des Verlangens, Lämmert müsse gewählt werden, überrascht. Es kam in etlichen Seminaren zu Abstimmungen wie 50 zu 1 oder 2 gegen die Linie der Kommunistischen Hochschulgruppe. Die Linie der Kommunistischen Hochschulgruppe bestand darin, Lämmert nur dann die Stimme zu geben, wenn er folgende Forderungen der Studenten anerkenne:

Resolution der Kommunistischen Hochschulgruppe

Die Teilnehmer der Veranstaltung der Kommunistischen Hochschulgruppe vom 21. Juni 1976 beschließen:

Die Vertreter der Liste „Demokratischer Kampf" unterstützen die Wahl eines Präsidenten der FU nur insoweit, wie der Präsident vor der Wahl öffentlich folgende Forderungen unterstützt:

1. Gesetzliche Anerkennung der Vertretungsorgane der Studenten, mit uneingeschränktem politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit!
2. Einspruchsrecht der Studentenvertreter gegenüber allen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen!
3. Kostendeckende Ausbildungsförderung!
4. Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit dem Radikalenerlaß und den Maulkorbgesetzen 88 a und 130 a!
5. Weg mit dem Ordnungsrecht und den Einschränkungen der wissenschaftlichen und politischen Betätigungsfreiheit an der Hochschule!
6. Keinerlei Einschränkung des Rechts auf Organisation, Versammlung, Demonstration und zum Streik!

Für Montag Abend wurde von der Kommunistischen Hochschulgruppe zu einer Versammlung aufgerufen, um die Reaktionäre zu stellen, die diese Lämmert-Wahl verlangten. Diese Versammlung war von 1 500 Studenten besucht. Die Kommunistische Hochschulgruppe hatte die
Kommunistische Hochschulgruppe hatte die
oben abgedruckte Resolution zur Abstimmung gestellt.

Diese Versammlung wurde nicht nur von Studenten besucht. Sie wurde auch von Leuten besucht, die frühere Freunde der Gruppe Rote Fahne waren, jetzt aber dieser Jugendsünde längst abgeschworen haben. Diesen Leuten ging es darum, die Kommunistische Hochschulgruppe zu einer Stimmabgabe für Lämmert unter allen Umständen zu zwingen.

Dazu wurde folgender Weg gewählt: Die Vertreter der Kommunistischen Hochschulgruppe hatten, als sie für die Wahlen zum Konzil kandidierten, folgende Festlegung getroffen:

„Sie (die Vertreter der Liste Demokratischer Kampf) werden jede Möglichkeit nutzen, die Entfaltung der Klassenkämpfe und der politischen Fronten an der Hochschule zu fördern, indem sie sich auf die wirklichen Kämpfe stützen und sich Beschlüssen der demokratischen Kampforgane der Studenten unterordnen."

Diese Festlegung wollten die Reaktionäre benutzen, um die Kommunistische Hochschulgruppe auf die Stimmabgabe für Lämmert festzulegen. Das war, vom Gehalt dieser Festlegung wie von ihrem Wortlaut her, natürlich unmöglich. Denn es ist keine Entfaltung der Klassenkämpfe, wenn man den Reaktionären Spielraum verschafft. Dennoch gab ein Vertreter der Ortsleitung des KBW die Versicherung ab, die Kommunistische Hochschulgruppe werde tun, was immer die Versammlung für richtig halte, behalte sich aber ihre Kritik an dieser Entscheidung vor.

Damit wurde die Studentenbewegung zum Opfer eines reaktionären Manövers gemacht. Den Studenten wurde vorgegaukelt, es sei möglich, praktisch der Reaktion Vorschub zu leisten, sich im Hinterkopfe jedoch rein die prinzipielle Ablehnung von Leuten wie Lämmert vorzubehalten.

Dr. von Braunbehrens, der sich zusammen mit Dr. Lethen für seinen Doktorvater Lämmert in die Schanze warf, brachte infolgedessen eine Resolution in diese Versammlung ein, die lautete:

„Die hier Versammelten fordern, daß die Vertreter der Kommunistischen Hochschulgruppe vorbehaltslos **bei der Konzilswahl für den Kompromißkandidaten Lämmert stimmen.**"

Diese Resolution wurde mit 1 300 gegen 200 Stimmen angenommen. Die Leitung der Kommunistischen Hochschulgruppe erklärte, die Vertreter der Liste Demokratischer Kampf hielten an ihren Prinzipien fest, würden aber stimmen wie verlangt. Nach unserer Meinung wurde hier geputscht. Die Kommunistische Hochschulgruppe hatte nicht das Recht, den Eindruck zu erwecken, als *könne* sie das Mandat, das sie durch Wahlen und unter der Bedingungen, sich den Beschlüssen der demokratischen Kampforgane der Studenten unterzuordnen, erhalten hatte, einfach für sieben Jahre an Professor Dr. Lämmert und seine Clique abtreten.

Die Kommunistische Hochschulgruppe bewies indessen, daß sie imstande ist, Fehler rasch zu korrigieren. Sie traf die Festlegung, daß die Vertreter der Liste Demokratischer Kampf dem Doktorvater Lämmert ihre Stimmen so anzubieten hätten wie sie der Doktorsohn von Braunbehrens locker gemacht hatte Lämmert erklärte, daß er nicht die Absicht habe, sich den Beschlüssen der demokratischen Kampforgane der Studenten unterzuordnen. Mithin erhielt er die Stimmen nicht.

Wir sind der Meinung, daß dieser Vorgang ein Warnzeichen für alle Revolutionäre setzt. Gele-
gentlich wird geglaubt, die Bourgeoisie würde
gentlich wird geglaubt, die Bourgeoisie würde nachlassen zu kämpfen, wenn die Massenbewegung einen Aufschwung nimmt. Das Gegenteil ist richtig. Die Bourgeoisie vervielfacht selbstverständlich ihre Anstrengungen. Hinsichtlich des gegenwärtigen Aufschwungs wird offenbar, daß die Bourgeoisie versucht, der gesamten Studentenbewegung die Spitze zu brechen, indem sie diese Bewegung auf das Gleis der Verschmelzung mit dem imperialistischen Staatsapparat und der Übereinkünfte mit der Reaktion treiben will. Dazu werden Leute wie Lämmert benötigt. Dazu wird auch eine Handvoll abgefallener Revolutionäre benötigt, vor denen man warnen muß. – (m.f.)

Fachbereichswahlen an der FU

Westberlin. Bei den Fachbereichsratswahlen der Studentenschaft der FU ergab sich bis Dienstag Abend folgendes vorläufige Wahlergebnis:

Otto-Suhr-Institut: Die Liste Initiative (Spontaneisten), die zum erstenmal kandidierte, erhielt 230 Stimmen und 12 Sitze. Die Jusos erhielten 100 Stimmen (gegenüber 130 zuvor) und einen Sitz. Die Revisionisten – ADS/SHB – erhielten 90 Stimmen (110). Der KSV erhielt 22 Stimmen, die Kommunistische Hochschulgruppe 55 Stimmen. Bei den Wahlen zuvor hatten Kommunistische Hochschulgruppe und KSV auf einer gemeinsamen Liste kandidiert und 170 Stimmen erhalten.

Germanisten: Die Institutsgruppe Germanistik erhielt 430 Stimmen und zwei Sitze, sie wurde von der Kommunistischen Hochschulgruppe unterstützt und bestand bei den letzten Wahlen noch nicht. Die Kommunistische Hochschulgruppe, die bei den letzten Wahlen selbständig kandidiert hatte, hatte bisher einen Sitz. Die revisionistische Liste ADS erhielt 313 Stimmen und einen Sitz (1). Der KSV erhielt 155 Stimmen und keinen Sitz (1).

Biologen: Der Aktionsrat, der von der Kommunistischen Hochschulgruppe unterstützt wurde, erhielt 141 Stimmen und einen Sitz. Die revisionistische ADS-Liste erhielt 157 Stimmen und einen Sitz (2). Die reaktionäre Liste „Kritische Biologen" erhielt 117 Stimmen und einen Sitz (1). Der KSV erhielt 16 Stimmen.

Chemiker: Die Institutsgruppe, die von der Kommunistischen Hochschulgruppe unterstützt wurde, erhielt 36 Stimmen. Institutsgruppe und Kommunistische Hochschulgruppe wurden an diesem Fachbereich erst vor wenigen Wochen gebildet. Die ADS-Liste erhielt 136 Stimmen und zwei Sitze (2), der SHB erhielt 64 Stimmen und einen Sitz (1). Die reaktionäre Liste Reformgruppe erhielt 46 Stimmen.

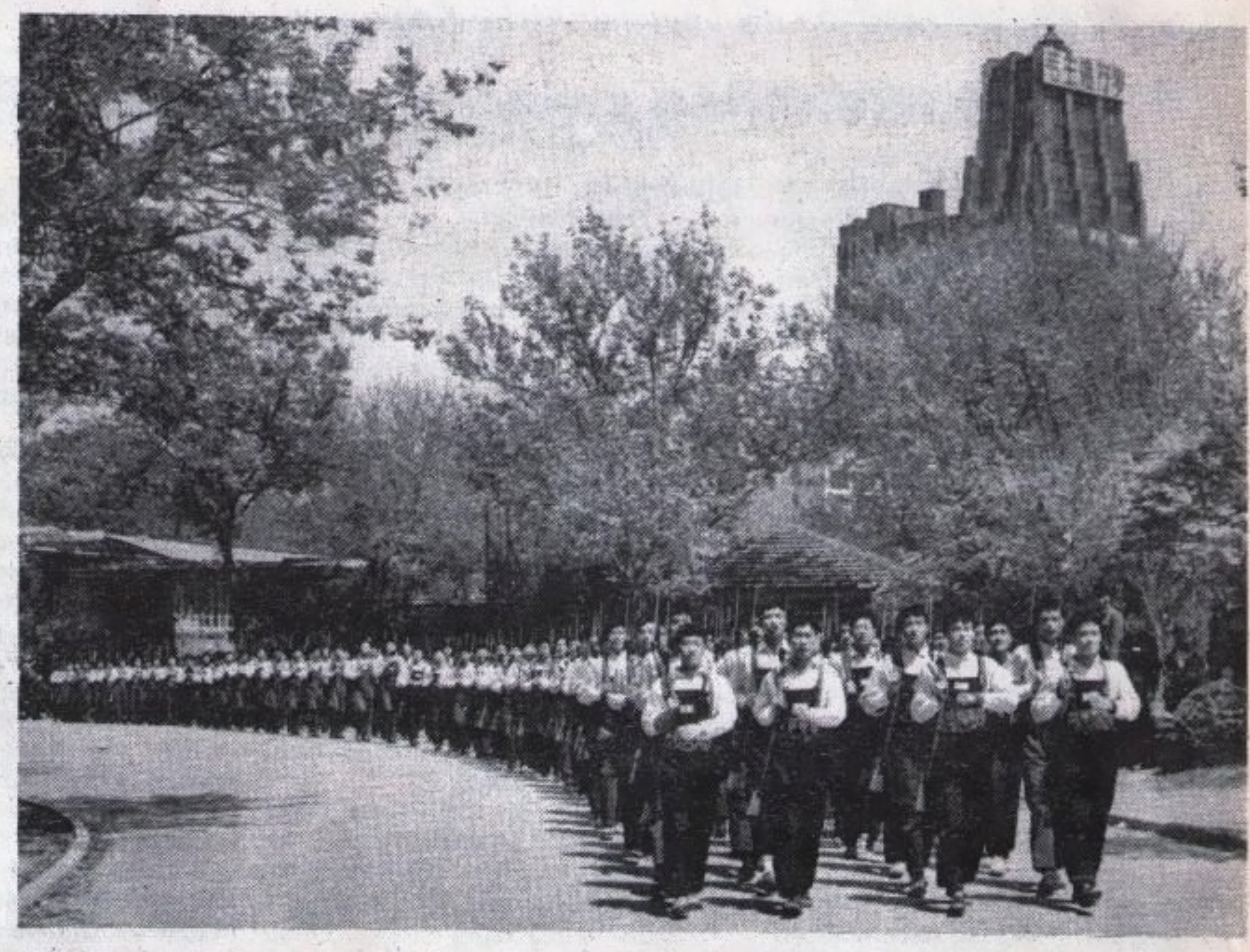
Pharmazeuten: Die Initiativgruppe, die von der Kommunistischen Hochschulgruppe unterstützt wurde, erhielt 150 Stimmen und zwei Sitze. Kommunistische Hochschulgruppe und Initiativgruppe wurden erst nach den letzten Wahlen gebildet. Die reaktionäre „Liste neue Alternative" erhielt 130 Stimmen und einen Sitz (3).

Juristen: Die reaktionäre Reformgruppe erhielt 567 Stimmen (plus 135). Die Jusos erhielten 516 Stimmen (plus 136), die ADS 181 (plus 10), die spontaneistische Liste SAK-Juristen erhielt 352 Stimmen (plus 150). Der KSV erhielt 34 Stimmen (minus 4). Die Kommunistische Hochschulgruppe erhielt 28 Stimmen (plus 8).

Bonn. Am 26. Juni fand in Bonn eine VDS-Fachtagung Medizin statt. Auf der Tagesordnung stand die Auswertung der Demonstration der VDS am 22. Juni, an der über 1500 Medizinstudenten aus der ganzen BRD teilgenommen hatten und die Festlegung der weiteren Kampfschritte für die Durchsetzung der Forderung nach Tarif- und Ausbildungsvertrag im praktischen Jahr. Als Wichtigstes wurde beschlossen: „Jede Fachschaft der Medizin der BRD führt im Wintersemester 76/77 auf einer Vollversammlung einen Beschluß herbei, ob eine Urabstimmung über Streik der Medizinstudenten und Boykott des praktischen Jahres im Frühjahr 77 erfolgen soll. Dieses Abstimmungsergebnis ist Grundlage für die Fachtagung Medizin zur Urabstimmung über Boykott und Streik aufzurufen. Die Urabstimmung wird durchgeführt, wenn zwei Drittel der Fachschaften ein positives Ergebnis zustandegebracht haben." Zur Vorbereitung eines Streiks zur Durchsetzung der Forderungen ist schon auf einer Fachtagung Anfang Mai in Frankfurt beschlossen worden, zu Beginn des Wintersemesters gemeinsame Kundgebungen der Fachschaften mit den Vertretungsorganen des Klinikpersonals aus ÖTV, Personalrat und Jugendvertretung vor den Ausbildungskrankenhäusern durchzuführen. Als weiteren Punkt beschäftigte sich die VDS-Fachtagung mit den zunehmenden Prüfungsverschärfungen an den Universitäten der BRD. Sie verabschiedete eine Resolution, in der u.a. gefordert wird: Weg mit allen Prüfungsverschärfungen! Einspruchsrecht der studentischen Vertretungskörperschaften in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten.

Tübingen. Am 19.6. trafen sich in Tübingen Vertreter von Fachschaften Baden-Württembergs, die von der Erhebung der Ersatzgelder betroffen sind. Beschlossen wurde die Durchführung einer Urabstimmung für einen Warnstreik Anfang November, zu deren Vorbereitung vor Semesterende noch eine Landes-ASten-Konferenz stattfinden soll.

Die westdeutsche Bourgeoisie unterhält einen hochgerüsteten, stehenden Militärapparat: Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei und verschiedene bewaffnete Geheim- und Spitzelorganisationen. Sie hat sich diese vom Volk getrennten bewaffneten Formationen geschaffen, um den Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung militärisch niederzuhalten, um sich gegenüber den imperialistischen Konkurrenten behaupten zu können, um die militärische Sicherung der Ausplünderung weniger entwickelter Länder zu sichern und schließlich wenn irgend möglich sozialistische Länder angreifen zu können, um dort aufs neue die Ausbeuterordnung wiederherzustellen. Die Arbeiterklasse braucht Militär, um Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen und um zu verhindern, daß nach der Revolution die Ausbeuterordnung von der eigenen Bourgeoisie oder bürgerlichen Elementen in den eigenen Reihen oder durch Aggression der Imperialisten wieder hergestellt, restauriert wird. Zu diesem Zweck ist die Arbeiterklasse nicht an bewaffneten Formationen interessiert, die vom Volk getrennt sind. Die Arbeiterklasse kann ihre Zwecke nur erreichen, wenn die besonderen bewaffneten Formationen, die die Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft benötigt, zerschlagen und ersetzt werden durch die allgemeine Volksbewaffnung. In China hat die Arbeiterklasse die sozialistische Revolution durchgeführt. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wurden in China Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt. Die folgende Bildreportage über die Stadtmiliz von Schanghai zeigt, wie die chinesische Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas den Aufbau des Sozialismus sichert, wie diesem Zweck die Volksmilizen dienen. Bilder und Texte sind der in der Volksrepublik China erscheinenden Zeitschrift „China im Bild" Nr. 5/1975, Seite 14 bis 17, entnommen.



Ein Trupp der Stadtmiliz von Schanghai, in der Industriearbeiter die Hauptkraft bilden.

Schanghaier Stadtmiliz

Ein Bericht aus der Zeitschrift „China im Bild"

Schanghai ist eine Stadt mit vielen Industriearbeitern. Dem Denken des Vorsitzenden Mao über den Volkskrieg und seiner Lehre **„sich vorbehaltlos auf die Arbeiterklasse stützen"** zufolge hat Schanghai während der Großen Proletarischen Kulturrevolution mit Industriearbeitern als Hauptkraft Miliztruppen aufgestellt, die der direkten Leitung der Partei unterstehen.

Dank der innigen Fürsorge des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas ist diese Schanghaier Stadtmiliz in den letzten Jahren ununterbrochen herangewachsen. Mit der grundlegenden Linie der Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus als Leitprinzip ist die Schanghaier Stadtmiliz durch Stählung und ideologische Umgestaltung in Sturm und Wogen des Klassenkampfes und des Kampfes zweier Linien zu einem bewaffneten Kontingent des Volkes geworden, von hoher Bewußtheit, strenger Disziplin und voll kämpferischer Kraft. Bei der Konsolidierung der in der Großen Proletarischen Kulturrevolution errungenen Siege, bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in der sozialistischen Revolution, bei der Stärkung der Diktatur des Proletariats, bei der Verwaltung und Umgestaltung der Stadt, beim Anpacken der Revolution und bei der Förderung der Produktion spielt die Schanghaier Stadtmiliz seit ihrer Errichtung eine wichtige Rolle. Durch das gewissenhafte Studium der wichtigen Weisungen des Vorsitzenden Mao in bezug auf theoretische Fragen sowie der Theorien des Marxismus über die Diktatur des Proletariats hat die Schanghaier Stadtmiliz ihr Bewußtsein des Klassenkampfes und des Kampfes zweier Linien sowie der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats erhöht.

Ihre Mitglieder sind entschlossen, den Aufbau ihres Kontingents zu verstärken, sie bewahren sich höchste Wachsamkeit und sind jederzeit bereit, gemeinsam mit der VBA, mit der Volksmiliz im ganzen Land und mit den Volksmassen von ganz China alle Feinde, die einen Einfall wagen sollen, zu vernichten.



Übungen im Tunnel- und Straßenkampf.
Übungen im Tunnel- und Straßenkampf.



Die Volksmilizangehörigen eines Bohnenverarbeitungswerks haben die Leiden der Arbeiter in der alten Gesellschaft bildlich geschildert und in einer Schule eine Ausstellung veranstaltet, wo sie dann auch mündlich den jungen Schülern Klassenerziehung angedeihen lassen.



Milizangehörige der Schanghaier Stromkabelfabrik lernen in ihrer Freizeit, wie man Gewehre herstellt.

Versetzungsgründe

Schwarzenborn. Am 15. Juni fand in der 1./132 die Wahl des Vertrauensmannes statt. Schon um 11 Uhr rief der Kompaniechef einen Soldaten, der als KBW-Mitglied bekannt ist, zu sich und versuchte ihm zu drohen, weil er auch vorgeschlagen war. Er solle sich hüten, Sachen aufzubringen, die vorher nicht zur Diskussion standen (Abschaffung der Nachtausgangsbeschränkungen, unzensiertes Schwarzes Brett u.a.). Außerdem sei er nur hierher kommandiert und er könne in zwei Wochen wieder zurückversetzt werden. Dazu muß man sagen, daß der Soldat nur deswegen abkommandiert wurde, weil in der Einheit, wo er vorher war, ähnliche Forderungen aufgestellt wurden. Der Hauptmann sagte weiter, es sei ja bekannt, daß die KBW-ler überall versuchen Vertrauensmann zu werden, „damit sie in ihrem Verein dann sagen können: ‚Diese Kompanie haben wir auch schon'." Was Hauptmann Wallmann über die einfachen Soldaten denkt, zeigt sich am folgenden Spruch: „Die Leute sind unbedarft. Sie wissen so gut wie ich, daß man denen viel einreden kann."

Der Soldat ist inzwischen Vertrauensmann geworden, weil die Kameraden der Meinung sind, daß er ihre Interessen vertritt und sich nicht auf Mauscheleien einläßt mit Kompanie- und Bataillonsführung; weil er nicht viel hält von der „vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Vorgesetzten", sondern sich an das hält, was ihm die Kollegen auftragen.

Der Sicherheitsoffizier des Bataillons geriet ganz aus dem Häuschen, als er vom Ergebnis der Wahl erfuhr, und rief nach einer Maschinenpistole. Er erwägt jetzt tatsächlich die Zurückversetzung des Soldaten, was schon zu Unruhe und Empörung geführt hat, weil die Soldaten das als Angriff auf ihre Interessenvertretung empfinden. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. – (k., Schwarzenborn)



Weibliche Milizangehörige bei Übungen mit einer Panzerabwehrrakete.

Politische Maßnahmen, um die imperialistische Konkurrenz auszutragen

Bankenkrieg zwischen USA und BRD

Als „einen folgenschweren und ungerechtfertigten Eingriff in das bestehende Amerika-Engagement europäischer Banken" (Handelsblatt, 24.5.76) hat der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, einen amerikanischen Gesetzentwurf angegriffen, der auf eine Eindämmung der Expansion europäischer Banken auf den amerikanischen Markt hinzielt. Die europäischen Imperialisten, allen voran der BRD-Imperialismus, haben die Krise der US-Wirtschaft und des Dollars ausgenutzt und in den letzten Jahren ihre Anteile am amerikanischen Markt erhöht. Die unerbittliche Konkurrenz um Höchstprofite führt zu politischen Kampfmaßnahmen.

Dresdner-Bank-Sprecher Ponto droht, „die liberale Haltung gegenüber US-Banken in Europa notfalls zu überdenken". (Handelsblatt, 24.5.76)

Die Jagd nach Höchstprofiten zwingt die Kapitalisten zur Expansion auf den Weltmarkt. „Da der Markt im Inland weitgehend verteilt sei, seien wesentliche Zusätze nur noch im Auslandsgeschäft zu erzielen." (Ulrich, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Handelsblatt, 16.12.75) Gemäß dieser Devise haben sich die westdeutschen Banken in der New Yorker Wall-Street festgesetzt. Während die Gewinne der amerikanischen Großbanken im Vergleich des 1. Quartals 1976 zum 1. Quartal 1975 um 12 % gesunken sind (Wirtschaftswoche, 28.5.76), haben die drei westdeutschen Großbanken „die größten Gewinne aller Zeiten" (Wirtschaftswoche, 14.5.76) gemacht.

Die Dresdner Bank und die Commerzbank haben eigene Niederlassungen in New York. Die Deutsche Bank ist mit 50 % an der UBS-DB Corp., New York, beteiligt, die Commerzbank mit 25 % bei der Europartners Securities Corp. Außerdem sind die Bayrische Vereinsbank und die Westdeutsche Landesbank Girozentrale direkt in New York engagiert. Nachgestoßen ist die Bank für Gemeinwirtschaft, die im Mai 1976 eine Niederlassung in New York gegründet hat, dabei „soll sich das Institut im wesentlichen auf das Großgeschäft konzentrieren" (Handelsblatt, 19.5.76). Die westdeutschen Bankmonopole haben große Gewinne erzielt. „Trotz der wechselhaften Entwicklung an den amerikanischen Börsen haben sich die Gemeinschaftsgründungen der deutschen Banken im Emmissions- und Effektenzweig des amerikanischen Finanzmarktes bewährt." (Handelsblatt, 24.5.) 1975 machten Europartners mit 675851 Dollars und UBS-DB mit 876665 Dollars große Gewinne.

Die Banken sind der Vorreiter und Begleiter der Großindustrie bei ihrer Expansion auf den amerikanischen Markt. Gegenüber der Supermacht USA nehmen sich die Kapitalexporte und Auslandsgeschäfte der BRD-Imperialisten bescheiden aus, aber die BRD vergrößert ihren Anteil im Verhältnis zur USA beständig.

Während sich der Kapitalexport von der BRD in die USA von 1972 bis 1975 verdoppelte, stieg der US-Kapitalexport in die BRD lediglich um 23 %.

Kapitalexport

	BRD nach USA	Steigerung in %	USA nach BRD	Steigerung in %
1972	2243		13311	
1973	2606	14 %	15311	13 %
1974	3480	26 %	16513	8 %
1975	4228	18 %	17135	4 %

Die verschärfte Konkurrenz um den amerikanischen Markt hat eine ihrer Ursachen in der verschärften Ausbeutung der amerikanischen Arbeiterklasse. „Die durchschnittlichen Arbeitskosten in den anderen Industrieländern sind wesentlich schneller gestiegen als in Amerika." (Blick durch die Wirtschaft, 19.6.76) So liegen die Löhne in der Textilindustrie in den USA schon heute unter denen der Arbeiter in der BRD. Diese Situation lockt natürlich die Finanzbourgeoisien aller Länder und erklärt die Heftigkeit der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten. Heucheln sie auf ihren internationalen Konferenzen noch Einheit und sprechen sich gegen jede Beschränkung des Handels aus, so zeigt das im amerikanischen Kongreß zur Verabschiedung anstehende Gesetz die Entwicklung eines Wirtschaftskrieges zwischen den Finanzbourgeoisien der imperialistischen Länder. Die Jagd nach Profiten führt zwangsläufig zum Zusammenstoß zwischen den Finanzbourgeoisien.

Das „Foreign Bank Bill" hat folgenden Inhalt: Im Kern unterwirft es die ausländischen Banken denselben Gesetzen, wie sie für die amerikanischen Banken gelten. So ist es den amerikanischen Banken verboten, gleichzeitig im Wertpapier- und im Einlagen- und Kreditgeschäft tätig zu sein. Für das Wertpapiergeschäft gibt es spezialisierte Investment Banks. Ebenfalls ist es den amerikanischen Banken erschwert, Filialen in anderen Bundesländern zu errichten.

Die amerikanischen Bankiers haben sich genug Möglichkeiten offen gehalten, diese Beschränkungen zu umgehen, dennoch hatten die ausländischen Banken hier Vorteile, weil die ausländische Mutterbank Filialen in mehreren Bundesländern ohne Schwierigkeiten errichten konnte.

Mit diesen Vorteilen soll jetzt Schluß sein. Dies ist nicht die erste politische Maßnahme des US-Imperialismus gegen seine europäischen und japanischen Konkurrenten. Bereits im März dieses Jahres hatte Präsident Ford angekündigt, die Importquoten für Edelstahl zu begrenzen, wogegen vor allem die schwedische Bourgeoisie Sturm gelaufen ist.

Während der US-Imperialismus in heftiger Rivalität mit dem Sozialimperialismus steht, muß er sich gleichzeitig der Konkurrenz aus dem eigenen Lager erwehren. Ihre jeweiligen Maßnahmen der imperialistischen Konkurrenz versuchen die Bourgeoisien der einzelnen Länder mit Vorteilen für die Völker der jeweiligen Länder zu rechtfertigen – sie dienen jedoch einzig ihren Profitinteressen, für die Arbeiterklasse bedeuten sie verschärfte Ausbeutung und Erhöhung der Kriegsgefahr. – (d.s.)

Präsidentschaftswahlen in Portugal

Gegen die Reaktion kommt der Zusammenschluß der Volksmassen auf revolutionärer Grundlage voran

Bei den portugiesischen Präsidentschaftswahlen hat der General Eanes, Oberkommandierender des Heeres und Kandidat der drei größten bürgerlichen Parteien, 61,48 Prozent der Stimmen bekommen. Gegenüber den Parlamentswahlen haben diese bürgerlichen Parteien damit 13 Prozent der Stimmen verloren. Der Kandidat der revisionistischen PCP erhielt 7,59 Prozent der Stimmen, was knapp die Hälfte der Stimmen sind, welche die Revisionisten bei den Parlamentswahlen gewinnen konnten.

Der von den revolutionären Organisationen unterstützte Otelo de Carvalho konnte 16,56 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Im Industriebezirk Setubal konnte der Kandidat der revolutionären Kräfte den General Eanes schlagen. In den Hochburgen der Arbeiterbewegung und der revolutionären Landarbeiter mußten die Revisionisten jeweils schwere Niederlagen hinnehmen. Unter den Mitgliedern der PCP ist es während des Wahlkampfes vielerorts zu direkten Rebellionen gekommen gegen das Kommando der Parteispitze, den eigenen Kandidaten Pato zu unterstützen. Unter den revolutionären Kräften des Volkes hat sich während der Wahlkampagne eine starke Bewegung auf Einheit entwickelt, die auf revolutionärer Grundlage gesucht wird und nicht auf der Grundlage des Revisionismus. Auch Teile der Anhängerschaft der Sozialisten haben gegen den Willen ihrer Parteiführung für Otelo de Carvalho gestimmt. Unterstützung gefunden haben die Revisionisten zuletzt nur noch bei den Trotzkisten der LCI, den Mitgliedern der sogenannten 4. Internationale, die nach dem Scheitern ihrer eigenen Kandidatur die Empfehlung abgaben, für den Kandidaten der Revisionisten zu stimmen.

Gleichzeitig mit der Präsidentenwahl wurden auf den Atlantik-Inseln die Regionalparlamente gewählt. Auf den Azoren erhielten die Volksdemokraten (PPD) 27 Sitze, die Sozialisten 14 und das Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS) 2. Auf der Madeira-Gruppe siegten ebenfalls die rechten Parteien: PPD 29, Sozialisten 8, CDS 2 Sitze. Während die Revisionisten in beiden Regionalparlamenten keinen Sitz gewinnen konnten, gewann die revolutionäre UDP (Volksdemokratische Union) zwei Sitze. Insgesamt haben die Wahlen in Portugal zum Ausdruck gebracht, daß die Vorherrschaft der Revisionisten über die portugiesische Arbeiterbewegung erschüttert ist und die Herstellung der Einheit auf revolutionärer Grundlage Fortschritte macht.

Sozialimperialistische Flottenpolitik

S.G. Gorschkow, Oberbefehlshaber der Flotte der sozialimperialistischen Sowjetunion, hat in einem jüngst veröffentlichten Buch „Die Seestreitkraft des Staates" den Zweck der Flottenaufrüstung der Sowjetunion unmißverständlich enthüllt. So schreibt er in seinem Buch, daß, wer immer die größere Seestreitkraft besitzt, „eine Gewinnpolitik auf Kosten jener Länder verfolgen kann, denen eine entsprechende militärische Stärke fehlt". Gorschkow erklärt auch, wozu diese Politik allein dienen kann. Sie sei „eine Voraussetzung" für die „Weltherrschaft". Der sozialimperialistische Flottengeneral stellt fest, daß die Seevorherrschaft nur gewonnen werden kann in scharfer Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus und daß der Kampf um die Seevorherrschaft Teil des Kampfes um die Vorherrschaft in der Welt ist. „Kann die Sowjetunion jemals der dauernden Herrschaft der westlichen Seemächte über die Meere zustimmen? Natürlich nicht", schreibt er dazu in seinem Buch. Das macht deutlich, was von dem Gerede der „Entspannung" zu halten ist und daß sich hinter diesem Rauchvorhang nichts anderes verbirgt als die Verschärfung der Rivalität der Supermächte um die Vorherrschaft. (Zitat nach: Hsinhua News Agency, 13. Juni)

Luxus-Importe der neuen Bourgeoisie

Ungarn: Ausverkauf der nationalen Reichtümer

Ende Februar ist ein aufsehenerregender Artikel im Zentralorgan des ungarischen Schriftstellerverbandes „Elet és Irodalom" (vom 28. Februar 1976) erschienen. Der Verfasser ist ein jüngerer, bis dahin nicht besonders hervorgetretener Schriftsteller, Bertha Bulcsu. Die Überschrift des Artikels lautet: „Cashew-Nuß".

Unmittelbarer Ausgangspunkt des eineinhalb Zeitungsseiten einnehmenden Artikels ist folgendes: In den Lebensmittelläden des Landes werden neuerdings aus Indien importierte Cashew-Nüsse angeboten – für horrende Preise. Nun ist es so, daß Ungarn ein armes Land ist. Es leidet vor allem an Devisenmangel, Folge einer ständig negativen Handelsbilanz hauptsächlich den westlichen Ländern gegenüber, was durch die Inflation der letzten Jahre noch verschärft wurde. Im Laufe der Verabschiedung des letzten Fünfjahresplanes sind drastische Sparmaßnahmen von der Regierung angekündigt worden, angeblich um diese negative Handelsbilanz zu beheben. Angesichts dieser Tatsache ist der Autor aufrichtig empört über die Vergeudung der nationalen Reichtümer des Landes. Er stellt die Frage: Was haben wir wohl für diese Cashew-Nüsse gegeben? Maschinen, Instrumente oder Salami? (Letztere ist im Land nur äußerst selten zu kaufen.)

Diesen Vorfall nimmt Bertha Bulcsu aber nur zum Anlaß, um an vielen ihn beunruhigenden Erscheinungen Kritik zu üben. Die Cashew-Nüsse sind nicht die einzigen Produkte, die importiert werden, obwohl sie die große Mehrheit der Bevölkerung nicht braucht, für die aber die von ihnen hergestellten Güter verschwendet werden.

Die Drogerien sind voll von sündhaft teuren Produkten der westlichen Kosmetikindustrie. Manchmal wissen nicht mal die Verkäufer, wozu sie gut sind. In den Schaufenstern der Schuhgeschäfte stehen aus dem Westen importierte Damenstiefel für 1 500 Forint – fast das Monatsgehalt eines ungarischen Arbeiters; Schuhe, die den Strapazen des ungarischen Alltags nicht standhalten und unverzüglich zerfallen. Es gibt Hemden für 300 Forint aus dem Westen, die billigen ungarischen sind nicht



Die Empörung wächst unter den ungarischen Volksmassen über die Vergeudung nationaler Reichtümer, womit die neue Bourgeoisie ihren Luxus erkauft.

zu bekommen. „Die Menschen mögen es nicht, wenn wir Busse, Maschinen verkaufen für Bananen, Kaugummi, Strumpfbänder, bunte Schlüpfer."

Wenn man keine Bedürfnisse hat, fehlt einem auch nichts. Aber sobald man telefonieren will, geht es nicht. Die Leitung ist überlastet, die Zentrale schaltet unentwegt daneben, und ein Platzregen reicht aus, um das Telefonsystem lahmzulegen.

Ungeheure Mengen von Getreide werden dadurch verschwendet, daß ein beträchtlicher Teil des Brotes, das in Ungarn gebacken wird, ungenießbar ist: Es ist innen roh, ungebacken. Der Grund dafür liegt in der Norm. Ungebackenes Brot ist schwerer, so ist die Norm auch schneller erfüllt. „Kann es die Diktatur des Proletariats denn nicht erreichen, daß die Bäckereien das Brot wirklich backen?" fragt Bertha Bulcsu in seinem Artikel.

1972 waren in Ungarn 24 883 Hektar Ackerland unbebaut. 1975 waren es bereits 48 965 Hektar, in drei Jahren also das Doppelte. Aus solchen Tatsachen entstehen die Defizite in Ungarn, sagt der Artikel, und nicht davon, daß die Arbeiter während der Arbeitszeit mal ein Bier trinken – wie es in der gegenwärtigen Kampagne für eine schärfere Arbeitsdisziplin behauptet wird. In Ungarn hängen die Arbeiter in manchen Betrieben wirklich rum, statt zu arbeiten. Aber deswegen, weil sich der Ingenieur nicht um die Arbeit gekümmert hat, weil die Arbeitsorganisation nicht klappt. Bevor auf die Arbeiter geschimpft werde, müsse das Bild vervollkommnet werden durch den Schichtführer, den Ingenieur, den Direktor und auch die Ministerien, die wiederum ihre Arbeit nicht machen.

So weit der Artikel Bertha Bulcsus. In dem Artikel hat er wichtige Fragen aufgeworfen, und obwohl er sie nicht von einem klaren Klassenstandpunkt aus behandelt, ist er bemüht, sich auf die Seite der Arbeiterklasse zu stellen. Seine Empörung über den Ausverkauf der nationalen Reichtümer des Landes, über die Verschwendung der Güter, in denen die Arbeit der ungarischen Arbeiterklasse steckt, ist gerecht.

Es muß aber zusätzlich festgestellt werden, daß die Güter, deren Einfuhr er anprangert: teure Kosmetika, Kleidungsstücke oder auch Cashew-Nüsse usw., nur in den Augen der Arbeiterklasse Verschwendung sind. Für die Bourgeoisie sind sie wohl dadurch ihr Bedarf an Luxus befriedigt, diese Gegenstände sind Teil ihrer Privilegien einer ganzen Klasse. Aber gerade deswegen ist schon die Tatsache, daß Bertha Bulcsu diese Politik öffentlich angreift, fortschrittlich.

Insgesamt zeigen die von ihm aufgeführten Beispiele, daß gewisse Elemente mit einer beispiellosen Verantwortungslosigkeit in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens vorgehen.

Er nennt diese Elemente nicht beim Namen – es handelt sich dabei um die neue Bourgeoisie – doch kommt er notgedrungen zur entscheidenden Frage: Wie ist es möglich, daß dort, wo die Arbeiterklasse, das Proletariat seine Diktatur ausübt, das Brot, das Grundnahrungsmittel der Bevölkerung, nicht ordentlich gebacken wird?

Nicht zufällig hat dieser Satz die größte Empörung bei den Kritikern des Artikels hervorgerufen. Der Artikel löste zuerst in der Literaturzeitung eine große Debatte aus, später erschien sogar im Zentralorgan der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei eine Stellungnahme. In dieser Stellungnahme heißt es dann: Einzeln mögen die Kritikpunkte Bertha Bulcsus zwar stimmen, aber insgesamt stünde kein System dahinter. Abgestritten wird auf jeden Fall, daß das ungebackene Brot irgendwas mit der Diktatur des Proletariats zu tun hat.

Daß dieser Artikel überhaupt erscheinen konnte, zeigt die Veränderung der politischen Verhältnisse in Ungarn. Die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen ist allgemein groß: Die Preise steigen unentwegt (z.B. für Fleisch am 1. Juni um 30 Prozent), die Waren, die angeboten werden, taugen nichts, die Zahl der Waren, die nicht zu haben sind – zum Teil für Bedürfnisse des alltäglichen Lebens – ist groß. Sie reichen von der Verlängerungsschnur über den Heißwasserboiler bis zu Kartoffeln. Bei der Verabschiedung des letzten Fünfjahresplans und am XI. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei hat diese nach bewährtem kapitalistischem Muster versucht, die Schuld an diesen Zuständen der Arbeiterklasse in die Schuhe zu schieben. An dem Chaos und den Defiziten der Wirtschaft, an dem vielen Ausschuß, an den unerfüllten Plänen der Volkswirtschaft sei die Arbeiterklasse schuld, weil sie nur schlecht oder gar nicht arbeiten wolle. Soweit das tatsächlich zutrifft (siehe dazu die Bemerkung Bertha Bulcsus), ist das nur eine Form, in der die Arbeiterklasse versucht, sich zu wehren gegen die Folgen der Lohnarbeit, der Akkordschinderei, gegen eine Tätigkeit, die sie gezwungen ist, im Interesse der Bourgeoisie auszuüben. – (g.s., Frankfurt)

Das Testament Ho Chi Minhs ist Wirklichkeit geworden!

Vietnam wiedervereinigt

Am 24. Juni trat die am 25. April gewählte Nationalversammlung des vereinten Vietnam zum ersten Mal zusammen. Vietnam ist damit auch offiziell wiedervereint. Der neue Staat soll „Sozialistische Republik Vietnam" heißen. Seine Hauptstadt wird Hanoi sein und die bisherige Flagge und Hymne der Demokratischen Republik Vietnam werden nunmehr fürs wiedervereinte Land gelten. 30 Jahre nach der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam durch Ho Chi Minh hat sich die Wahrheit seines Testaments erwiesen: „Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrungen", schrieb er damals, „wird unser Volk gewiß den Sieg davontragen. Die amerikanischen Imperialisten müssen sich mit Gewißheit aus dem Staub machen. Unsere Landsleute in Nord und Süd werden gewiß wieder unter einem Dach vereint sein. Unser Land wird die vorzügliche Ehre haben, im heroischen Kampf zwei große imperialistische Mächte, die französische und die amerikanische, besiegt und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet zu haben." Und er hat darin auch den Weg gewiesen, auf dem das vietnamesische Volk weiterschreitet: „Mein letzter Wunsch ist, daß unsere ganze Partei, unser ganzes Volk, eng zusammengeschlossen im Kampf, ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches, blühendes Vietnam erbaut und damit einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution leistet." (10. Mai 1969)

Trotzdem entwickelte sich die Wirtschaft des Nordens weiter und erzielte große Erfolge. Die Produktion zahlreicher Zweige steigerte sich. Im Jahr 1975 produzierte die Industrie des Nordens zum ersten Mal Stahl und Stickstoffdüngemittel. Eine Reihe wichtiger Bauobjekte wurde fertiggestellt: das Walzwerk Gia Sang, die Stickstoffdüngemittelfabrik Ha Bac, der Betriebsteil II des Kraftwerkes Uong Bi, der dritte Ofen des Eisenhüttenkombinats Thai Nguyen.

Auf diesem Weg schreitet das vietnamesische Volk seit dem Sieg mit großen Schritten weiter voran, wobei der US-Imperialismus ihm ungeheure Schwierigkeiten hinterlassen hat. Millionen Tote, 15 Millionen Tonnen Bomben, mehrere Millionen Kubikmeter Erde umgewühlt, riesige Mengen von Entlaubungsmittel über 2,5 Millionen Hektar versprüht, über 40 Prozent des kultivierbaren Bodens und des Waldes zerstört, 10 Millionen Flüchtlinge, Hunderttausende Waisen und Witwen, Verwundete, Prostituierte, Drogensüchtige, Verbrecher, Millionen Arbeitslose; 8 Millionen lebten direkt im Solde der USA.

In Massenkampagnen wurde die erneute Besiedlung des Landes und die Rückführung der Bauern organisiert, ihnen wurden Nahrung und Saatgut sowie Arbeitsgeräte zur Verfügung gestellt für den Neubeginn. Dutzende Gummi-, Tee- und Kaffeeplantagen konnten wieder in Betrieb genommen werden und Hunderte neuer wirtschaftlicher Zonen in Südvietnam wurden errichtet: „In allen Dörfern wurden Bauernverbände gegründet, die Hunderttausenden Bauernfamilien geholfen haben, sich an den Komitees zur gegenseitigen Hilfe zu beteiligen." (Bulletin der Provisorischen Revolutionsregierung, 1. Mai 1976)

In der Industrie im Süden konnten, gestützt auf die Bildung von Arbeiterräten in den Fabriken, mehr als 7 000 industrielle Einrichtungen und Zehntausende von Einrichtungen der kleinen Industrie und des Handwerks in Südvietnam wieder in Gang gesetzt werden. Dadurch kann die metallverarbeitende Industrie die regionalen Anforderungen zu 70 bis 80 Prozent an Werkzeugen decken. Südvietnam, das früher 70 Prozent der Papiermasse einführen mußte, kann sich heute bereits zu 75 Prozent selbst versorgen mit Hilfe vorhandener Rohstoffe.

In fast allen Stadtbezirken von Ho-Chi-Minh-Stadt bestehen bereits Entbindungsstationen. Der Stadtbezirk Nr. 10 verfügt über ein Feierabendheim für ältere Bürger und Invaliden. 70 Prozent aller Gemeinden in der Provinz Tay Ninh haben Ambulatorien und Entbindungsstationen. In den letzten sechs Monaten von 1975 wurden fast 100 000 Menschen medizinisch behandelt, 60 000 gegen Epidemien geimpft. Das Pasteur-Institut in der Stadt Nha Trang hat 15 967 842 Impfstoff- und Plasma-Ampullen für die Vorbeugung einiger Epidemie-Krankheiten hergestellt und damit die Produktion im Vergleich zu der Zeit der amerikanischen Besatzung verdoppelt.



Über 40 Milliarden Kubikmeter Erde müssen in Vietnam gewendet werden, weil der Boden von den Kampfmitteln des US-Imperialismus vergiftet ist.

Im ersten Quartal 1976 wurden allein in Ho-Chi-Minh-Stadt drei Millionen Einwohner gegen Seuchenkrankheiten geimpft.

Beschaffung von Arbeitsplätzen für die Werktätigen

Von der Befreiung bis Ende 1975 hat das Arbeitsamt von Ho-Chi-Minh-Stadt 25 000 Arbeitern und Werktätigen Arbeit gegeben. 57 900 Menschen in der Provinz Phu Khanh erhielten einen neuen Arbeitsplatz, von denen sich 16 200 Menschen am Aufbau von zwei Wirtschaftsgebieten beteiligen.

Überall im Süden hat die Bevölkerung ihr Bürgerrecht wahrgenommen und sich an den Wahlen der revolutionären Volkskomitees aktiv beteiligt. 95,8 Prozent der stimmberechtigten Bürger von Quang Nam / Da Nang nahmen an den Wahlen der revolutionären Volksvertretungen teil. Die Frauen spielen bei der Festigung der revolutionären Macht eine wichtige Rolle. Rund 3 000 Frauen sind in den Volkskomitees der verschiedenen Ebenen vertreten, davon Hunderte in den Stadt- und Provinzkomitees. (Aus: Bulletin der Botschaft der Demokratischen Republik Südvietnam in der DDR)

Die Erfolge des vietnamesi-

Die Erfolge des vietnamesischen Volkes im Norden und im Süden – ein Jahr nach seinem großen Sieg

Geführt von der Partei der Werktätigen Vietnams, setzte die Bevölkerung im Norden alle Kräfte zur Überwindung außerordentlich schwerer Folgen des Krieges ein (angegriffen und verwüstet durch Bomben und Granaten der USA wurden sechs Großstädte, 28 Provinzstädte, 4 000 Dörfer, sechs Eisenbahnlinien, fast alle Verkehrsverbindungen, See- und Binnenhäfen, Lager, 350 Krankenhäuser, 1 500 Ambulatorien, 3 000 Bildungsstätten, 491 Kirchen und Klöster, 350 Tempel und Pagoden).



Die in den Städten lebenden Vietnamesen unterstützen die Bauern bei der Wiederherstellung der Anbauflächen.

„Internationale Konferenz über Ost-Timor und Indonesien"

Organisiert vom Komitee für die Unabhängigkeit von Ost-Timor und der Zeitschrift „Journal of Contemporary Asia" fand am Wochenende vom 25./26. Juni in Bonn eine „Internationale Konferenz über Ost-Timor und Indonesien" statt. Die 80 Teilnehmer an der Konferenz kamen überwiegend von Komitees aus der BRD, Holland, Großbritannien und Australien, die sich die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes des Volkes von Ost-Timor unter der Führung der FRETILIN zur Aufgabe gemacht haben bzw. die Solidarität mit dem Widerstand des indonesischen Volkes gegen das Suharto-Regime. Genosse Leonel Andrade, Mitglied der FRETILIN-Vertretung in Europa, gab einen Bericht von der aktuellen Lage in Ost-Timor. Er führte aus, daß trotz der Blockade durch die indonesische Aggressionsarmee und trotz der Pläne der Suharto-Clique, Ost-Timor am 17. August dieses Jahres offiziell zu annektieren, das Volk von Ost-Timor unter der Führung der FRETILIN zuversichtlich und entschlossen den bewaffneten Kampf für seine vollständige nationale Unabhängigkeit fortsetzt. Nach wie vor kontrollieren die indonesischen Besatzer nur die Küstenstädte und einige größere Dörfer, während etwa 80 Prozent des Territoriums der Demokratischen Republik Ost-Timor von der Befreiungsarmee, der FALINTIL, und den Dorfmilizen bisher erfolgreich verteidigt werden konnten. Die Anwesenden auf der Konferenz verabschiedeten eine Resolution, in der sie die Anerkennung der Demokratischen Republik Ost-Timor durch die Bundesregierung forderten und die Einstellung jeder Hilfe für das indonesische Suharto-Regime. Die Vertreter der Komitees beschlossen ihre Aktivitäten zu koordinieren und als ersten Schritt den 17. August, den Tag, an dem Ost-Timor offiziell von Indonesien „integriert" werden soll, zu einem internationalen Tag der Solidarität mit dem kämpfenden Volk von Ost-Timor zu machen.

Kambodscha: Die Bauern feiern den dritten Jahrestag der Gründung der Kooperativen

Die Bauern der Kooperativen aller Dörfer, Gemeinden, Distrikte, Regionen und Zonen Kambodschas haben Versammlungen abgehalten, mit denen sie den dritten Jahrestag der Gründung der Bauernkooperativen (20. Mai 1973) feierten.

Im Verlauf dieser Versammlungen haben die Mitbürger, die Kämpfer, die Kämpferinnen und revolutionären Kader die Erinnerung wachgerufen an die Gründung der Bauernkooperativen. Die Kooperativen wurden 1973 gegründet im stürmischen Feuer des revolutionären Krieges, um alle Kräfte der Nation und des Volkes gegen die amerikanischen Imperialisten zu mobilisieren. Nachdem die Feindseligkeiten in Vietnam und Laos eingestellt waren, hatten sie die Barbarei ihres Aggressionskrieges gegen Kambodscha in einem nie zuvor gekannten Ausmaß gesteigert.

Die Bauern haben auch an die Aufgabe erinnert, die die Kooperativen erfüllt haben im Hinterland und als feste und revolutionäre Stützpunkte. Sowohl militärisch wie politisch, sowohl auf wirtschaftlichem und sozialem wie auf kulturellem Gebiet haben sie den Feind angegriffen.

Dann haben die Bauern eine Aufstellung all der Siege vorgenommen, die errungen wurden seit der Befreiung (17. April 1975) mit der Hilfe der Kooperativen: Die Errungenschaften des Sieges (über den US-Imperialismus) wurden verteidigt; der Plan für einen Gegenangriff der amerikanischen Imperialisten wurde vereitelt; in völliger Unabhängigkeit und Souveränität und mit großem Erfolg konnten nahezu 3 Millionen Menschen nach ihrer Befreiung versorgt werden; der Reisanbau während der Regenzeit 1975 brachte eine gute Ernte und war erfolgreich; und schließlich war auch die Bewegung für das Anlegen neuer Bewässerungssysteme während der Trockenzeit erfolgreich.

Am Ende der Versammlungen haben die Bauern Resolutionen beschlossen, in denen sie ihre Entschlossenheit ausdrücken, alle Kräfte zusammenzufassen, um mit verdoppelter Kraft den Reisanbau in der gegenwärtigen Regenzeit anzugehen, um einen Überschuß bei der Ernte zu erzielen und um weit voranzukommen bei dem Ausbau neuer Bewässerungssysteme während der Trockenzeit 1976/77. (Aus: Bulletin der kambodschanischen Botschaft, Paris)



Die kambodschanischen Bauern wollen während der diesjährigen Reisaussaat einen Ernteüberschuß erzielen.

R. Chiwara, Vertreter der ZANU

Kein Platz ist sicher für das rhodesische Siedlerregime

Rex Chiwara, der Vertreter der ZANU in Westeuropa, ist soeben von einer Reise aus Mozambique zurückgekehrt, wo er die Lager der Befreiungskämpfer von Zimbabwe besucht hat. Der KVZ gab er einen telefonischen Bericht, aus dem wir im folgenden einige Passagen abdrucken.

Als erstes möchte ich mich bei der Regierung von Mozambique bedanken. Sie hat mich offiziell begrüßt und mir erlaubt, meine Genossen in den Lagern und unsere Militärführer zu treffen. Ich hatte die Gelegenheit, mit meinen Genossen zu diskutieren, alle unsere Militärlager in Mozambique zu besuchen, und konnte bleiben, solange ich wollte.

Die Genossen freuten sich, mich zu treffen. Wir hatten eine Reihe von Diskussionen, um unseren Kampf, wie weit wir gekommen sind und welche Fortschritte wir machen, zu untersuchen. Obwohl es an Vielem mangelt, ist in den Lagern die allgemeine Moral sehr hoch, trotz allem Mangel an Nahrung, Kleidung, Decken. In Mozambique ist jetzt Winter, und es ist kalt. Wir haben nicht genug Medizin. Die Regierung von Mozambique hilft uns in ausgezeichneter Weise mit Nahrung, Geld, Medizin, Transportmitteln. Aber es ist klar, daß sie als junge Regierung nicht in der Lage ist, unseren großen Bedarf zu decken. Wir haben etwa 22 000 Zimbabwer, die zur Ausbildung gekommen sind, damit sie zurückkehren und kämpfen können. Das ist eine sehr große Zahl.

Danken müssen wir auch dem Volk in Westdeutschland, den Leuten, die ihr Bestes versuchten, uns zu helfen mit Geldmitteln, mit anderen Dingen, die wir brauchen. Da sind besonders die Landrover zu erwähnen, die ich gesehen habe und wovon ich Bilder mitgebracht habe.

Die politische Ausbildung unserer Leute in den Lagern ist sichergestellt, und sie sind sehr begeistert und entschlossen, die Ausbildung fortzusetzen, zurückzukehren und zu kämpfen. Im Kampfgebiet in Zimbabwe selber begann unser Kampf nach der Bildung des gemeinsamen Oberkommandos im Januar 1975 und eskaliert seither. Wir haben entlang der ganzen Grenze von Mozambique zugeschlagen, und unsere Operationen gehen weit ins Land. Kein Platz ist sicher.

Ich möchte etwas richtigstellen, was in den imperialistischen Zeitungen falsch berichtet wurde, die Sache mit den sogenannten südafrikanischen Touristen, die bei Rutenga getötet wurden. Es stimmt nicht, daß es sich um südafrikanische Touristen gehandelt hat. Getötet wurden vier Polizisten, die mit zwei Motorrädern und Pistolen kamen, als ihnen berichtet wurde, daß es irgendwo eine Straßensperre gibt. Als unsere Genossen die Straßensperre errichteten, sammelten sich viele Menschen, etwa hundert, darunter viele Weiße, die aus den Ferien kamen. Unsere Befreiungskämpfer sprachen zu ihnen, daß sie nicht darauf aus seien, Zivilisten zu töten, die sie auf der Straße vorfinden, sondern daß sie Soldaten, Polizeioffiziere und Informanten bekämpfen, die mit dem Feind arbeiten, um unseren Fortschritt auf dem Weg zur Freiheit zu verhindern.

Unsere Genossen machten klar, daß sich jedermann so frei wie möglich bewegen kann. Daß sie aber den Befehlen gehorchen sollen, die ihnen die Befreiungskämpfer geben. Sie sagten, daß diese Straße nicht benutzt werden sollte. Wir kämpfen hier. Die Massen sollen sich davon fernhalten.

Dann baten sie um Geld, Uhren und Radios, und sie erhielten auch einiges, auch Uhren, die sie bei ihren Operationen brauchen. Das ist ein Beispiel von vielem, was in Zimbabwe geschieht.

Der Krieg hat sich weit ausgedehnt, so daß der Feind nicht weiß, was er machen soll im Land. Er benutzt jetzt eher die Luftwaffe als die Bodenstreitkräfte. Wir scheinen den Boden zu kontrollieren. Und wir haben eine ganze Reihe von Hubschraubern und Flugzeugen zerstört, die sie im Krieg einsetzten. Es gibt Gebiete, wo sie früher sieben der acht Hubschrauber einsetzten und wo sie jetzt bloß noch zwei bis drei zur Verfügung haben und die restlichen zerstört wurden. Es hat keinen Rückschlag gegeben. Wir machen Fortschritte seit Beginn des Kampfes.

Wenn wir den Feind in einem Gebiet angreifen, und er merkt, daß wir ihn treffen können, dann weicht er den Stellungen der Befreiungskämpfer aus und tötet dafür Zivilisten, die er dann als Befreiungskämpfer zählt. Bis zu einem gewissen Grad hat der Feind auch Napalm eingesetzt, was für unsere Dorfbevölkerung recht gefährlich ist. Ich sah selber ein Opfer, die Verbrennungen waren schlimm. Innerhalb Zimbabwes versteht das Volk unseren Krieg, es weiß, daß die ZANU und niemand sonst den Krieg im Land führt. Die Rekruten, die von daheim kommen, singen die ZANU-Parolen und -Lieder. Sie sind ZANU allesamt, und die Menschen in den Gebieten, in denen wir operieren, zählen sich alle zur ZANU.

KVZ: Wie sieht die politische und militärische Ausbildung in den Lagern aus?

Rex Chiwara: Jeden Tag wird um 4 Uhr aufgestanden und exerziert in Kompanien und Bataillonen bis 7 Uhr. Um 7 Uhr machen sich die Kämpfer fertig für den Unterricht um 8 Uhr. Zu Beginn wird angetreten. Alle bekommen ihre Arbeiten. Einige müssen das Essen bereiten, andere haben politische Kurse in verschiedenen Gruppen. Diese sind nach verschiedenen Schwierigkeitsgraden gegliedert. Die Kämpfer werden breit unterrichtet: Was ist die ZANU? Was ist Chimurenga, der bewaffnete Kampf? Was wollen wir mit dem Kampf erreichen? Wie müssen wir uns den Massen gegenüber verhalten? Was meinen wir mit einer sozialistischen Regierung, die wir errichten wollen? Auf welche Schwierigkeiten werden wir beim Volk stoßen? Wie müssen wir uns unter den Volksmassen bewegen? Wie wird das Gewehr bedient und welchen Nutzen hat es? Wer ist unser Feind, wer unser erster, wer der zweite, wer der dritte? Wer sind unsere Freunde? usw. All das wird unterrichtet, und gleichzeitig werden die täglichen Probleme der Massen behandelt, wie wir ihnen Medizin geben, ihnen helfen und sie schützen gegen den Feind. All das wird unterrichtet.

Ich habe selber mitgemacht. Die Genossen wollen auch wissen, wir wir draußen auf internationaler Ebene arbeiten, wie dort die Völker unsere Probleme in Zimbabwe sehen usw.

Es war wichtig zu sehen, daß unsere Kämpfer sehr daran interessiert waren, durch diejenigen in der Welt anerkannt zu werden, die wie wir fühlen.

Weiter gibt es ein körperliches Training, Marschieren, Laufen, Ausbildung an den Waffen. Unsere Kämpfer müssen lernen, einfallsreich zu sein, auf ihre Fähigkeiten zu vertrauen. Im Krieg muß jeder schnell reagieren und sich selber helfen können.

Wir führen keinen konventionellen Krieg, wo wir die ganze Zeit offen kämpfen. Wir führen einen Guerillakrieg. Wir schlagen zu, wenn wir meinen, daß es richtig ist. Wir bereiten unsere Volksmassen darauf vor. Denn der ganze Kampf stützt sich auf die Massen. Wir kämpfen, um die Massen zu befreien. Deshalb müssen wir uns an die Massen wenden, sie müssen Bescheid wissen, sie müssen uns verstehen, sie müssen uns Nahrung geben und Geld, und wir müssen Selbstvertrauen in unser eigenes Volk haben, uns auf die Massen stützen, die Massen müssen am Kampf teilnehmen. Wenn der Feind uns nicht von den Massen isolieren kann, dann können wir gute Erfolge haben.

KVZ: Wie sieht die militärische Situation des Feindes aus?

Rex Chiwara: Sie haben Afrikaner bezahlt, für sie zu kämpfen. Denen geben sie immer einen bis zwei Weiße mit, die ein Funkgerät bedienen. Wenn sie einen unserer Kämpfer ausmachen, dann greifen sie nicht an. Sie haben Angst, denn die Befreiungskämpfer wissen zu kämpfen und sind unbarmherzig und bringen sie um. Deshalb rufen sie Hubschrauber zu Hilfe, die mit Maschinengewehren ausgerüstet sind. Soldaten werden im Umkreis abgesetzt, und dann lassen sie den Ring um die Befreiungskämpfer enger ziehen, während der Hubschrauber aus der Luft automatisches Feuer gibt. Sie lassen in direktem Kontakt die Befreiungskämpfer lieber laufen, weil sie normalerweise verlieren.

Sie haben früher den weißen Soldaten gesagt, daß sie 18 Monate im Einsatz in den Operationszonen bleiben müssen. Inzwischen heißt es, sie müssen bleiben, bis der Krieg aus ist.

Noch etwas: Die Feinde halten Leute aus dem Volk bei sich als Schutz. Sie wissen, daß wir unsere Massen sorgsam behandeln. Wir erschießen sie nicht. Wenn sie unsere Landsleute um sich haben, ist es sehr schwierig für uns, ein solches Lager anzugreifen. Manchmal bringen sie es sogar fertig, zwei oder drei Schulkinder mit sich zu nehmen als Deckung.

KVZ: Wie sieht es aus mit Aktionen wie Streiks und Demonstrationen in den Städten?

Rex Chiwara: Die meisten Leute kamen in unsere Lager aus den Städten wie Salisbury, von Quelo, Fort Victoria, Umtali, wo sie arbeiteten. Einige waren Polizeioffiziere. Es kommen nicht nur Afrikaner aus den Landgebieten.

Wir ermutigen unser Volk nicht, dumme Aktionen wie Demonstrationen oder Streiks zu machen. Wir meinen, daß die Zeit dafür nicht reif ist. Das kann kommen, wenn es etwas gibt, was sie schützt. Wenn sie jetzt z.B. streiken und demonstrieren, wird auf sie vielleicht geschossen, und das mag andere Pläne verhindern. Aber das Volk wird darauf vorbereitet für die Zeit, wo von ihm gefordert wird, diese Aktionen aufzunehmen.

Der KBW hat inzwischen zur Sammlung von vier Lastwagen für die Unterstützung des Befreiungskampfes aufgerufen. Wir haben ungeheuren Bedarf an Transportmitteln. Deshalb ist es phantastisch, daß ihr eine Sammlung für vier Lastwagen macht. Wir müssen unsere Leute, die Nahrung, alles Material im Land transportieren, und es gibt ganz wenig Transportmittel. Manchmal können wir wegen fehlender Transportmittel unsere Operationen nicht ausführen. Wir brauchen dringend Lastwagen, auch weitere Landrover, aber auch kleinere Fahrzeuge, die benutzt werden können zum Personentransport. Die meisten Lager sind nicht in der Nähe von Städten, so daß es z.B. auch schwierig ist, Kranke zu den Krankenstationen oder ins Krankenhaus zu bringen. Es gibt z.B. auch kein Telefon in den Camps, so daß die einzige Kommunikation über Transportmittel gehen kann. Die kämpfenden Kräfte von Zimbabwe begrüßen die Solidarität zwischen dem Volk von Westdeutschland und der ZANU und besonders mit dem KBW, der in Westdeutschland die Unterstützung der ZANU voranbringt.



Frankfurt. Anläßlich der Solidaritätsdemonstration mit dem Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika wurden über 600 DM für die Unterstützung der ZANU gesammelt.

Solidarität mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!

Wir, die Klasse 7 c der Waldbachschule II Offenburg, haben im Unterricht über Zimbabwe gesprochen.

Wir hörten über den Krieg, den das Volk von Zimbabwe gegen die weißen Siedler in Rhodesien führt. Wir finden, daß der Kampf gerecht ist, weil die weißen Kolonialisten seit 90 Jahren das Volk von Zimbabwe ausbeuten und unterdrükken. Sie raubten das Land und die Bodenschätze und nahmen dem Volk jede Rechte. Um den Kampf des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU zu unterstützen, haben wir beschlossen:

erstens ein Plakat herzustellen, das verkauft werden soll (es wird gerade gedruckt);

zweitens nach den Ferien einen Bazar durchzuführen, für den wir basteln und zeichnen.

Das Geld soll die ZANU erhalten, um erfolgreich den Kampf zu führen und die weißen Rassisten zum Teufel zu jagen. Chimurenga Zimbabwe Chimurenga!

Mit solidarischen Grüßen
(Es folgen die Unterschriften)

4 Lastwagen für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe



ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim 1068326

Bolivien: Die Armee verhindert die Versorgung der Bergarbeiter

Die bolivianische Armee hat seit 14 Tagen die Versorgung der 7000 streikenden Bergarbeiter unterbrochen. Die Bergarbeiter von Siglo Veinte und Catavi fordern den Rückzug der Armee aus diesen zwei Bergwerken sowie aus 4 anderen Bergwerksgebieten. Die Truppen halten diese Gebiete seit Anfang Juni besetzt, als der Ausnahmezustand über die Bergwerksregionen von der Regierung verhängt wurde. Die Bergarbeiter fordern eine Erhöhung ihrer Löhne, die Freilassung ihrer gewerkschaftlichen Führer sowie die Rückführung des in Argentinien ermordeten ehemaligen bolivianischen Präsidenten Juan José Torres. Torres, der nach Angaben der algerischen Zeitung „El Moudjahid" vom 15.6. ein fortschrittlicher Nationalist war, wurde am 2. Juni in Argentinien ermordet und später in Mexiko beerdigt. Wie die Zeitung weiter berichtet, hat sich der Streik noch ausgeweitet. Die 2000 Bergarbeiter des Minenkomplexes Unificada im Süden des Landes haben sich dem Streik der übrigen Minenarbeiter angeschlossen.

Libanon

Christliche Milizen setzen Provokationen fort

Trotz Waffenstillstand zwischen Syrien, dem gemeinsamen Oberkommando der PLO und den nationalen libanesischen Kräften ist es im Libanon erneut zu scharfen bewaffneten Kämpfen in den letzten Tagen gekommen. Die christlichen Milizen haben den Internationalen Flughafen, wo die ersten Teile der arabischen Friedenstruppe stationiert sind und die Kontrolle ausüben, beschossen sowie die umliegenden Gebiete. Weiterhin werden zwei Palästinenserlager im Stadtgebiet Beirut angegriffen. Daraufhin haben die Streitkräfte der PLO und der libanesischen Milizen die christlichen Phalangisten in der Stadt Dschunijeh mit schweren Waffen angegriffen. Die Stadt galt für die reaktionären Anhänger des USA-Imperialismus und des Zionismus als Ort, wo bis dahin „Ferienstimmung" herrschte (so Berichte von westdeutschen Reportern).

Israel hat erneut erklärt, daß es ohne zu zögern im Libanon intervenieren wird, wenn „seine Nordgrenze gefährdet oder die christliche Bevölkerung von physischer Vernichtung bedroht werde" (Außenminister Allon). Ansonsten, so Allon auf einer Pressekonferenz anläßlich seines Besuches in der BRD in Bonn, verfolge Israel eine „Politik der Zurückhaltung". Die Zionisten setzen auf die Phalangisten und beobachten deren Provokationen mit Genugtuung. Über die Phalangisten versuchen die Zionisten das Waffenstillstandsabkommen zwischen der PLO und Syrien zu sprengen. Inzwischen sind weitere Kontingente der Friedenstruppe im Linanon eingetroffen.

Palästinensische Rundfunksender haben jetzt die syrischen Invasionstruppen beschuldigt, nach Beginn der Angriffe der Phalangisten den im Waffenstillstandsabkommen festgelegten Truppenabzug um den Beiruter Flughafen zu verzögern. Gleichzeitig ist bekannt geworden, daß im Bekaatal ein neues syrisches Infanterieregiment angekommen ist.

200 Jahre bürgerliche Klassenherrschaft in den USA

Vernichtung der Indianer und Sklaverei – die Entstehung der Bourgeoisfreiheit in Amerika

Enteignung der arbeitenden Klassen und Lohnsklaverei – ihre Grundlagen

„200 Jahre USA." In keinem anderen Land Westeuropas betreibt die herrschende Bourgeoisie einen solchen Aufwand, um dieses Jubiläum mitzufeiern, wie in Westdeutschland. Fernsehsendungen, Ausstellungen, Jubiläumsgeschenke: die Zeremonienmeister der Jubiläumsfeierlichkeiten in den USA sind ganz gerührt über so viel deutsche Jubiläumsbeiträge. Die Bundesregierung hielt am 15. Mai eigens eine Feierstunde aus Anlaß des 200jährigen Bestehens der USA in der Paulskirche in Frankfurt ab, wozu der amerikanische Vizepräsident Rockefeller angereist kam.

Daß die westdeutsche Bourgeoisie, konterrevolutionär bis auf die Knochen, eine Revolution feiert, ist ein merkwürdiger Vorgang, den es sich lohnt, genauer zu betrachten.

Die deutsche Bourgeoisie – soweit sie überhaupt daran dachte, ihre politische Herrschaft parlamentarisch zu organisieren – hat schon immer eine Vorliebe gehabt für die amerikanische Art und Weise, bürgerliche Rechtsverhältnisse durchzusetzen, worin jedem Eigentümer Freiheit und Gleichheit und Schutz vor staatlichen Übergriffen garantiert wird.

Der alte Goethe, Nationaldichter des bürgerlichen Deutschland und entschiedener Feind der französischen Revolution, schrieb 1832 unter seinen Alterssprüchen den folgenden:

„Den Vereinigten Staaten
Amerika, du hast es besser
Als unser Kontinent, der alte,
Hast keine verfallenen Schlösser
Und keine Basalte.
Dich stört nicht im Innern
Zu lebendiger Zeit
Unnützes Erinnern
Und vergeblicher Streit."

Warum hatte Amerika in den Augen der deutschen Bourgeoisie „es besser"? Weil dort die bürgerlichen Rechtsverhältnisse nicht im Kampf gegen die alte Ordnung, gegen die Feudalaristokratie durchgesetzt werden mußten. Und das heißt vor allem: weil mit der Durchsetzung bürgerlicher Rechtsverhältnisse keine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse verbunden war.

Kampf um die Unabhängigkeit ...

Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 war das Werk der besitzenden Klassen in den nordamerikanischen englischen Kolonien selbst. Sie richteten ihren Widerstand nach außen gegen die Abhängigkeit vom englischen Mutterland und gegen den ungleichen Tausch von nordamerikanischen landwirtschaftlichen Produkten gegen Industrie- und Manufakturwaren aus England, das das Monopol auf den Außenhandel mit den Kolonien hatte. Direkter Anlaß der Rebellion gegen den englischen König war dessen Versuch, den Kolonien Steuern aufzuerlegen, gegen den Willen der Bewohner.

In der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 antworten dem König die Vertreter der nordamerikanischen Staaten: „Wenn es im Zuge der Menschheitsentwicklung für ein Volk notwendig wird, die politischen Bande zu lösen, die es mit einem anderen Volk verknüpft haben, und unter den Mächten der Erde den selbständigen und geachteten Rang einzunehmen, zu dem Naturrecht und göttliches Gesetz es berechtigen, so erfordert eine geziemende Rücksichtnahme auf die Meinung der Menschheit, daß es die Gründe darlegt, die es zu der Trennung veranlassen.

Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten; daß, wenn immer irgendeine Regierungsform sich als diesen Zielen abträglich erweist, es das Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solchen Grundsätzen aufzubauen und ihre Gewalten in der Form zu organisieren, wie es ihm zur Gewährleistung seiner Sicherheit und seines Glücks geboten zu sein scheint."

Es folgen dann die einzelnen Anklagepunkte gegen den englischen König wegen politischer Unterdrückung.

Mit der Unabhängigkeitserklärung begründeten die Vertreter der nordamerikanischen Kolonien Englands eine eigene Nation, die sich gegenüber allen anderen Nationen als souverän und gleichberechtigt erklärte. Es war ein Schritt der nationalen Befreiung aus der Abhängigkeit vom Mutterland und gleichzeitig der entscheidende politische Schritt zur Bildung einer eigenen amerikanischen Nation. Die Voraussetzungen für diesen politischen Schritt waren geschaffen worden durch die Überwindung der reinen Subsistenzlandwirtschaft, durch die Produktion für den Markt und die Schaffung eines inneren Marktes in den Kolonien, durch die allmähliche Entwicklung des Verkehrswesens, durch den beginnenden Austausch zwischen städtischem Handwerk und Industrie und landwirtschaftlicher Produktion.

... unter Führung des Großbesitzes

Als Führerin dieser neuen amerikanischen Nation trat von vorneherein die Bourgeoisie auf, die sich in Nordamerika nicht erst gegen eine einheimische Feudalklasse durchsetzen mußte. Von den Anschauungen der Bourgeoisie ist auch die Unabhängigkeitserklärung und sind die Grundrechtserklärungen bestimmt, die von den einzelnen Staaten beschlossen wurden. Charakteristisch für bürgerliche Anschauung ist vor allem der Gedanke, daß jedermann „gewisse angeborene Rechte" besitze, „nämlich das Recht auf Leben und Freiheit und dazu die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben und zu behalten und Glück und Sicherheit zu erstreben und zu erlangen". (Bill of Rights von Virginia)

Die Rechte des einzelnen Privateigentümers werden vor aller Gesellschaft in der Natur begründet und damit für unantastbar erklärt. Unter den nordamerikanischen Verhältnissen war dies ein Gedanke, den nicht nur die Bourgeoisie einleuchtend finden mußte, sondern auch die große Zahl der Siedler und kleinen Farmer. Sie alle lebten „gleichermaßen frei und unabhängig" auf ihrem kleinen Besitz. Die Produktionsmittel, womit sie ihren Lebensunterhalt erarbeiteten, befanden sich in ihrer eigenen Hand.

Wenn die Bourgeoisie mit der Unabhängigkeit von England zugleich die Freiheit der Person und des Eigentums proklamierte, so konnte sie deshalb mit der Zustimmung des weit überwiegenden Teils der Bewohner der Kolonien rechnen. Und wenn sie auf dieser Grundlage der Anerkennung des Privateigentums den Grundsatz der Volkssouveränität aufstellte: „Alle Macht ruht im Volke und leitet sich von daher ab; alle Amtspersonen sind seine Treuhänder und Diener und ihm jederzeit verantwortlich" (Bill of Rights), so stieß sie damit erst recht nicht auf Widerspruch im Volk. Ging es doch gerade darum, zu vermeiden, daß künftig erneut versucht werden könnte, dem Volk Steuern aufzuerlegen, über die es nicht zu bestimmen hatte, ihm Beamte vorzusetzen gegen seinen Willen, es einer Rechtsprechung zu unterwerfen, bei der es nicht übereinstimmte.

Die Bourgeoisie konnte den Volkskrieg führen

Der Unabhängigkeitskrieg gegen England konnte darum von Großgrundbesitzern, Handelsbourgeoisie und industrieller Bourgeoisie als Volkskrieg gegen die Engländer geführt werden. Und er wurde insofern auch revolutionär geführt, als der amerikanische Kongreß beschloß, den Besitz aller auf seiten Englands kämpfenden Kolonialisten zu beschlagnahmen. In einigen Fällen wurde so beschlagnahmter Großgrundbesitz an kleine Eigentümer verteilt.

Diese revolutionären Maßnahmen richteten sich jedoch nicht gegen eine Klasse, die in den bis dahin ausgebildeten Produktionsverhältnissen eine bestimmte Rolle gespielt hätte bei der Aneignung des Mehrprodukts. Deren Enteignung deshalb zu einer Umwälzung der Produktionsverhältnisse geführt hätte. Es waren im Prinzip Maßnahmen gegen den äußeren Feind der Nation. Im Endeffekt wurde ein Eigentümer durch andere Eigentümer von derselben Art ersetzt.

Der Unabhängigkeitskrieg hatte das ganze Land in die politischen Entscheidungen der führenden Handels- und Industriebourgeoisie sowie der Großgrundbesitzer hineingerissen. Die Lasten des Krieges hatten vor allem die kleinen Farmer, städtischen Handwerker und Lohnarbeiter getragen, welche die Schlachten der Befreiungsarmee geschlagen hatten. Häufig hatten sie keinen Sold bekommen, sondern Anweisungen auf Staatsland. Während sie in der Armee dienten, lag der eigene Hof und die eigene Werkstatt brach. In vielen Fällen waren sie dazu noch von feindlichen Truppen verwüstet worden.

Streit um die Früchte des Sieges zwischen den Bourgeoisgruppierungen

Mit dem Ende des Krieges und dem Sieg über die englischen Kolonialherren mußte der Kampf ausbrechen, wer die Früchte des Sieges ernten würde. Die Handelsbourgeoisie und die industriellen Kapitalisten hatten in erster Linie am Krieg profitiert, durch Belieferung der Armeen und als Staatsgläubiger. Mit dem Sieg wollten sie sonst vor allem die Großgrundbesitzer, insbesondere die sklavenhaltenden Plantagenbesitzer des Südens, der staatlichen Lasten möglichst weitgehend entledigen. „Diejenigen Einzelstaaten, in denen der sklavenhaltende Großgrundbesitz führend war, sperrten sich gegen Steuerzahlungen an Bundesbehörden, gegen die Garantie der Staatsschuld und Einrichtung einer Nationalbank, überhaupt gegen jede Stärkung der Zentralgewalt. Alles, was sie brauchten, war eine weiße Miliz zur Niederhaltung der Negersklaven, einige Truppen, um den Indianern neues Land zu rauben, und freien Zugang für ihre Baumwolle zum Weltmarkt. Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr im Lande mußte nur die Sklaverei zersetzen."

Die Handelsbourgeoisie des Nordens hingegen war entschieden für Stärkung der Zentralgewalt. Insbesondere die nach dem Krieg völlig entwertete Staatsschuld, ihren Besitztitel auf den Staat, wollte sie garantiert haben. Und das ging nur durch Erhebung von Bundessteuern. Weiter bestand sie auf Unterhalt einer ständigen Armee und Flotte. Einen beträchtlichen Teil ihres Kapitals hatte sie angelegt in Landspekulationen, d.h. in den Aufkauf riesiger unerschlossener Ländereien aus Staatsbesitz. Land, auf dem Indianer wohnten. Ohne Vertreibung und Vernichtung der Indianer konnte aus dem Land kein Geschäft gemacht werden, konnte man es nicht teuer an kleine Siedler verkaufen. Also war eine Armee nötig. An diesem Punkt fiel das Interesse der Handelsbourgeoisie mit dem der Sklavenhalter einigermaßen zusammen. Neues Land für ihre Plantagenwirtschaft, die ohne jede Pflege des Bodens als Raubbau betrieben wurde, brauchten auch die Sklavenhalter ständig.

Anders mit der Kriegsflotte. Die forderte nur die nördliche Bourgeoisie, um ihren Handel zu schützen und ein Monopol auf den Handel mit den USA durchsetzen zu können, was direkt gegen die Interessen der sklavenhaltenden Baumwollkönige des Südens verstieß.

Die Volksklassen verlangen Aufteilung des Landes

Für die Handels- und Industriebourgeoisie waren das starke Gründe, eine kräftige Zentralgewalt zu fordern. Entscheidend vorangekommen ist die Bereitschaft zur Einigung zwischen den verschiedenen Gruppierungen der herrschenden Klasse schließlich durch einen Aufstand von kleinen Farmern unter Daniel Shays, einem Offizier des Unabhängigkeitskrieges. Ende 1786 schrieb General Knox an George Washington:

„Die Leute, die den Aufstand machen (die Anhänger von Shays), haben nie oder doch nur wenig Steuern bezahlt. Aber sie erkennen die Schwäche der Regierung. Sie empfinden zu gleicher Zeit ihre eigene Armut, im Vergleich zu den Reichen, und ihre eigene Kraft; und sie sind entschlossen, letztere zu benutzen, um erstere zu beseitigen. Ihr Glaubenssatz ist, daß das Eigentum in den Vereinigten Staaten gegen die Beschlagnahme durch die Engländer durch die gemeinsame Anstrengung aller beschützt wurde und daß es deswegen gemeinsamer Besitz aller sein müßte. Wer sich dieser Auffassung widersetzt, ist ein Feind der Gleichheit und Gerechtigkeit und sollte vom Erdboden weggefegt werden. In einem Wort, sie sind entschlossen, alle öffentlichen und privaten Schulden aufzuheben und Agrargesetze zu schaffen, die sich mit Hilfe unfundierten (unfunded) Papiergelds leicht in Kraft setzen lassen. Das Papiergeld soll in allen Fällen als Zahlungsmittel gelten ...

Diese schreckliche Lage hat jeden Mann von Grundsatz und Vermögen in New England auf den Plan gerufen. Sie sind wie aus einem Traum aufgeschreckt und fragen sich, was zu dieser Ernüchterung geführt hat. Was kann uns gegen die Gewalt von Gesetzesbrechern Sicherheit verleihen? Unsere Regierung muß gestärkt, muß aber auch umgebaut und verändert werden, um uns Leben und Besitz zu bewahren."

Eine Verfassung gegen die Revolution

Die Rebellion wurde niedergeworfen. Ein Jahr später war die Verfassung der USA beschlossene Sache. Ihr Zweck: Die Sicherheit des Privateigentums zu garantieren vor allem auch gegen die „Turbulenzen der Demokratie", wie es hieß, d.h. gegen den Willen des Volkes. Eine Einkammerregierung wurde abgelehnt, da von ihr im Laufe der Zeit die Durchsetzung der Agrargesetze, d.h. die gleichmäßige Landverteilung befürchtet wurde. Und mit dem Senat neben dem Repräsentantenhaus wurde eine zweite Kammer eingerichtet, die den Einfluß der herrschenden Klasse sichern sollte. Der Präsident bekam ziemlich weitreichende Rechte, ohne den Kammern verantwortlich zu sein.

In den ersten Regierungen der USA besaß die Industrie- und Handelsbourgeoisie das Übergewicht. Sie holte sich das Geld von ihren Schuldnern zurück, stürzte zahllose kleine Farmer damit ins Elend und nahm über die Staatsschuld den Staat in Besitz. Gleichzeitig versuchte sie die Ansiedlung neuer Farmer und den Landerwerb zu erschweren: Sie brauchte die Arbeiter in ihren Fabriken, Werkstätten, auf ihren Schiffen, in ihren Kontoren und als Pächter auf ihren Landgütern.

Ausrottung der Indianer und Sklaverei: Grundlagen der amerikanischen Freiheit

Anfang des 19. Jahrhunderts verlor dieser Teil der Bourgeoisie den überwiegenden Einfluß auf die Regierung. Die Großgrundbesitzer, insbesondere die Sklavenhalter des Südens im Bündnis mit der Masse der Farmer, stellten seit Jefferson die Regierung. Ihr Programm: Eroberung neuen Landes im Westen, Erleichterung des Landkaufs durch kleine Farmer, Garantie der Sklaverei im Süden.

Damit wurden die Klassenkämpfe in den USA für mehr als fünfzig Jahre weitgehend entspannt. Jeder weiße Siedler konnte sich eine Chance ausmalen, nach harten Jahren der Lohnarbeit oder der Pachtlandwirtschaft im Osten schließlich selbständiger Farmer im Westen werden zu können. Erreicht wurde dieser Klassenkompromiß zwischen sklavenhaltendem Großgrundbesitz und Großbourgeoisie als herrschender Klasse auf der einen Seite mit den arbeitenden Klassen auf der anderen, vor allem den Farmern, auf Basis der erbarmungslosen systematischen Vernichtung der Indianer. Wozu ein wesentlicher Hebel wurde die fabrikmäßige Erschießung von Büffeln, damit die Indianer Hungers sterben mußten. Ein Klassenkompromiß zwischen Groß- und Kleinbesitz auch auf Basis fortdauernder Sklaverei in der Plantagenwirtschaft des Südens. – Ohne Ausrottung der Indianer keine amerikanische Freiheit. Und ohne Versklavung der Neger auf den Baumwollplantagen des Südens keine Entwicklung der kapitalistischen Industrie im Norden der USA und in England, die von dort die Rohstoffe bezogen.



Amerikanische Baumwollsklaven im Süden der USA. Unter der Peitsche des Plantagenbesitzers mußten sie die Rohstoffe für die amerikanische und europäische Industrie schaffen.

Es bedurfte erst des amerikanischen Bürgerkriegs von 1861 bis 1865, um die Großgrundbesitzer zur Aufgabe der Sklaverei zwingen zu können. Und die überlebenden Indianer sind bis heute ein unterdrücktes Volk in den USA, verarmt, krank, in ihren Entwicklungsmöglichkeiten gehemmt und von den Indianerbehörden schikaniert.

Die Enteignung der kleinen Farmer durch die Bourgeoisie ist abgeschlossen

Als mit Ende des 19. Jahrhunderts die große Landnahme zu Ende ging und die vom Osten kommenden Siedler am Pazifik standen, versuchte die amerikanische Bourgeoisie sofort, sie für imperialistischen Raub in fremden Ländern zu gewinnen. Kuba, die Philippinen, Puerto Rico wurden besetzt. In Mexiko marschierten US-Truppen ein. Das US-Finanzkapital machte sich für einige Jahrzehnte zum Herrn der Welt.

Die Nachkommen der kleinen Farmer aber, die im 19. Jahrhundert zu Land gekommen waren, sind in ihrer Masse heute längst wieder vom Land und von den Produktionsmitteln getrennt, niederkonkurriert von Großfarmern, ausgesaugt von der Lebensmittelindustrie und heute in den Fabriken schaffend, wenn sie nicht arbeitslos sind und in absoluter Armut vegetieren müssen. 1,8 Millionen selbständige Farmer gab es 1973 noch in den USA. Das sind knapp 2 Prozent der Erwerbstätigen. Kleine Farmer sind darunter nur noch wenige.

Die Freiheit der Bourgeoisie, die 1776 in Amerika proklamiert wurde und von der es lange Zeit den Anschein hatte, als könnten die arbeitenden Klassen sie dort als kleine Besitzer mitgenießen, sie hat sich längst schon gegen die arbeitenden Klassen gekehrt. Auf dem einen Pol der Gesellschaft hat sich der Reichtum angehäuft, herausgepreßt aus der Ausbeutung der eigenen Arbeiter und der imperialistischen Ausplünderung der ganzen Welt. Auf dem anderen Pol die ausgebeuteten Klassen, in ihrer Mehrheit Lohnabhängige, 1973 mehr als 91 Prozent der Erwerbstätigen. Das ist heute das Bild der Supermacht USA. Keine Rede mehr von unveräußerlichen Rechten aller an Freiheit, Sicherheit und Eigentum, sondern die große Volksmasse enteignet vom Boden, auf dem sie wohnt, von den Produktionsmitteln, an denen sie arbeitet, von den Lebensmitteln, die sie nur bekommt, wenn es ihr gelingt, die Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen. Kein Grund für die Arbeiterklasse, 200 Jahre USA zu feiern, ein Land, in dem die arbeitenden Massen in Knechtschaft leben wie überall, wo der Kapitalismus noch herrscht. Und ein Land zudem, dessen herrschende Klasse überall dabei ist in der Welt, wo fremde Völker unterdrückt, ausgebeutet und ihrer Reichtümer beraubt werden. 200 Jahre Bourgeoisherrschaft über die USA: höchste Zeit, daß sie gestürzt wird. – (wm)

Anerkennung der südafrikanischen Herrschaft über Namibia

Die Beziehungen des westdeutschen Imperialismus zu Südafrika

In einem 1970 von der UN-Vollversammlung beschlossenen Aktionsprogramm zur Erfüllung der Deklaration der Unabhängigkeit für Kolonialvölker und -gebiete heißt es:

„Die Mitgliedsstaaten sollen ferner ihre Bemühungen verstärken, (...) der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und jeglicher anderen Form der Hilfe für die obengenannten Länder (Südafrika, Portugal und Rhodesien, Anm. des Verf.), die diese zur Fortsetzung ihrer Politik der kolonialen Herrschaft befähigt, ein Ende zu setzen." (Resolution der UN-Vollversammlung vom 12. Oktober 1970)

Wir werden sehen, daß die Beziehungen der BRD zu Südafrika in jedem Punkt, den die Resolution anspricht, diesen Forderungen widerspricht.

1. Handelsbeziehungen

„(Solche) Zahlen verdeutlichen, daß Südafrika hinsichtlich der Industrieprodukte, die zur Sicherstellung eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums notwendig sind, ein kritisches Maß an Abhängigkeit von seinen Haupthandelspartnern erreicht hat." (Sean Gervasi, Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika, Offenbach 1972)

Die BRD ist inzwischen der Haupthandelspartner Südafrikas, trotz des von der UNO geforderten Handelsboykotts (vergleiche „Süddeutsche Zeitung" vom 17. Januar 1975). Zur weiteren Förderung der Handelsbeziehungen wurde die „Deutsch-Südafrikanische Handelskammer" geschaffen. Diese Handelsbeziehungen sind also eine wichtige Stütze des Rassistenregimes.

2. Kapitalexport:

In einem UN-Bericht zu Südafrika heißt es: „Der Hauptzweck der Apartheid ist die Schaffung eines Überflußangebots an billiger Arbeitskraft gewesen. (...) 40 Prozent der afrikanischen Bevölkerung leben am Rande des Verhungerns." (Zitiert nach Gervasi, a.a.O.)

Mit sicherem Instinkt hat der BRD-Imperialismus diese Tatsache auszunutzen verstanden und den Kapitalexport nach Südafrika intensiviert. Inzwischen ist die BRD nach den USA der zweitgrößte Kapitalexporteur nach Südafrika. AEG, Henschel, Farbwerke Hoechst, Schering, Daimler-Benz, Klöckner-Humboldt-Deutz, Robert Bosch, DEMAG, Gerling-Konzern, Henkel, Rosenthal, Krauss-Maffei, Krupp, MAN, Olympia, Siemens sind nur einige der bekanntesten Firmen, die Kapital nach Südafrika exportiert haben.

Nach „Süddeutsche Zeitung" vom 28. Januar 1975 betrug die Gesamtinvestitionssumme seinerzeit rund 4 Milliarden DM. Was das BRD-Kapital insbesondere nach Südafrika lockt, brachte der Porzellan-Kapitalist Rosenthal (SPD-Mitglied) in einem „Spiegel"-Interview zum Ausdruck: „Bei der Firma Rosenthal in Bayern verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine große Einsparung. Auf diese Weise kommen wir zu sehr interessanten Preisen. Übrigens, wir werden in Pretoria eine neue Fabrik bauen, die zweimal so groß ist wie die jetzige." (Der Spiegel, 18. Oktober 1971)

Diese Beziehungen der westdeutschen Kapitalisten zu Südafrika bekunden das Interesse des BRD-Imperialismus an der Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Unterdrückung der Schwarzen in Azania.

Der bürgerliche Staat betätigt sich selbst als Kapitalist in Südafrika. So haben z.B. folgende staatlich kontrollierten oder in staatlichem Eigentum befindlichen Unternehmen Niederlassungen in Südafrika: VW (mit außerordentlich hoher Dividende, im Durchschnitt 30 Prozent im Jahr), Salzgitter AG, VEBA, STEAG, Schenker, Lufthansa. (Vgl. Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 3/1975)

3. Politische Beziehungen der BRD zum Rassistenregime:

Seit 1962 besteht ein Kulturabkommen mit dem Rassistenregime. In der Präambel dieses Abkommens wird festgelegt, daß in Südafrika *ein* Volk existiere. Damit wird die widerrechtliche Existenz der weißen Siedler in Südafrika ebenso anerkannt wie z.B. die Aneignung von 87 Prozent des besten Bodens durch die Weißen.

In Artikel 4, Absatz 3 heißt es: „Die Vertragspartner sind darüber einig, daß sich die Bezeichnung „Landessprache" in bezug auf die Republik Südafrika sowohl auf Englisch als auch auf Afrikaans bezieht." (Zitiert nach: Amnesty International, Dokumentation Kulturabkommen BRD – Republik Südafrika)

Die ganze Verlogenheit und Verkommenheit der westdeutschen Bourgeois und ihrer Presseschreiber wird offenkundig angesichts der zur Schau getragenen Krokodilstränen über die Ermordung von 200 Schwarzen, die gegen die Einführung von Afrikaans an den Schulen demonstrierten.

In Artikel 8 des Abkommens anerkennt die Bundesregierung die Republik Südafrika als Vertreter für die „Republik Südafrika und das Gebiet Südwestafrika" an. Die illegale Besetzung Namibias durch das Rassistenregime findet die Zustimmung des BRD-Imperialismus.

Ebenfalls eine eindeutige Unterstützung des südafrikanischen Regimes stellt die Vermittlung von Auswanderern nach Südafrika dar. Jährlich vermittelt die Bundesanstalt für Arbeit etwa 3 000 Auswanderer nach Südafrika.

Die „Südafrika-Post" Johannesburg Nr. 6/1973 begeistert sich über diese Unterstützung: „Die politischen Beziehungen zwischen der BRD und Südafrika liegen ebenfalls recht günstig. Obwohl die Bundesregierung von einer sozialliberalen Koalition regiert wird, bestehen von seiten des Kabinetts keine großen Hindernisse und Schwierigkeiten. Diese unter den sozialliberalen Parteien Europas einmalige Einstellung ist sogar freimütiger und konstruktiver in ihrem Ausdruck als man es bei einigen konservativen Parteien und Regierungen findet."

4. Militärische Beziehungen:

Der „Spiegel" (Nr. 41/1975) schreibt: „Trotz des von der UNO verhängten Waffenembargos sind auch die Bonner bereit, die Wehrkraft der Kap-Republik zu stärken. So installierte die südafrikanische Marine in Silvermine bei Simonstown mit Hilfe der BRD das Projekt „Advokaat", ein computergesteuertes Nachrichten- und Kontrollsystem, (...) das vom Kap der Guten Hoffnung bis Nordafrika, zur südamerikanischen Küste, zum Südpol und bis Indien reicht. Die Elektronikausrüstung der Nachrichten- und Datentechnik wurde von Deutschen geliefert."

Sämtliche Ersatzteile wurden mit den entsprechenden NATO-Nummern versehen und mit Hilfe des Materialamtes der Bundeswehr kodifiziert. Als Fachkräfte engagierten die Südafrikaner in Bonn drei ehemalige Bundeswehrbedienstete."

Das Rassistenregime erhält auch direkte Waffenlieferungen aus der BRD. 1970/71 wurden neun Transall-Militärtransportflugzeuge nach Südafrika geliefert. 1972 wurden laut Fachzeitschrift „Aviation Week and Space Technology" Hubschrauber BO 105 von Messerschmidt-Bölkow-Blohm an Südafrika geliefert. 1974 meldet die Zeitschrift „Wehrdienst" die Verschickung von „Milan"-Infanterie-Panzerabwehrwaffen nach Südafrika. (Sämtliche Angaben aus: Komitee Südliches Afrika, November 1974) Im Mai 1973 führte der damalige Finanzminister Möller in Südafrika Verhandlungen über die Errichtung einer Munitionsfabrik durch ein westdeutsches Unternehmen. (Vgl. Stern, 2. Oktober 1975)

Diese Tatsachen legen offen, „was da wirklich geredet wird", wenn sich Helmut Schmidt und Vorster an einen Tisch setzen. Die Bourgeois haben Schwierigkeiten, das zu vertuschen. Die „Frankfurter Rundschau" faßt diese Schwierigkeiten literarisch. Sie schreibt: „Er (Genscher, Anm. des Verf.) begab sich vielmehr zielstrebig an den Rand des diplomatischen Parketts, um das moralisch scheinbar Unvereinbare doch auf einen Nenner zu bringen, ohne dabei innenpolitisch zu stolpern."

Aber die Lügen der Imperialisten, mit denen sie ihre Absichten verhüllen wollen, haben kurze Beine: Sie laufen eine kurze Strecke, dann fallen sie um. Mit ihnen werden die Lügner fallen müssen. – (h.b., Braunschweig)

Das Arbeitsamt vermittelt

Die Bundesregierung und die westdeutschen Kapitalisten bemühen sich in letzter Zeit, verstärkt Facharbeiter in die Südafrikanische Republik zu vermitteln. Dabei machen sie sich die oft ausweglose Lage der Arbeitslosen zunutze, um sie zu einer Auswanderung zu bewegen. Auf diese Weise wurde auch ein Bekannter von mir (zuvor arbeitslos) durch das Arbeitsamt nach Südafrika vermittelt. Zuständig war in seinem Fall eine Frau Lück von der ZAV in Frankfurt. Sie schrieb ihm unter anderem:

„Meine Dienststelle arbeitet in Johannesburg mit einer von der südafrikanischen Regierung unterstützten (Gründung und Finanzierung!) Organisation zusammen. Das beigefügte Merkblatt unterrichtet Sie über diese Organisation (TRANSA) sowie über Fragen der Abwicklung." In dem Merkblatt der ZAV heißt es: „Die TRANSA betreut (z.Z.) mehrere tausend deutsche Einwanderer. Allein in Johannesburg wohnen schon mehr als 40 000 Deutsche ... Umfassendes Informationsmaterial ... können Sie beim Bundesverwaltungsamt für Auswanderung in Köln anfordern."

Die Bundesregierung, deren „in Europa einmalige Einstellung" von den südafrikanischen Rassisten als „freimütiger und konstruktiver in ihrem Ausdruck als bei manchen konservativen Parteien und Regierungen" (Südafrika-Post, Johannesburg, Nr. 6/73) gepriesen wird, tat freilich noch mehr als nur informieren. In den von ihr sowie von einer Frau Heymann (TRANSA) zugestellten Materialien werden die Verhältnisse in Südafrika in einem Maße verherrlicht, daß selbst der, der zuvor nichts weiß, stutzig werden muß. Kein Wort natürlich von Rassismus und Apartheid. Vielmehr stehen hier die vielfältigen Hilfe und Vergünstigungen für Einwanderer im Vordergrund sowie unter anderem die Empfehlung, doch freiwillig in den Streitkräften den Rassisten zu dienen, um „Kontakte zu knüpfen" und sich besser und schneller einzuleben! – (b., Wiesbaden)

Kolonialisten erbitten Hilfe für das „bedrängte Deutschtum"

Den folgenden Bittbrief hat die „Deutsche Schule Durban", Südafrika, geschickt. Darin wird materielle Unterstützung für die deutschen Siedler gefordert. Wie der Brief zeigt, werden die Siedler nach wie vor benutzt für die kolonialen Interessen des westdeutschen Imperialismus in Afrika. Wie sind die Schulverhältnisse für die Kinder der weißen Siedler? „Für die Weißen besteht die Schulpflicht und das Recht auf Schule, für die Afrikaner nicht. Der Schulaufenthalt dauert für ein gutes Viertel der schwarzen Schüler nur ein Jahr.

Die afrikanischen Schüler müssen

Die afrikanischen Schüler müssen
Gebühren, Schulbücher und Uniformen bezahlen, für die Weißen ist der Schulbesuch kostenlos. Die staatlichen Ausgaben für einen weißen Schüler sind etwa siebzehnmal so hoch wie für einen schwarzen Schüler." (KVZ Nr. 25) Da sieht man, warum die Familie Meyer seit Urgroßvaters Zeiten ihre Herkunft nicht vergessen hat! Die Herkunft sichert ihre Teilhabe an der rassistischen Herrschaft über das Volk von Azania. Die weißen Siedler haben dem Volk von Azania das Land geraubt, seine Bodenschätze plündern sie und seine Arbeitskraft beuten sie aus. Das Volk von Azania hat gegen dieses rassenunterdrückerische Siedlerregime den bewaffneten Befreiungskampf aufgenommen. Den gilt es zu unterstützen.



Deutscher Schulverein Port Natal
P.O. Box 4727 Durban



Deutsche Schule Durban
247 Sarnia Road, Rossburgh
Durban, Tel. 41-9925'

den 30.4.76.

Sehr geehrter Herr R.

ich schreibe Ihnen diesen Brief in der festen Hoffnung auf eine Antwort. Bitte werfen Sie ihn nicht weg. Oder sollen meine Muehe und auch das Porto ganz umsonst gewesen sein.

Natuerlich koennen Sie jetzt sagen, Sie haetten mich ja nicht um einen Brief gebeten. Das stimmt. Aber es stimmt auch, dass deutsche Kinder in Afrika dringend Hilfe brauchen und Sie nicht einmal davon wuessten, wenn ich nicht geschrieben haette.

Die Jungen und Maedchen auf dem Bild sind Schueler der Deutschen Schule Durban, Suedafrika. Ganz vorne rechts ist zum Beispiel die zehnjaehrige Linda Meyer. Ihr Ur-Urgrossvater wanderte 1857 in einer Zeit grosser Not aus Deutschland aus. Aber Familie Meyer hat trotz der langen Zeit ihre Herkunft nicht vergessen. Deshalb hat Vater Meyer nach dem 2. Weltkrieg als ganz junger Mann viele Paeckchen mit Liebesgaben nach Deutschland geschickt und deshalb schicken die Meyers ihre Kinder zur Deutschen Schule. Und Linda, die eine sehr gute Schuelerin ist, moechte (vielleicht) Deutschlehrerin werden.

Leider ist Lindas Schule durch die staendigen Kostensteigerungen jetzt in eine so verzweifelte Lage geraten, dass wir in Deutschland um Hilfe bitten muessen. Sollte diese ausbleiben, haben wir trotz der Buecherspenden der Bundesregierung keine andere Wahl, als die Deutsche Schule fuer Linda Meyer und die anderen deutschen Kinder Afrikas groesster Hafenstadt fuer immer zu schliessen.

Bitte helfen Sie unseren Kindern, lieber Herr Rosenbaum, und ueberweisen Sie einen Betrag auf das Sonderkonto der GKA – Gesellschaft fuer kulturelle Auslandsarbeit e.V., wie immer Sie ihn sich leisten koennen. Auf Wunsch erhalten Sie gerne eine steuerabzugsfaehige Spendenquittung.

Ihre Hilfe wird uns bestimmt erreichen und ich werde Ihnen aus Durban persoenlich dafuer danken. Und sollten Sie jemals nach Durban kommen, muessen Sie uns unbedingt besuchen. Wir zeigen Ihnen gern die Stadt.

Ich verlasse mich auf Sie. Danke schoen.

Mit freundlichen Gruessen
Ihr

F. Zangenberg

(Dr. F. Zangenberg)

Hetze gegen das Volk von Namibia

Verherrlichung des deutschen Kolonialismus in Jugendbüchern

In einer Kinderbuchreihe hat der W. Fischer Verlag Göttingen drei Bücher herausgebracht, die eine Geschichte aus dem Krieg (1904 – 1908) zwischen weißen Kolonialisten und den Nama-Stämmen (sogenannte Hottentotten) in Namibia (damals: Deutsch-Südwestafrika) erzählen. Die Geschichte handelt im einzelnen von der Vertreibung deutsch-stämmiger Farmer von ihren Besitztümern im Laufe der Kampfhandlungen. Dabei geht der Verfasser H.W. Ulrich davon aus, daß die Farmer zu Recht auf dem Land des namibischen Volkes siedelten. Er sieht die Kolonialisierung und Unterwerfung des namibischen Volkes offenbar als positiv an und rechtfertigt die Aufstellung bewaffneter Einheiten zur Unterdrückung des Volkes (sog. Schutztruppen). Er schreibt dazu in der Einleitung des Buches „Flucht ins Ungewisse", das die Kampfhandlungen natürlich aus der Sicht der deutschen Kolonialisten schildert: „Im Jahre 1884 erklärte das damalige Deutsche Reich die Erwerbung des Bremer Kaufmanns Lüderitz, nämlich Südwestafrika, zu seinem Schutzgebiet. Dieser Schutz galt sowohl den weißen Siedlern, wie auch den seit Jahrzehnten dort kämpfenden Eingeborenenstämmen.

Ein teils noch unerforschtes, riesiges Land aber konnte nur erschlossen werden, wenn Sicherheit und Frieden herrschten. Wiederholte räuberische Überfälle der Eingeborenen führten zwangsweise zur Bildung einer kleinen Schutztruppe."

Lobend hebt der Verfasser hervor, daß die Kolonie nach ihrer Gründung schnell profitabel für den deutschen Kolonialismus arbeitete, da die Reichtümer des Landes in „Friedenszeiten" praktisch ungehindert ausgebeutet werden konnten. Ulrich schreibt in der Einleitung weiter:

„In den folgenden zwanzig Friedensjahren entwickelte sich die junge Kolonie überraschend schnell, zumal Diamanten und andere Bodenschätze gefunden wurden, ja sie bedurfte keiner Zuschüsse der Heimat mehr." Den deutlichsten Einblick in den Charakter dieses Jugendbuches geben einzelne Dialoge, die von den Eingeborenen, den rechtmäßigen Besitzern des Landes, handeln:

„... Vater, nur mit den Hottentotten hatte ich Schwierigkeiten. Sie sind faul und aufsässig. Man fühlt den geheimen Widerstand. Ja, außer Krieg und Jagd haben sie keine Interessen. Sie sind arbeitsscheu und hinterlistig."

„Seit sich die Eingeborenen beritten gemacht hatten", fuhr Neumeister fort, „ging es mit den Wildbeständen schnell zu Ende. ... Die Hottentotten ritten gut. Nun besaßen sie endlich, was sie für ihre Kriegs- und Raubzüge, ihre Viehdiebstähle und Überfälle brauchten: Gewehre und Pferde! ... Das Volk der Hottentotten fügte seiner Verschlagenheit, seinem kriegerischen Sinn und, wenn es sein mußte, seiner Bedürfnislosigkeit zwei weitere Eigenschaften hinzu: Treffsicherheit im Schießen und geschicktes Reiten."

„Ich denke immer an das grausame Schicksal der vielen Deutschen, die bei Beginn des Hereroaufstandes ermordet wurden. Einmal muß doch die Zeit kommen, in der wir sorglos und fröhlich unserer Arbeit nachgehen können!"

Diese Arbeit bestand in der Ausbeutung der Reichtümer des Landes, der Versklavung und Ausrottung des namibischen Volkes.

Winfried Nachtwei schreibt in seiner Broschüre über den Befreiungskampf des namibischen Volkes (nationale befreiung 7):

„In den Freiheitskriegen hatten Herero- und Namastämme versucht, die drohende Vernichtung ihrer Existenzgrundlagen abzuwenden, wieder zum Subjekt ihrer Geschichte zu werden. Sie entwickelten dabei eine Kampfkraft, die nur aus dem Wesen ihres Kampfes als einem Volkskrieg zu erklären ist. ... Im Krieg gegen den deutschen Kolonialismus konstituierte sich in Ansätzen die namibische Nation."

Die herrschende Klasse aber will mit derartigen Kinder- und Jugendbüchern gegen den Befreiungskampf der namibischen Nation hetzen. Diese Bücher sollen angesichts der wachsenden Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt schon bei den Kindern und Jugendlichen diffamieren. Dies aber kann die herrschende Klasse auf Dauer niemals erreichen. Die Bourgeoisie wird die wachsende Solidarität mit den Befreiungsbewegungen nicht unterdrücken können.

(Alle Zitate aus „Flucht ins Ungewisse" und „Gefährlicher Durchbruch", beide von H.W. Ulrich, Fischer-Verlag, Göttingen 1966) – (s.h.)